



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

30. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 26. Oktober 2012, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Für eine tierschutzgerechte, umweltschonende und flächengebundene Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 6/1232 – 24
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD 60 Jahre Volksaufstand in der DDR – Drucksache 6/1220 – 3	Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 25, 45 Minister Dr. Till Backhaus 26 Beate Schlupp, CDU 33 Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 37 Thomas Krüger, SPD 39 Stefan Köster, NPD 42 Regine Lück, DIE LINKE 44 Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 47 Dr. Till Backhaus, SPD 48
Vincent Kokert, CDU 3	
Peter Ritter, DIE LINKE 4	
Ingulf Donig, SPD 7	
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7	
Stefan Köster, NPD 9	
Wolf-Dieter Ringguth, CDU 10	
Beschluss 12	Beschluss 49
	Antrag der Fraktion DIE LINKE Internetfähigen Computer als sozio- kulturelles Existenzminimum anerkennen – Drucksache 6/1223 – 50
Antrag der Fraktion DIE LINKE Wohnungsmarktbericht für Mecklenburg-Vorpommern erstellen – Drucksache 6/1224 – 12	Peter Ritter, DIE LINKE 50 Ministerin Manuela Schwesig 51 Maika Friemann-Jennert, CDU 53 Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 54 Jörg Heydorn, SPD 56 Michael Andrejewski, NPD 57 Karen Stramm, DIE LINKE 58
Regine Lück, DIE LINKE 12, 22	
Minister Harry Glawe 14	
Rainer Albrecht, SPD 17	
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 19	
Wolfgang Waldmüller, CDU 19	
David Petereit, NPD 22	
Beschluss 24	Beschluss 59

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Melderecht datenschutzkonform gestalten –
Vermittlungsausschuss im Sinne der
Bürgerinnen und Bürger nutzen!**

– Drucksache 6/1235 – 59

Änderungsantrag der Fraktionen

der CDU und SPD

– Drucksache 6/1279 – 59

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 59

Minister Lorenz Caffier 61

Martina Tegtmeier, SPD 61

Peter Ritter, DIE LINKE 61

Michael Silkeit, CDU 62

Udo Pastörs, NPD 62

B e s c h l u s s 63

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Syrisch-türkische Eskalation verhindern

– Drucksache 6/1228 – 63

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE 63, 69

Minister Lorenz Caffier 64

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 65

Manfred Dachner, SPD 66

Udo Pastörs, NPD 68

Michael Silkeit, CDU 69

B e s c h l u s s 71**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 5. Dezember 2012 71

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 30. Sitzung des Landtages.

(allgemeine Unruhe)

Wenn dann jeder seinen Platz gefunden hat, dann können wir auch weitermachen.

Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – 60 Jahre Volksaufstand in der DDR, Drucksache 6/1220.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
60 Jahre Volksaufstand in der DDR
– Drucksache 6/1220 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte beginnen mit einem Zitat: „Wir können stolz sein auf diesen Tag und das, was die Ostdeutschen gezeigt haben. Ohne ihren Mut hätte es weder den 17. Juni 1953 noch den 9. November 1989 gegeben. Der kleinere, bedrängtere Teil hat für das Ganze Geschichte geschrieben.“ So hat sich der ehemalige Bundesminister und Vordenker der Sozialdemokratie, Egon Bahr, einmal über den Volksaufstand in der ehemaligen DDR geäußert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Gerne dürfen auch die Sozialdemokraten da applaudieren.

Mit dem Rückblick von fast 60 Jahren können wir dieser Aussage nur zustimmen. Es waren mutige Frauen und Männer, die sich in der damaligen DDR für Freiheit und Demokratie erhoben haben. Die Koalitionsfraktionen wollen mit dem vorliegenden Antrag ihren Teil dazu beitragen, dass dieses wichtige Datum der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht in Vergessenheit gerät.

Eine intensive Beschäftigung mit diesem Thema setzte erst nach der Deutschen Einheit ein. Nach der Öffnung der DDR-Archive gab es neue Forschungsergebnisse. Der Aufstand bekam einen festen Platz in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur und im Jubiläumsjahr 2003 setzte nach den Worten des Professors für Zeitgeschichte, Edgar Wolfrum, ein Erinnerungsboom ein. Und ich denke, es ist richtig und auch wichtig, dass dieses Kapitel der deutschen Geschichte so intensiv aufgearbeitet wird.

Wenn man nach den Ursachen für den Volksaufstand sucht, muss man schon in das Jahr 1952 zurückschauen. Auf der 2. Parteikonferenz der SED, die im Juli 1952 stattfand, wurde der Aufbau des Sozialismus offen als Ziel erklärt. Aufbau des Sozialismus bedeutete im Klartext: weitere Verstaatlichung von Betrieben, Kollektivierung der Landwirtschaft, Ideologisierung und Militarisierung

der Gesellschaft sowie Durchsetzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit. In der Wirtschaftspolitik begann eine einseitige Förderung der Schwerindustrie zulasten des Konsums. Die Vernachlässigung der Verbrauchsgüterindustrie führte zu Versorgungsengpässen. Die Flucht von Bauern, die durch die gesellschaftliche Umgestaltungspolitik gegen den gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand bedingt war, verstärkte die Versorgungsengpässe noch weiter. Bereits Ende 1952 gab es kleinere Streiks in einzelnen Betrieben, was vor allem daran lag, dass sich die Einführung neuerer Normen verzögerte. Nach dem Tod Stalins im Februar 1953

(Michael Andrejewski, NPD: März.)

nahm die Sowjetisierung in der DDR zu.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das war am 5. März 1953.)

Gut, dann entschuldige ich mich für diesen Patzer, Herr Holter, dann war es der März.

Der Kampf gegen die jungen Gemeinden wurde verstärkt und auch in der SED kam es zur Säuberung.

Aber sehen Sie mir nach, dass ich das Todesdatum von Stalin nicht so ganz gut gespeichert habe. Dann bin ich dankbar, wenn ich da Hilfe von den LINKEN bekomme.

Die Folge war eine zunehmende Abwanderung aus der DDR. Im März 1953 flüchteten 31.000 Menschen aus der DDR. Der von Moskau im Frühjahr 1953 daraufhin befohlene neue Kurs wurde als politische Bankrotterklärung der SED angesehen. Angesichts der heraufziehenden Krise wurden die Preise gesenkt, die Gerichtsurteile und die Enteignungen überprüft und der Kampf gegen die jungen Gemeinden zunächst eingestellt. Das Einlenken der Staats- und Parteiführung wurde als Sieg der Massen gewertet. Das Volk fand den Mut aufzubegehren. Die Forderungen der Arbeiter wurden nicht umgesetzt und wirkliche Reformen nicht auf den Weg gebracht.

Schauen wir mal insbesondere auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Vor 60 Jahren kam es in drei Städten der drei Nordbezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg, die allerdings nicht zu den Zentren zählten, zu Aufständen. Dies lag zum einen natürlich an der dünnen Besiedlung und eher agrarischen Prägung und zum anderen daran, dass die Nachrichten aus Berlin und anderen Zentren nur sehr schleppend im Norden ankamen. Die Rote Armee und die Staatsorgane konnten sich so besser auf mögliche Aufstände vorbereiten und Demonstrationsversuche zum Teil im Keim ersticken.

Umso bemerkenswerter ist es trotzdem, dass es in 70 Städten und Gemeinden unter anderem zu Streiks und Demonstrationen kam. Stellvertretend möchte ich hier die Städte Altentreptow, Barth, Boizenburg, Ducherow, Gadebusch, Grabow, Malchow, Penkun, Putbus und Torgelow nennen. In Teterow wurde versucht, politische Gefangene zu befreien. Bei Glowe auf Rügen erhoben sich circa 10.000 Arbeiter, die einen neuen Hafen für die sowjetische Armee errichten sollten und unter sehr schlechten Bedingungen arbeiten mussten. Darunter befanden sich unter anderem auch 5.000 Häftlinge, die zur Zwangsarbeit verurteilt waren. In Grabow bei Ludwigslust demonstrierten Hunderte Menschen für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjet-

union. Den Abzug der Besatzungstruppen und die Wiedervereinigung Deutschlands hatten sie zum Ziel.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zentren des Aufstandes in unserem Bundesland waren die Hafen- und Werftenstädte Rostock, Wismar, Stralsund und Wolgast. In Rostock riegelten die Polizei und die Sowjetarmee das Werftgelände ab, sodass es nicht zu Demonstrationen in der Innenstadt kommen konnte. In den politischen Zielen waren sich die Arbeiter in den Betrieben einig: Absetzung der Regierung, gesamtdeutsche Wahlen und Abzug der Sowjets.

In der gesamten DDR wurden 2.300 Menschen zu Haftstrafen verurteilt, mindestens 20 Todesurteile wurden vollstreckt. Während des Aufstandes starben circa 60 bis 80 Menschen, genaue Zahlen sind leider bis heute nicht bekannt. Stellvertretend für die Opfer möchte ich folgende Namen nennen: Rudolf Berger, Horst Bernhagen, Oskar Pohl, Wolfgang Röhling, Gerhard Schulze, Rudi Schwander und Werner Sendsitzky. Diese Opfer wurden auf dem Friedhof in der Berliner Seestraße bestattet.

Besonders bewegt haben mich zwei Schicksale bei der Recherche auch für diese Rede, das waren die Schicksale von Rudi Schwander und Werner Sendsitzky. Werner Sendsitzky aus dem Berliner Bezirk Wedding starb an seinem 16. Geburtstag. Ihn traf die Kugel eines Volkspolizisten mitten ins Herz. Rudi Schwander war erst 14 Jahre alt und er starb bei der Flucht vor Volkspolizisten. Sie sind die jüngsten Opfer dieses Volksaufstandes und von ihnen ging überhaupt keine Gewalt aus. Konrad Adenauer sagte beim Staatsbegräbnis für die beiden Jugendlichen: „Die Toten sind Märtyrer der Freiheit. Sie haben Zeugnis dafür abgelegt, dass die Deutschen keine Versklavung mehr ertragen können.“ Wie recht er damals damit schon hatte. Wir verneigen uns vor den Toten und wollen ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass sich auch hier viele Tausend Menschen an dem Aufstand beteiligt haben, der mehr als ein Arbeiteraufstand war. Man kann ihn sogar Volksaufstand nennen. Und da hilft es auch nichts, wenn man jetzt im Nachhinein behaupten möchte, die Leute haben aufgebeht und wollten soziale Gerechtigkeit. Es stand ganz klar im Vordergrund, man hat für Demokratie und Freiheit demonstriert.

In der DDR fand leider keine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema statt. Der Aufstand wurde von der SED als faschistischer beziehungsweise konterrevolutionärer Putschversuch abgetan,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist heute auch so,
das Aufbegehren ist auch Faschismus.)

der vom westdeutschen und US-amerikanischen Imperialismus vorbereitet wurde.

In der alten Bundesrepublik war der 17. Juni ab 1954 als Tag der Deutschen Einheit ein Feiertag. Und es war insbesondere der spätere Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner, der diesen Feiertag im Bundestag mit durchsetzte.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wehner kritisierte in seinen Reden zum Tag der Deutschen Einheit den kommunistischen Separatismus und geißelte das SED-Regime. Die Erinnerung wurde unter anderem durch jährliche Debatten im Deutschen Bundestag wachgehalten. Der Landtag soll der Menschen gedenken, die im Juni 1953 ihre Freiheit und ihr Leben riskiert haben.

Der 17. Juni 1953 ist Teil von gescheiterten Revolutionen im Ostblock. Der ungarische Volksaufstand von 1956 und der Prager Frühling von 1968 reihen sich ein. Alle diese Aufstände sind mithilfe der Sowjetarmee gewaltsam niedergeschlagen worden. Aber diese Ereignisse legten auch den Grundstein für Solidarność in Polen und schließlich die friedliche Revolution in der DDR und dem gesamten ehemaligen Ostblock.

Der Wille nach Freiheit und Demokratie, der am 17. Juni 1953 zum Ausdruck kam, hat sich am Ende gegen Diktatur und Willkür durchgesetzt. Und es ist die Pflicht der nachfolgenden Generationen, die Erinnerungen an diese tapferen Männer und Frauen aufrechtzuerhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bitte deshalb um die Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! CDU und SPD stellen heute einen Antrag zur Abstimmung, den eigentlich alle vier demokratischen Fraktionen hätten erarbeiten und einreichen sollen,

(Michael Andrejewski, NPD: Hat mich schon
gewundert. Wo bleibt die Blockfestigkeit?)

denn die Auseinandersetzung mit den Ereignissen vom 17. Juni 1953, mit den Ursachen, Auswirkungen und Schlussfolgerungen bleibt notwendig. Sie ist Aufgabe und Verpflichtung aller Demokraten, nicht zuletzt im Hinblick auf den anstehenden 60. Jahrestag im kommenden Jahr. Und deshalb bedauere ich zutiefst, dass mehrfache Versuche meinerseits, dies den antragstellenden Fraktionen nahezubringen, daraus einen gemeinsamen Antrag zu machen, abgelehnt wurden.

Auch wenn es unter den demokratischen Fraktionen natürlich zum Teil unterschiedliche historische und politische Bewertungen dieser Zeit gibt, dürfte eines doch feststehen: Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 eignet sich nicht zu parteipolitisch motivierten Auseinandersetzungen, dies darf nicht instrumentalisiert werden. Und ich wiederhole: Vor diesem Hintergrund ist es außerordentlich bedauerlich, dass sich vor allem die CDU beharrlich weigerte, diesen Antrag gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen in den Landtag einzubringen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Bedenklich, bedenklich.)

das auch vor dem Hintergrund der vielfältigen Projekte der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, die sich genau mit diesem Jahrestag befassen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Warum ist das so? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß es nicht. Ich weiß jedoch, dass die CDU am 3. Juli 2008 kein Problem damit hatte, dass ein Vertreter der LINKEN im Namen aller Demokraten gegen einen Antrag der NPD gesprochen hatte, der sich mit eben diesem 17. Juni 1953 befasst hat.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist jetzt ein bisschen unfair, Herr Ritter, ne?)

Dieser Redner war ich, Herr Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das weiß ich, dass Sie das waren. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Grundaussagen meiner damaligen Rede wurden von keiner demokratischen Fraktion beanstandet.

(Zuruf aus dem Plenum:
Mein Gott, sind Sie eine Heulsuse!)

Insofern gibt es überhaupt keinen Grund dafür, dass es keinen gemeinsamen Antrag gibt.

(Michael Andrejewski, NPD: Fühlen Sie sich irgendwie ausgestoßen?)

Die Grundaussagen gelten bis heute, daran hat sich nichts geändert. Ich appelliere daher an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, überwinden Sie ihre Abwehrhaltung! Eine Blockadehaltung hier im Parlament wird dem Gedenken an den 17. Juni 1953 nicht gerecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe ...

(Vincent Kokert, CDU: Sind denn die Menschen für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen oder für soziale Gerechtigkeit, Herr Ritter?)

Darauf komme ich noch, Herr Kokert.

Ich habe bereits auf meine Rede aus dem Jahr 2008 verwiesen. Ich will die wesentlichsten Aussagen heute wiederholen.

Damals und heute gilt für DIE LINKE folgende historische und politische Einschätzung über die Ursachen und Hintergründe des Volksaufstandes vom Juni 1953, ich zitiere aus dem Landtagsprotokoll vom 3. Juli 2008: „Im Juli 1952 ... fand die 2. Parteikonferenz der SED statt. Verkündet wurde der planmäßige Aufbau des Sozialismus, was im Kern aber nichts anderes bedeutete als eine Stärkung der Staatsmacht nach sowjetischem Vorbild. ... Dieser Beschluss wurde vor dem Hintergrund einer schwierigen ökonomischen Situation im Land gefasst. ... Als Ergebnis des Kalten Krieges und der damit verbundenen Militarisierung ... wuchsen die direkten und indirekten Militärausgaben stetig an und umfassten 1952 schon 11 Prozent des gesamten

Staatshaushaltes. Zusammen mit den Reparationsleistungen an die Sowjetunion banden diese Ausgaben 20 Prozent des Haushaltes der DDR. Die Wirtschaftspolitik der DDR orientierte sich deshalb auf die Schwerindustrie zulasten der Lebensmittel- und Konsumgüterwirtschaft. Das Wohlstandsgefälle zum Westen, wo dem wirtschaftlichen Wiederaufbau in großem Maße der Marshall-Plan zugutekam, vergrößerte sich. Menschen verließen den Osten Richtung Westen.“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„vor allem aufgrund dieser ökonomischen und der sich daraus ergebenden sozialen Probleme. ... Als Instrument zum Gegensteuern wurde von der SED-Führung am 13. und 14. Mai 1953 eine Erhöhung der Normen unter dem Motto ‚Mehr Arbeit für gleichen Lohn‘ beschlossen. Dies wurde vom Ministerrat am 28. Mai 1953 bestätigt. Unmut machte sich unter der Bevölkerung breit. Die sowjetische Führung griff hier wieder ein, ... bestellte am 2. Juni 1953 eine SED-Delegation nach Moskau ... und präsentierte dort Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR. ... Dieser Kurswechsel kam jedoch zu spät, der Protest entlud sich auf den Straßen und Plätzen im Osten. Die Proteste wurden niedergeschlagen. ... Die sowjetischen Behörden reagierten mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, der erst am 11. Juli 1953 wieder aufgehoben wurde. ... Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes übernahm die Sowjetunion offiziell wieder die Regierungsgewalt in der DDR. ... Die westlichen Besatzungsmächte reagierten sehr unterschiedlich. Churchill erklärte zum Beispiel, dass die Sowjetunion im Recht gewesen sei, als sie den Aufstand niederschlug.“ Zitatende.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die aus den Ergebnissen zu ziehenden Schlussfolgerungen für die Politik von heute und morgen habe ich damals im Namen aller Demokraten wie folgt klar skizziert. Im Landtagsprotokoll kann man dazu lesen, ich zitiere: „... ich habe mit dieser kurzen Beschreibung der damaligen Situation deutlich gemacht, dass die Bewertung historischer Ereignisse keine einfache Schwarz-Weiß-Malerei, ... sondern von vielen Faktoren abhängig ist. ... Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ... das betrifft auch die Frage der Opfer des 17. Juni 1953.“ In einer Projektarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung, nachzulesen auf der Internetseite der Bundeszentrale, heißt es, ich zitiere: „Mit den Toten und der Höhe ihrer Zahl wurde in der Vergangenheit Politik gemacht. Die von offizieller DDR-Seite unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 veröffentlichten Angaben zu den Todesopfern des 17. Juni 1953 erwiesen sich von Beginn an als zu niedrig, die im Westen spätestens seit Beginn der 90er Jahre als viel zu hoch. ... Nach unseren Rechercheergebnissen“, so die Bundeszentrale, „sind 55 Todesopfer durch Quellen belegt“. Zitatende.

(Michael Andrejewski, NPD:
Soll das Revisionismus sein?)

Meine Damen und Herren, ich füge heute hinzu, dass es nach Angaben des lesenswerten Begleitheftes der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

zur Ausstellung „Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern“ 116 Todesopfer aufseiten der Sicherheitskräfte und Funktionäre gegeben hat.

(Michael Andrejewski, NPD:
Verdientermaßen, würde ich sagen.)

Auch das gehört zur traurigen Wahrheit.

Ich erwähne diese Publikation deshalb, weil sie einen guten Einblick in die Zeit von damals gewährt. Vor allem die antragstellenden Fraktionen sollten sich vertieft mit dieser Lektüre auseinandersetzen, denn in der Begründung des aus der Feder der CDU stammenden Antrages scheinen die Ursachen des Volksaufstandes nicht ganz konkret erfasst zu werden, auch wenn es in der Rede von Herrn Kokert jetzt schon etwas anders klang.

Forderungen nach Freiheit und Demokratie sollen nach Sichtweise des Antrages in seiner Begründung die Ursachen für die Ereignisse am 17. Juni 1953 gewesen sein. Im Begleitheft wird auf Seite 6 vollkommen zu Recht festgestellt, ich zitiere: „Die Erhöhung der Normen für die Bau- und Industriearbeiter war der Auslöser des Aufstandes“, Zitatende.

(Vincent Kokert, CDU: Unter anderem, Herr Ritter, nicht nur.)

Ich zitierte aus diesem Heft, Herr Kokert. Nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber auch, weil den Menschen das System bis obenhin über war. – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

Oder nehmen wir die Seite 20 dieses Begleitheftes zu einer Ausstellung, die ich sehr interessant finde. Dort geht es um die Vorkommnisse auf den Werften in Stralsund und Rostock. Ich zitiere: „Die Unzufriedenheit der Arbeiter hatte ihre Wurzeln in der Verteuerung der Lebensmittel und der Fahrpreise, in den gestrichenen Zuschüssen, der extremen Wohnungsnot und den äußerst schweren und unbefriedigenden Arbeitsbedingungen. Der Tropfen aber, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 Prozent, die im Mai 1953 zur Steigerung der Produktionsergebnisse beschlossen und in den Kommuniqués der Regierung vom 9. und 11. Juni zum Neuen Kurs zunächst nicht zurück genommen worden sind“, Zitatende.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In der Begründung des Koalitionsantrages findet sich zu diesen Ursachen leider kein Wort, aber diese Ursachen gehören eben auch mit dazu.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele andere Beschreibungen der damaligen Geschehnisse in diesem Heft, etwa auch in der Landwirtschaft, regen zum Nachdenken an. Zahlreiche Einzelschicksale werden beschrieben. Die hohe Zahl an Verhafteten und Verurteilten lässt sich heute gar nicht mehr genau belegen.

(Vincent Kokert, CDU: Das stimmt.)

Auch die auf Seite 58 aufgeführte Propaganda der SED-Führung, die von einem „Putsch faschistischer Agenten und Provokateure“ sprach, können wir heute nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen.

Etwas schmunzeln musste ich allerdings auf Seite 16. Gestatten Sie mir, dass ich auch das vortrage, weil der Kollege Kokert auf Grabow eingegangen ist. Zu den Vorkommnissen am 16. Juni 1953 auf dem Marktplatz in Grabow heißt es in einem Bericht der SED-Kreisleitung, nachzulesen in dieser Broschüre, wie folgt, ich zitiere: „Der Bürgermeister der Stadt Grabow, Herr Flint (CDU), wandte sich aufgeregt an den Genossen Bierholz mit der Bitte, ihm doch zu helfen, die Einwohner nach Hause zu schicken. Er selbst habe das bereits versucht, man habe ihn ausgepöffelt und nicht zu Worte kommen lassen.“ Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Recht so.)

Diese Aussage will ich einmal unkommentiert stehen lassen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, wir haben uns zu unserer Verantwortung bekannt, Herr Ritter. Sie auch?)

In der Broschüre kann man das auf Seite 58 nachlesen. Dort findet sich auch folgende interessante Feststellung, ich zitiere: „Die politische und militärische Verantwortung für ganz Deutschland lag ausschließlich bei den Besatzungsmächten. Weder die Bundesregierung und erst recht nicht die Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich hatten Interesse an einer Unterstützung des Aufstands, der die Verantwortung der vier Besatzungsmächte für Deutschland gefährdet und möglicherweise einen bewaffneten Konflikt mit der Sowjetunion zur Folge gehabt hätte“, Zitatende. Auch diese Tatsache gehört in den historischen Kontext.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will an dieser Stelle, wie auch bereits im Juli 2008, eines erneut klarstellen: Jedes Todesopfer ist eines zu viel! Alle Opfer des 17. Juni mahnen uns, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung für immer und überall auszuschließen. Auf Bajonettspitzen lassen sich auf Dauer Frieden und Demokratie nicht durchsetzen. Die Opfer des 17. Juni verdeutlichen aber auch, dass persönliche Freiheitsrechte und soziale Grundrechte einander bedingen und nicht gegeneinander aufgewogen werden dürfen. Das ist die wichtigste Schlussfolgerung für die Mitglieder meiner Partei.

(Vincent Kokert, CDU: Da sind wir sogar wieder zusammen, Herr Ritter.)

Für die Mitglieder meiner Partei gehört deshalb – auch in Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des 17. Juni 1953 – der radikale und endgültige Bruch mit dem Stalinismus zum Gründungskonsens unserer Partei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will abschließend meine Erwartungshaltung an den Umgang mit dem anstehenden 60. Jahrestag hier in Mecklenburg-Vorpommern ausdrücken. Ich hoffe, dass wir uns den Ursachen und Auswirkungen der Ereignisse im Juni 1953 im historischen Zusammenhang nähern.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich hoffe, dass wir an die Stelle einer Instrumentalisierung von damals heute keine andere setzen. Meine Fraktion stimmt daher dem Antrag zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Donig.

Ingulf Donig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 17. Juni 1953 haben die Arbeiter in der ganzen DDR ihre Stimme für Demokratie und Freiheit erhoben, nicht nur in der Stalinallee in Berlin, sondern auch in den Leuna-Werken, dem Uranbergbau und den ehemaligen Krupp-Gruson-Werken in Magdeburg und an vielen Orten der DDR. Die SED hat mithilfe der Sowjetunion die Forderungen der Arbeiter nach Demokratie und Freiheit mit Gewalt niedergeschlagen.

An diese Ereignisse wollen wir anlässlich des 60. Jahrestages des 17. Juni mit einer Veranstaltung durch den Landtag erinnern. Dieser Antrag ist auch deshalb bitter notwendig, denn der 17. Juni 1953 verliert zusehends an Bekanntheit. Er verliert an Bekanntheit, obwohl er Gegenstand des Unterrichts ist und die Landeszentrale und die Bundeszentrale für politische Bildung alljährlich Veranstaltungen zur Thematik des Volksaufstandes ausrichten. Er verliert seine Bekanntheit nicht nur, weil er seit 1991 kein Feiertag mehr ist, denn dieser Trend begann schon vor 1990.

Der 17. Juni 1953 war übrigens ein Feiertag, der nicht von Anfang an von allen gewollt war. Es war Herbert Wehner, der den 17. Juni als Feiertag ins Gespräch gebracht hat. Es war Willy Brandt, der am 1. Juli 1953 im Bundestag den Antrag der SPD in einer Rede begründet hat, als andere Fraktionen sich noch dagegen aussprachen. Der 17. Juni 1953 wurde am 3. Juli 1953 doch zum Feiertag erklärt, nachdem letztendlich die damaligen Regierungsfractionen umgeschwenkt sind. Es haben dann dem Antrag der SPD alle Parteien mit Ausnahme der KPD zugestimmt.

Für uns von der SPD war und ist der 17. Juni 1953 schon immer ein sehr wichtiges Ereignis gewesen. Ernst Reuter hat es in seiner Rede am 24. Juni 1953 anlässlich der Trauerveranstaltung für die Gefallenen des Aufstandes wie folgt zum Ausdruck gebracht: „Der 17. Juni 1953 ist, das ist unsere gemeinsame Überzeugung, das größte Ereignis der Geschichte, das wir seit langem erlebt haben. Niemand kann sagen, ob es uns heute oder morgen oder übermorgen zum Ziele führen wird, aber das wissen wir: Dieser elementar-wichtige Aufstand unseres Volkes, dieser Marsch der deutschen Arbeiter, diese revolutionierende, entflammende Wirkung der deutschen Jugend unter dem totalitären System, dies alles hat die Welt aufgerüttelt, und die Bahn ist frei gemacht für eine bessere Zukunft. Keine Macht der Welt, niemand wird auf die Dauer uns Deutsche voneinander trennen können, wir werden zusammen kommen, wir werden zusammenwachsen“, Zitatende.

Dieser kurze Ausschnitt sagt vieles über die Bedeutung des 17. Juni 1953. Es war der erste Versuch von Menschen in der DDR, ihre Fesseln der Diktatur abzustreifen. Und wie die Ereignisse von 1989/90 zeigen, hat Ernst

Reuter recht behalten, auch wenn es 36 Jahre lang gedauert hat, bis wir hier in Demokratie und Freiheit leben konnten. Wir haben im Osten zweimal für Demokratie und Freiheit gestritten und zweimal viel riskiert. Wir haben mit beiden Ereignissen die deutsche Geschichte geprägt, indem wir uns die Demokratie und Freiheit erkämpft haben. Darauf können wir alle im Osten und Westen stolz sein.

Damit der erste und leider gescheiterte Versuch nicht in Vergessenheit gerät, wollen wir im Landtag der Arbeiter gedenken, die sich für diese unsere Werte eingesetzt und viele Opfer gebracht haben. Wir wollen auch daran erinnern, welche Folgen die Niederschlagung hatte, denn danach hat die SED ihr Überwachungs- und Bespitzelungssystem auf- und ausgebaut, ein System, das ihnen aber letztendlich 1989 nicht geholfen hat. Wir wollen an den Volksaufstand und seine Niederschlagung auch erinnern, weil es für uns das Ende der Legitimation der SED als Vertreter der Arbeiterschaft markiert.

Letztlich ist diese Gedenkveranstaltung notwendig, da wir heute immer wieder Versuche sehen, den Volksaufstand in seiner Bedeutung zu marginalisieren und delegitimieren, indem die sozialen Forderungen in den Vordergrund gestellt werden. Dieser Geschichtsklitterung wollen wir mit der Gedenkveranstaltung ebenfalls entgegenwirken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und die Proteste der Bauarbeiter wegen der erhöhten Norm, Herr Ritter, das ist der Anlass gewesen und nicht die Ursache. Das habe ich noch gelernt in der Schule.

Die SPD-Landtagsfraktion wird diesem Antrag zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Jaeger.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landeszentrale für politische Bildung führt ein Seminar durch am 01.11.2012. Es geht um die Verfassung der neuen Länder und die Väter und Mütter des Grundgesetzes. Dabei wird auch eine Frau vorkommen, nämlich Irmgard Rother. Irmgard Rother war damals die einzige Frau, die an der Landesverfassung hier mitgeschrieben hat. Ich habe Irmgard Rother 1989 kennengelernt bei der Gründung des Neuen Forums und sie erzählte mir damals vom Volksaufstand 1953. Das ist tatsächlich eine der wenigen Verbindungen, die ich persönlich erlebt habe zu diesem Volksaufstand 1953. Ich selber bin durch das Bildungssystem der DDR gegangen und habe damit auch wahrgenommen und musste wahrnehmen, wie die DDR diesen Volksaufstand dargestellt hat.

Ich lese zwei Sätze aus einer Rede eines Abgeordneten auf der Sondersitzung des Bezirkstages Schwerin vom 9. Juli 1953. Dort wird der Volksaufstand aus Sicht der damals Herrschenden geschildert. Und zwar sagt er, Zitat: „Am 17. Juni sind faschistische Rowdys zu Tausenden in den demokratischen Sektor von Berlin einge-

drungen. Sie nutzten die Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung aus, die infolge einer fehlerhaften Maßnahme entstanden. Sie steckten HO-Kioske in Brand, verbrannten Autos und versuchten, faschistische Kriegsverbrecher aus den Gefängnissen zu holen. Unsere Arbeiter und die übergroße Mehrheit der Werktätigen erkannten sehr schnell, dass diese sinnlosen Zerstörungen, die von faschistischen Rowdys angefangen wurden,“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„nichts mit dem Willen der ehrlich arbeitenden Menschen unserer Republik zu tun hatten.“ Zitatende. So also wurde der 17. Juni in der DDR auch weiterhin dargestellt.

Ich will auch vorlesen aus einem Dokument, und zwar ist es die BDVB Rostock, die dieses damals an alle VPKA-Leiter verschickte am 18. Juni 1953. Dort sagt der Chefinspekteur oder schreibt er: „Ich weise noch einmal darauf hin, wenn Anzeichen vorhanden sind, eine Demonstration zu organisieren, ist jeglicher Widerstand rücksichtslos zu brechen. Provokateure oder sonstige Personen, die versuchen sollten, dennoch eine Demonstration zu organisieren, laufen Gefahr, erschossen zu werden.“

(Vincent Kokert, CDU: Toll! Dokumentierter Schießbefehl nennt man das.)

Das war die Stimmung 1953 in der DDR und das war auch die Tradierung dieses Ereignisses in die DDR-Geschichte hinein.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte einen Satz vorlesen aus der Broschüre der Landesbeauftragten und sie sagt dort, sie nimmt Bezug auf den Volksaufstand vom 17. Juni: „Ohne ihn sind weder friedliche Revolution noch Deutsche Einheit denkbar.“ Und dieser Satz ist absolut richtig, auch wenn ich ihn 1989 so nicht erkannt habe und so nicht gesehen habe. Der Grund ist, dass wir uns 1989 immer wieder korrespondierend zu 1953 verhalten haben und über dieses Ereignis nachgedacht haben. Uns war wichtig Gewaltlosigkeit. Dies schien 1953 nicht der Fall zu sein.

Die Position der Sowjetunion war völlig unterschiedlich. Sie hat 1953 den Volksaufstand niedergeschlagen, 1989 ging die Perestroika unter Gorbatschow voraus. Ich kenne Berichte aus Wismar ganz konkret, wo 1989 der Kommandeur der sowjetischen Truppen in Wismar den Vertretern des Neuen Forums angeboten hat, falls es zu Schwierigkeiten kommt, wird er die Kasernentore öffnen. Auch das ist ein ganz großer Unterschied zwischen 1989 und 1990. Aber richtig ist, ohne den Volksaufstand 1953 hätte es das ehrende Gedenken vor allem in der Bundesrepublik West nicht gegeben, und das ist ein ganz wesentlicher Punkt, warum im Westen Deutschlands das Thema Deutsche Einheit immer wieder lebendig gehalten wurde,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dies ist auch ein Punkt, die Deutsche Einheit, die wir 1989 ja auch erst – die Akteure jedenfalls oder ein Teil der Akteure, muss man ehrlicherweise sagen – relativ spät als ein positives Ergebnis des Herbstes 1989 wirklich angenommen haben. Viele von uns haben es kritisch gesehen, haben an einen dritten Weg geglaubt, sind

meiner Meinung nach zu spät in diese Gestaltung der Deutschen Einheit mit eingestiegen. Das alles gehört mit zur Geschichte des 17. Juni 1953 dazu.

Ich persönlich finde es auch sehr wichtig, dass DIE LINKE hier ihre Haltung deutlich positioniert hat und mit den demokratischen Fraktionen in eine gemeinsame Willensbildung eintritt. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal an die Menschen, gerade auch in unserem Bundesland, dass wir diesen Tag ehrenvoll im nächsten Jahr begehen können.

Ich möchte noch zwei konkrete Fälle nennen, weil sie damals mit prägend waren, und zwar ist es einmal der Fall von Erna Dorn. Erna Dorn ist eine der beiden Menschen, die unter dem Fallbeil in Dresden starben, die als Rädelsführerin verurteilt worden war. Erna Dorn ist ein sehr schwieriger Fall, weil sie war verurteilt worden, sie sei eine KZ-Aufseherin gewesen. Dies ließ sich praktisch nicht nachweisen und hing nur mit ihren eigenen Aussagen zusammen. Man vermutet, dass sie psychisch krank war.

(Udo Pastörs, NPD: Oder sie wurde erzwungen, diese Aussage.)

Es kam dann zu ihrer Verurteilung. Sie ist befreit worden in Halle, sie ist in Halle aus dem „Roten Ochsen“ befreit worden, hat an Demonstrationen teilgenommen, wurde später als Rädelsführerin verurteilt und hingerichtet. Sie spielte in der DDR-Propaganda eine sehr große Rolle, weil sie war der Beleg dafür, dass dieser Aufstand ein faschistischer Aufstand gewesen sei, weil eben Akteure des Dritten Reiches sich daran aktiv beteiligt hätten.

Ein anderer Fall ist Ernst Jennrich. Ernst Jennrich ist auch unter dem Fallbeil in Dresden hingerichtet worden. Er war beteiligt an der Befreiung von Gefangenen in Magdeburg in einer Haftanstalt. Dort ist es zu tödlichen Schüssen gekommen auf Wachhabende. Dort sind insgesamt zwei Volkspolizisten gestorben und auch ein weiterer Sicherheitsbeamter. Und er wurde verurteilt, er habe diese tödlichen Schüsse abgegeben. Dies ließ sich tatsächlich nicht nachweisen. Er wurde auch zu 15 Jahren Haft deswegen verurteilt, nur muss man sagen, es war die damalige Justizministerin Hilde Benjamin,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die „Rote Guillotine“.)

die dieses Urteil kassiert hat und angewiesen hat, dass er zum Tode zu verurteilen ist.

All diese Fälle schildern aus meiner Sicht auch deutlich, warum man sagen kann, dass die DDR – und das trifft ganz sicher auf diese Zeit zu – definitiv ein Unrechtsstaat gewesen ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen wir gemeinsam feststellen, denke ich, und auch gemeinsam bekennen für die nächsten Generationen, die immer weniger Zugang zu diesen Daten von 1953 haben.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Also ich möchte mich noch mal deutlich dem Satz anschließen: Der 17. Juni ist wirklich Voraussetzung für die

friedliche Revolution in Deutschland, auch wenn wir das damals nicht alle richtig erkannt haben, und er ist tatsächlich eine der ganz wesentlichen Voraussetzungen für die Deutsche Einheit. Die ist nicht denkbar ohne den 17. Juni. Deswegen danke ich den Menschen, die sich damals engagiert haben. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich habe einen sehr persönlichen Bezug zum 17. Juni 1953. Die Familie meines Vaters verließ aufgrund der gesamten Zustände in der DDR in den 50er-Jahren Aschersleben und somit auch die DDR. Mein Vater kam dann in den 60er-Jahren als Arbeiter wieder in die DDR zurück, weil er den naiven Glauben hatte, dass die DDR der sozialere und auch nationalere Staat war. Er musste diesen naiven Glauben mit fast vier Jahren Gefängnisstrafe dann bezahlen.

17. Juni – die CDU möchte im nächsten Jahr diesem Tag gedenken. Was ist das für ein heuchlerischer Antrag? Denn es war die NPD-Fraktion, die bereits im Jahre 2008 hier an dieser Stelle forderte und verlangte, dass der 17. Juni generell jedes Jahr hier in Mecklenburg-Vorpommern als Gedenktag gehandelt wird.

Im Angesicht des von vielen mit Mut und Freiheitsdrang getragenen Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 verhielt sich der Westen einmal abgesehen von der propagandistischen Unterstützung durch Radiosender regierungsseitig eher passiv. Nun wird mancher einwerfen, dass ein aktives Eingreifen zu einem kriegesischen Konflikt in der Mitte Europas mit weitreichenden Folgen geführt hätte. In Wahrheit aber hatten sich die maßgeblichen Kreise jenseits von Elbe und Werra längst für eine Westanbindung beziehungsweise Integration entschieden. Besser noch, die Westintegration der im September 1949 gegründeten BRD war zu diesem Zeitpunkt bereits vollzogen. Die Frauen und Männer des 17. Juni waren de facto auf sich allein gestellt.

Ich nenne Ihnen hier ein paar Fakten: Am 9. August 1950 plädierte der Dresden-Zermalmer Winston Churchill auf einer Tagung des Europarates in Straßburg für die Aufstellung einer westeuropäischen Armee. Acht Tage darauf forderte Konrad Adenauer in einem Memorandum,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das am Bundestag vorbei an die Westalliierten ging, deutsche Streitkräfte in ein westliches Militärbündnis zu integrieren. Dafür sprach sich auch Frankreich aus.

Am 26. Oktober 1950 wurde durch Ernennung von Theodor Blank zum Beauftragten des Bundeskanzlers

(Udo Pastörs, NPD: Das Amt Blank.)

für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen das Amt Blank gegründet. Hieraus entstand später die Bundeswehr. Mit seinen Noten vom März, April, Mai und August 1952 schlug Stalin den drei westlichen Hauptsiegermächten vor, zu-

sammen mit einer gesamtdeutschen Regierung über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Dieses Deutschland sollte neutral sein und seine Regierung aus freien Wahlen hervorgegangen sein. Die Westmächte lehnten dieses Ansinnen ab, wohl auch weil sie befürchteten, dass die Wahlen nicht zu dem von ihnen gewünschten Ergebnis geführt hätten. Das kategorische Nein des Westens war ein Schlag ins Gesicht jener in der DDR, die auf eine Vereinigung hofften. Andererseits wurden die Funktionäre, die für diesen Fall ein politisches Ende befürchten mussten, wieder beruhigt. Moskau gab nunmehr grünes Licht für die Sowjetisierung des mitteldeutschen Staates.

Auf der zweiten Parteikonferenz der SED wurde am 12. Juli 1952 der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der DDR erklärt. Auf politischer Ebene wurden wegen der blutigen Niederwalzung des Volksaufstandes in Mitteldeutschland ein paar Krokodilstränen vergossen. Mit der Teilung hatte man sich im Westen in Wahrheit längst abgefunden. Das, meine Damen und Herren, sind Fakten, die bis heute und vielleicht gerade auch heute gern ausgeblendet werden. Je katastrophaler, je volksfeindlicher die Politik der Altparteien ist, desto stärker die Versuche, die BRD als Hort der Freiheit,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

quasi als Gipfelpunkt der deutschen Geschichte darzustellen. Dieses angeblich Beste ist bis heute nicht souverän.

Im November 2011 erklärte Bundesfinanzminister Schäuble während einer vierzigminütigen Rede auf dem europäischen Bankenkongress, ich zitiere: „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“ Zitatende. Die Wissenschaft streitet sich hier um die Echtheit der sogenannten Kanzlerakte, also jenes Schriftbild, das jeder Bundeskanzler Deutschlands vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen habe. Wer allerdings die BRD-Politik der letzten sechs Jahrzehnte analysiert, wird zu dem Schluss kommen, dass das Handeln, ganz gleich, ob ein SPD- oder ein CDU-Kanzler am Ruder ist, nicht vom Willen zur Selbstbestimmung und Souveränität geprägt wurde und wird. Und dafür, meine Damen und Herren, sind die Helden des 17. Juni 1953 doch auf die Straße gegangen.

Noch immer gilt die Feindstaatenklausel und noch immer befinden sich ausländische Truppen auf deutschem Boden. Und nicht zuletzt sind wir hier im angeblich freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben haben soll, auf dem Weg in eine Meinungsdictatur.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Der Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch wurde 2008 abgelöst, weil er mit seinem Vortrag „Migration und Kriminalität“ LINKE- und SPD-Politiker provozierte. Die Berliner Richterin Kirsten Heisig beschrieb in ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ anschaulich die hohe Gewaltbereitschaft ausländischer Jungkrimineller. Am 3. Juli 2010 wurde ihre Leiche gefunden. Laut offizieller Lesart hatte sie sich erhängt, eine für Frauen allerdings untypische Todesart.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist überhaupt eine untypische
Todesart, auch für Männer.)

Der Schriftsteller Günter Grass kritisierte in einem Gedicht die Außenpolitik Israels, was ihm ein Einreiseverbot für Israel und Medienschelte hierzulande einbrachte. Und der früheren Fernsehmoderatorin Eva Herman half es auch nichts, dass sie früher an der Aktion „Laut gegen Nazis“ teilgenommen hatte.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Rote Lampe.)

Leider schritten die Bürger der DDR 1989 von einer Unfreiheit in die nächste Unfreiheit.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist dummes Zeug.)

Aber auch diese Unfreiheit wird eines Tages enden. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Heinz Müller, SPD: Ich freue mich,
dass dieser Quatsch von
Ihnen jetzt endet.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Da ich eine Formulierung von Herrn Köster nicht genau verstehen konnte, behalte ich mir eine Prüfung seiner Rede vor.

(Udo Pastörs, NPD: Schöner
Beweis, was hier los ist.)

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir gemeinsam unterstellen, dass es etwas wie ein kollektives Gedächtnis einer Nation gibt, dann muss uns Deutschen auch klar sein, dass es in der jüngeren deutschen Geschichte kaum ein Ereignis gegeben hat, dass von solcher Bedeutung und Tragweite für uns Deutsche ist wie die Ereignisse um den 17. Juni 1953.

Und wenn der Kollege Donig sagt, dass dieser Termin mittlerweile an Bekanntheit verliert, dann wird für mich umso klarer, wie wichtig der Antrag von der Koalition, von uns Christdemokraten auch eben ist. Meine Damen und Herren, und es ist gut, dass wir wie andere Landesparlamente uns auch dafür einsetzen, dass es ein ehrendes Gedenken gibt in einer zentralen Veranstaltung des Landtages.

Ich habe mir bei der Vorbereitung im Arbeitskreis die Frage gestellt, ob man wohl in der Debatte hier im Landtag damit so umgehen kann miteinander, wie es der Wichtigkeit dieses historischen Ereignisses entspricht. Ich muss dem Kollegen Jaeger recht geben, sich auseinanderzusetzen mit dem Unfug, wie er eben gesagt hat, dem Unfug, der da von rechts kam, lohnt die Mühe nicht, lohnt die Mühe nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Das war kein
Unfug, das waren alles Fakten. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber, Herr Ritter, ich werde mich sehr gern mit Ihrem Vortrag und vor allen Dingen aber auch mit Ihrer Pressemitteilung auseinandersetzen.

(Stefan Köster, NPD: Sie blenden
die Fakten und die Tatsachen aus.)

Und ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass natürlich die verschiedenen Akteure der politischen Bildung sich im kommenden Jahr mit diesem Thema befassen werden. Ich meine, das ist doch wohl selbstverständlich.

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes plant in der Tat eine ganze Reihe von Veranstaltungen, unter anderem eine Ausstellung im Schweriner Marstall, wo es dann um diese russischen Arbeitslager, die Gulags geht. Und es wird auch eine zweitägige Gedenkmeile geben in der Landeshauptstadt

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

zwischen Marstall und dem „Runden Tisch“. Dort soll es eine Gedenkmeile geben, meine Damen und Herren, das kann man dann unter www.geschichtsmeile-mv.de in den nächsten Tagen als Information abrufen.

Wir sollten auch gemeinsam, und ich betone, die Idee ist nicht einmal von uns, aber wir sollten es tun, wir sollten bei dem Tag der offenen Tür im nächsten Jahr, wir sollten ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Von wem ist der Vorschlag?)

Das ist eine Idee, die vielleicht, Herr Ritter, von Ihnen ist. Ich weiß es nicht genau, aber vielleicht ist sie von Ihnen. Aber die Idee, die Idee ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht vielleicht,
nicht vielleicht! – Helmut Holter, DIE LINKE:
Die ist von Herrn Ritter. Ich bin der Zeuge.)

Gut, also der Zeugenschaft, Herr Fraktionsvorsitzender, bedarf es gar nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das gestehen wir
euch doch zu. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, dann sagt das doch! –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Keiner streitet das ab, keiner will euch das wegnehmen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Dann sagen Sie es doch!)

Ich sage einfach, dass das eine gute Idee ist, eine Idee, die wir, glaube ich, gemeinsam unterstützen sollten, weil es wichtig ist, dass man Historiker, aber auch Zeitzeugen, und auch die werden rar nach 60 Jahren, dass man die hier bei einer Podiumsdiskussion wirklich in das Zentrum des Interesses setzen soll, weil eben dieser Termin so wichtig ist.

Und auch die Stiftungen der politischen Parteien planen ja eine Reihe von Veranstaltungen. Die CDU-Fraktion, wir also, begrüßt natürlich diese Aktivitäten, aber wir sagen eben, wir wollen es dabei nicht belassen. Wir wollen auch, dass es eine zentrale Gedenkveranstaltung im Landtag gibt. Und ich glaube, jetzt muss ich einfach

mal auf das eingehen, was der Kollege Ritter gesagt hat, und auch auf seine Presseinformation vom 11. Oktober, weil, Herr Ritter, natürlich ist es wichtig, dass wir uns gemeinsam mit so einem wichtigen historischen Ereignis auseinandersetzen, nur, das bedingt eben gerade nicht, dass wir auch einen gemeinsamen Antrag stellen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so?)

Ja, für meine Fraktion jedenfalls steht fest, der 17. Juni war ein Volksaufstand und es ging keineswegs nur um soziale Gerechtigkeit. Und die soziale Frage war eben nicht Kern der Forderung, sondern nur Anstoß – das hat der Kollege Donig auch gesagt –, nur Anstoß für die Forderung, und zwar eine Forderung, die dann Forderung war nach Freiheit und Demokratie und nach einem einigen Deutschland, nach einem einigen Vaterland.

Und Ihnen, Herr Kollege Ritter, nehme ich vielleicht Ihre Selbstkritik, die ja auch aus Ihrer Pressemitteilung spricht, noch ab

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und Ihnen persönlich gestehe ich auch gerne zu,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

dass Sie sich ehrlich mit der Geschichte Ihrer Partei auseinandergesetzt haben. Aber, meine Damen und Herren, da muss ich einfach sagen, da bin ich immer noch gelernter DDR-Bürger. Und da muss ich Ihnen sagen, als gelernter DDR-Bürger weiß man, dass diese Kritik und Selbstkritik – also alle werden sich noch daran erinnern, wie das immer so war – wirklich ein eingeübtes Ritual damals in der SPD war.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: SED, SED!)

Kritik und Selbstkritik in der SED, Entschuldigung.

Deshalb gilt es, immer auch genau hinzuschauen: Was ist denn nun wirklich ehrlich und was ist eben Ritual?

(Stefan Köster, NPD: Das ist alles ein Brei.)

Da frage ich mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was ist denn Ihre persönliche Selbstkritik wert, wenn wir uns alle – so lange ist das gar nicht her, es war im August letzten Jahres – daran erinnern, dass am 13. August auf einem Parteitag der LINKEN eine ehemalige Ministerin der LINKEN

(Regine Lück, DIE LINKE: Das hat doch damit gar nichts zu tun. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU –
Regine Lück, DIE LINKE: Quatsch!)

demonstrativ einfach sitzenbleibt,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Natürlich hat das damit was zu tun.)

wenn es um die Ermordeten, um das Gedenken, das gemeinsame Gedenken an die Ermordeten an der deut-

schen Mauer ging? Und da muss ich fragen: Was ist ehrlich und was ist da Ritual?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und welchen Wert hat denn Ihre persönliche Selbstkritik, wenn vor wenigen Wochen die linke Oberbürgermeisterin hier in der Landeshauptstadt meint, die glühende Kommunistin und Antidemokratin Hermine Quandt, die Witwe des einstigen SED-Funktionärs Bernhard Quandt, mit einer Todesanzeige ehren zu müssen? Kritik und Selbstkritik als Ritual? Und war es nicht Helmut Holter, der 1999 –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was machen Sie jetzt eigentlich, Herr Kollege Ringguth?
Was machen Sie jetzt eigentlich?
Das ist Ritual, was Sie da betreiben.)

und ich habe die damals gelesen, ich habe diese Rede gelesen und ich hielt sie für erheblich unkritisch, für erheblich unkritisch – nämlich allenfalls eine Trauerrede auf eben diesen Bernhard Quandt hielt? Und deshalb, meine Damen und Herren, und auch, weil sich DIE LINKE in den zurückliegenden Jahren nie besonders hervorgetan hat, die Erinnerungen an den 17. Juni wachzuhalten – ich erinnere mich an halbleere Fraktionsreihen während der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages vor zwei Jahren und euer Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi glänzte durch Abwesenheit –, und das, meine Damen und Herren, hat uns eben darin bestärkt,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

den Antrag als Antrag der Koalition zu stellen.

(David Petereit, NPD: Das ist ja bei Ihren Parteien nicht anders.)

Und das, Herr Ritter, müssen Sie uns einfach zugestehen, dass wir diese Auffassung haben und auch haben dürfen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich darf meine Auffassung auch haben, ja?)

Natürlich, Herr Ritter, natürlich, selbstverständlich.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja das Schöne an der Freiheit.)

Meine Damen und Herren, die Impulse in den Junitagen, wirklich die Impulse, 1953 kamen von den Arbeitern, aber auch Bauern. Intellektuelle, Lehrlinge, Hausfrauen, Arbeitslose, Rentner, viele Menschen in der damaligen DDR beteiligten sich an dem Aufstand. Junge Menschen haben damals ihr Leben verloren, mein Kollege Fraktionsvorsitzender Kokert ist darauf eingegangen. Und zu den Ereignissen des Juni 1953 gehört eben auch, dass Justizbeamte Befehle verweigert haben, dass Lehrer sich neue Direktoren gewählt haben und dass sich auch Studenten engagierten.

Es ging eben um weit mehr als um soziale Gerechtigkeit. Und das belegt auch eine Forderung der Werktätigen – so hieß das ja damals – des Kreises Bitterfeld, die wie folgte lautete:

„1. Sofortiger Rücktritt der Regierung, die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist, 2. Einsetzung

einer provisorischen deutschen demokratischen Regierung, 3. freie, demokratische, geheime und direkte Wahlen in 4 Monaten“, das war die Forderung, „4. Zurückziehung der deutschen Polizei von den Zonengrenzen und sofortiger Durchgang für alle Deutschen, 5. sofortige Freilassung der politischen Häftlinge“.

Meine Damen und Herren ...

(Vincent Kokert, CDU:
Da fehlt das soziale Thema
so richtig, finde ich eigentlich.)

Ja, ist da jedenfalls nicht im Fokus der Betrachtung.

Meine Damen und Herren, in Westberlin fand am 23. Juni 1953 eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Aufstandes statt. In einem Bericht über diese Veranstaltung hieß es damals: „Die Tränen der Hinterbliebenen sind die Tränen der Nation geworden. Mögen die Trauer-Glocken zu Glocken des Friedens und der Freiheit werden – für ein einiges und freies Deutschland.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hat mehr als 37 Jahre gedauert, bis dann am 3. Oktober 1990 die Glocken in Berlin wirklich für ein einiges und freies Deutschland läuten durften. 37 Jahre! Und im Herbst 1989, im Revolutionsherbst, gelang es dem SED-Regime eben nicht mehr, die Revolution niederzuschlagen. Der Wille nach Freiheit und Demokratie war einfach zu groß geworden.

Und dies mussten selbst die greisen Machthaber im Politbüro dann erkennen, obwohl Erich Mielke noch im Spätsommer fragte: „Bricht morgen der 17. Juni aus?“ Der Stachel des Volksaufstandes saß bei ihm jedenfalls immer noch sehr tief und vor allem Mielke war es, der damals als Folge des Volksaufstandes das System von Unterdrückung und Überwachung,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

also die Staatssicherheit ausbaute und auf perfide Art und Weise perfektionierte.

Der Kollege Jaeger hat es gesagt, im Gegensatz zu 1953 blieb die Hilfe des großen Bruders aus Moskau diesmal ja aus.

(Vincent Kokert, CDU: Gott sei Dank!)

Die Panzer blieben in den Kasernen und kein Schuss ist gefallen. Es ist unter anderem dem klugen und umsichtigen Handeln von Michail Gorbatschow zu verdanken, dass es so friedlich ablief, und ich möchte mir gar nicht vorstellen, ich möchte es mir wirklich nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn in Moskau irgendwelche Hardliner damals gegessen hätten.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dann würden wir hier jetzt nicht sitzen.)

Wenn wir uns den Aufstand in Ungarn oder den Prager Frühling in Erinnerung rufen, dann können wir Ostdeutschen wirklich sagen, Gott sei Dank, und wir können immer wieder sagen, die Mauer ist von Ost nach West umgefallen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der deutschen Einigung wurde die Erinnerung an den 17. Juni 1953 dann wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und das ist gut und das muss auch nach fast 60 Jahren so bleiben.

Der Volksaufstand lehrt uns, dass Demokratie und Freiheit eben unteilbar sind. Und es bedarf mutiger Menschen, sich dafür auch einzusetzen. Das war 1953 so und das war 1989 eben auch so. Und dies muss auch in Zukunft so sein.

(Udo Pastörs, NPD: Und das wird so sein.)

Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind, und, meine Herren von der Fensterfront,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

jederzeit und stets verteidigt werden müssen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und zwar durch die Demokratie.

(Stefan Köster, NPD: Ja, wir
müssen sie uns erst mal erkämpfen.)

Der 17. Juni, und das ist dann sozusagen die Klammer, muss im kollektiven Gedächtnis der Deutschen auch in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Und deshalb wird der Landtag die Menschen ehren, die sich am 17. Juni 1953 für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1220. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1220 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Wohnungsmarktbericht für Mecklenburg-Vorpommern erstellen, Drucksache 6/1224.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Wohnungsmarktbericht für
Mecklenburg-Vorpommern erstellen
– Drucksache 6/1224 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Frau Lück.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel des Antrages ist, ein regional differenziertes Bild des Wohnungsmarktes zu erhalten. So können unterschiedliche Handlungs-

strategien aufgezeigt und regionale Handlungsbedarfe abgeleitet werden, wie man den geänderten Wohnbedarfen gerecht werden kann und wie es auch mit der Stadt- und Dorferneuerung weitergehen muss. Es gilt, Wege zu finden, alle Regionen des Landes sozusagen als attraktive Wohnstandorte und damit als Lebensorte zu erhalten.

Ich verweise auf die Landesverfassung: Artikel 17 verpflichtet uns, das Land, die Gemeinden und die Kreise, im Rahmen der Zuständigkeit darauf hinzuwirken, jedem angemessenen Wohnraum zu sozial tragbaren Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Weiter heißt es: „Sie unterstützen insbesondere den Wohnungsbau und die Erhaltung vorhandenen Wohnraums. Sie sichern jedem im Notfall ein Obdach.“ Die Verankerung des Rechts auf Wohnen als Staatsziel in unserer Landesverfassung ist gut. Das ist nicht in allen Bundesländern so. Es ist an der Zeit, dieses Recht auch mit Leben zu erfüllen, schließlich ist seit 2007 das Land allein für die soziale Wohnraumförderung zuständig.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in unserem Land ist ja sehr unterschiedlich. Das wissen Sie auch alle. Wir haben Orte mit angespanntem Wohnungsmarkt, in dem bezahlbare und kleine Wohnungen knapp sind. In den Hansestädten mit Hochschulstandorten tendiert der Leerstand von drei Prozent bis gegen null. Dort sind Studienanfänger verzweifelt auf Zimmersuche. In Greifswald steigen die Mieten deutschlandweit am schnellsten. Bei Neuvermietungen sind es um die zehn Prozent, die sozusagen mehr berappt werden müssen. Auch in den Bade- und Urlaubsorten entlang der Küste fehlen bezahlbare Wohnungen. Kurzum, in gefragten Städten und guten Lagen steigen die Mieten, die Grundstücks- und Immobilienpreise, und das mit großer Dynamik.

Und dann gibt es genau die Kehrseite. Wenige Kilometer weiter, aber vor allem in strukturschwachen, von größeren Städten weit entfernten ländlichen Räumen steigt der Wohnungsleerstand. In Einzelfällen steht in kommunalen und auch in genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen jede fünfte Wohnung leer. Dort sinken Häuser und Grundstücke im Wert, lassen sich nur schwer oder nicht verkaufen und müssen deshalb aufgegeben werden. Mietsteigerungen lassen sich kaum durchsetzen, weil sie den Fortzug und damit auch den Leerstand befördern.

Die Landesregierung wird noch in diesem Jahr die 5. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung vorlegen, sich vornehmen auch. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich nur noch 1,4 Millionen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben. Das sind noch einmal 230.000 Einwohnerinnen und Einwohner weniger als heute und 550.000 weniger, als es 1990 waren. Die Anzahl der Haushalte geht zurück und damit natürlich auch die Wohnungsnachfrage.

Immer mehr Menschen leben allein und fragen vor allem kleinere Wohnungen nach – und das ist das Entscheidende. Der Altersdurchschnitt steigt weiter und wird im Jahr 2030 bei 50,5 Jahren liegen. Die Lebenserwartung steigt. Der Anteil der Hochbetagten verdoppelt sich und damit natürlich auch der Bedarf an barrierefreien Wohnungen. Und da die Situation auf dem Wohnungsmarkt und die demografische Entwicklung unmittelbar zusammenhängen, werden diese Unterschiede auch zunehmen.

Die Menschen zieht es in die größeren Städte, dort ist die Infrastruktur besser, dort brummt sozusagen das Leben. Von Schrumpfung überdurchschnittlich betroffen sind natürlich die ländlichen Räume. Die Spirale der Landflucht dreht sich schneller. Ich frage: Wollen wir das hinnehmen und zusehen oder wollen wir aktiv gestalten?

Meine Fraktion will gestalten. Und um gestalten zu können, brauchen alle Akteure verlässliche Grundlagen für ihr Handeln. Kommunen brauchen Daten, um Stadt- und Dorferneuerung zu planen. Prognosen von Wohnungsnachfrage und zum Leerstand sind Grundlage für Investitionsentscheidungen, für die Modernisierung, den Neubau oder auch für den Abriss von Wohnungen.

(Torsten Renz, CDU: Ja, das machen wir doch in Güstrow schon alles. In Güstrow machen wir das schon alles. Der ist überflüssig, der Antrag.)

Sind Defizite zwischen Angebot und Nachfrage bekannt, kann das Land Förderpolitik neu ausrichten, Herr Renz, und genau darum geht es. Das Land kann dann Förderpolitik neu ausrichten oder Förderbedarfe gegenüber dem Bund auch fundiert begründen.

(Torsten Renz, CDU: Wollen Sie sagen, dass das Land zurzeit blind handelt? Ein harter Vorwurf.)

Deshalb sehe ich das Land in der Pflicht, konzeptionell tätig zu werden. Andere Länder machen es vor. So verfügt Thüringen über einen aktuellen Wohnungsmarktbericht, erstellt vom unabhängigen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Beratungsunternehmen empirica im Auftrag des Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Verkehr.

In Sachsen-Anhalt ist alle zwei Jahre dem Fachausschuss des Landtages ein Bericht zur Stadtentwicklung und zum Stadtbau Ost sowie zur Mieten- und Wohnungsentwicklung vorzulegen. Das beschloss der Landtag im Oktober 2006.

Warum sollte das, wenn es in Thüringen und in Sachsen möglich ist, nicht auch bei uns umgesetzt werden? Derzeit verlässt sich das Wirtschaftsministerium auf die wohnungswirtschaftlichen Daten des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, in dem sozusagen genossenschaftliche und kommunale Wohnungsunternehmen organisiert sind.

Wir haben im Land etwa 850.000 Wohnungen. Davon werden grob gerechnet ein Drittel, aber wirklich nur ein Drittel, von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen bewirtschaftet, ein Drittel von privaten Vermietern vermietet und ein Drittel von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnt.

(Torsten Renz, CDU: Was wollen Sie damit sagen?)

Damit wird mit Daten gearbeitet, und das ist das Entscheidende, Herr Waldmüller, damit wird mit Daten gearbeitet, die zwei Drittel des Wohnungsbestandes nicht berücksichtigen. Das können wir doch nicht hinnehmen. Das kann doch wirklich nicht unser Ernst sein!

(Torsten Renz, CDU: Wieso nicht?)

Ein Grund für die Gebäude- und Wohnungszählung im Jahre 2011 war die Tatsache, dass die Bevölkerungs- und Wohnungszahlen auf zunehmend unsicheren Fortschreibungen basieren. Die erhobenen Daten im Zensus 2011 sollen einmal Grundlage wohnungspolitischer und raumplanerischer Entscheidungen sein, wichtige Informationen für gezielte Marktbeobachtung liefern, den Wohnungsmarkt natürlich transparenter machen, unter Hinzuziehung der Bevölkerungs- und Altersentwicklung für Prognosen zur Wohnungsnachfrage genutzt werden und natürlich auch Grundlage für Investitionsentscheidungen in Gebäuden und an Wohnungen sein.

Mein Fazit: Liegen die Ergebnisse des Zensus 2011 vor, wäre es doch töricht, sie nicht zu nutzen für einen Wohnungsmarktbericht, und soweit kommunale Dinge vorliegen, auch kommunale Daten dann vorliegen, sollten auch die mit einfließen.

So verfügen nur einige wenige Städte über Wohnungsmarktberichte, Prognosen zur Wohnungsnachfrage und aktuelle Stadtentwicklungskonzepte. Aber längst nicht alle 44 Städte unseres Landes, die im Jahr 2002 Strategien für den Stadtumbau entwickelten und Integrierte Stadtentwicklungskonzepte aufstellten, überwachen sie oder schreiben sie fort. Das wird eben nicht von allen gemacht,

(Torsten Renz, CDU:
In Güstrow aber ja.)

denn solche Planungen werden in der Regel über Städtebaufördermittel finanziert, und die reichen doch nie und werden natürlich auch immer weniger, wie Sie wissen.

Die große wohnungspolitische Unbekannte sind die Dörfer und die kleinen Städte, der ländliche Raum.

(Heinz Müller, SPD: Genau. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das Wirtschaftsministerium – Herr Minister, ich will Ihnen nicht zu nahe treten – fühlt sich da doch nicht so recht zuständig. Zudem erfolgt Kommunalpolitik ausschließlich im Ehrenamt. Und das will ich Ihnen auch noch mal sagen: Ehrenamtlich ist es schwer, konzeptionell zu arbeiten, sind doch kaum die Tagesaufgaben zu bewältigen.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist daher nicht nachvollziehbar, dass sich die Wohnungsabteilung im Wirtschaftsministerium auf eine Umfrage bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern beruft und sich damit auch noch zufrieden gibt. Demnach besteht derzeit kein besonderer Handlungsbedarf, beispielsweise bei dem Rückbau von Wohnungen. Ich frage: Wie kann das sein? Ich sagte schon, im Jahre 2030 werden noch einmal 230.000 Menschen weniger im Land leben. Die Entleerung trifft vor allem den ländlichen Raum. Unterstelle ich, dass jeweils zwei Personen im Haushalt leben, stehen dann ohne weiteren Abriss 115.000 Wohnungen leer. Wollen wir das? Das frage ich Sie alle.

(Marc Reinhardt, CDU:
Wir reißen doch weiter ab.)

Die Leerstandsquote in den Verbandsunternehmen betrug in dem Jahr 2011 – und hören Sie gut zu, da Sie sich ja auch nicht täglich mit diesen Zahlen beschäftigen –, und da rechne ich Rostock, Greifswald und Wismar raus, da betraf der Leerstand neun Prozent. Es müssten also rein rechnerisch über 6.500 Wohnungen ab sofort jährlich vom Markt genommen werden, um die derzeitige Leerstandsquote zu halten.

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen schlägt Alarm. Der ländliche Raum braucht mehr Aufmerksamkeit. Geschäftsführer Roland Blank will alle berührten Ministerien an den Tisch holen, das heißt also, das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium, das Agrarministerium und das Sozialministerium.

(allgemeine Unruhe)

Ich erwarte heute eine Antwort, ob und mit welchen Aufgaben eine interministerielle Gruppe tätig wird. Und zu guter Letzt sollen auch erste Ergebnisse der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ einfließen, Berichtsdaten für die Arbeit der Kommission genutzt werden. Also ich erwarte heute einfach eine Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Um es vorwegzunehmen, Frau Lück, niemand muss die Landesregierung besonders auffordern, Vorhaben umzusetzen, die bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben sind, erst recht nicht, wenn wesentliche Ergebnisse bereits jetzt und heute und seit zehn Jahren fortgeschrieben vorliegen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ach, das stimmt doch gar nicht! Sie haben ja nicht zugehört.)

Frau Lück, das ... Jaja.

(Regine Lück, DIE LINKE: Für ein Drittel der Wohnungen liegt das vor.)

Jaja, na warten Sie mal ab!

Das in dieser Frage übergreifende Thema Demografie – das haben Sie dankenswerterweise ja zumindest erkannt und aufgegriffen – ist nicht nur in meinem Hause Bestandteil der Arbeit, sondern der gesamten Landesregierung. Es zieht sich wie ein roter Faden durch den Koalitionsvertrag. Dazu wurden bereits in der Vergangenheit mehrere Analysen und Berichte vorgelegt und hier erörtert.

Gremien auf verschiedenen Ebenen und in allen Ministerien beschäftigen sich insgesamt mit allen Aktiven und Akteuren zu diesen Themen, in besonderer Weise zu

den Themen: kleine Städte, Entwicklung ländlicher Räume, ärztliche Versorgung, Verkehr, Berufsnachwuchs, Stadtentwicklung. Und natürlich auch zum Thema Wohnungsfragen wird naturgemäß debattiert und Einfluss genommen.

Eine in der letzten Legislaturperiode entstandene Arbeitsgruppe Demografischer Wandel unter der Leitung der Staatskanzlei wird fortgeführt. Der Landtag hat speziell zum Thema „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eine Enquetekommission eingerichtet und mit weiteren Beteiligten bereits erste thematische Schwerpunkte erörtert. Weitere Sitzungen sind geplant. Teil dessen sind zwangsläufig die Erörterung von speziellen Fragen der Bevölkerungsentwicklung und der Wohnraumversorgung, Frau Kollegin, immer unter dem Blickwinkel, auch künftig intakte Siedlungsstrukturen zu gewährleisten. Und ich weise diesen Vorwurf entschieden zurück, dass das Wirtschaftsministerium in dieser Frage nicht aktiv ist.

Frau Lück, ich glaube, ich muss Sie mal zu einem Vieraugengespräch einladen und zu einer Tasse Kaffee, um die Sachen mit Ihnen mal tiefer und intensiver zu besprechen.

(Jochen Schulte, SPD: Harry, jetzt nicht noch weiter in die Einzelheiten gehen! – allgemeine Heiterkeit)

Der vorliegende Antrag ...

Weiter wollte ich jetzt auch nicht gehen, meine Damen und Herren.

Der vorliegende Antrag erweckt den Eindruck, es mangle an Daten, es fehlen regionale, differenzierte Angaben und Handlungsstrategien. Das Gegenteil ist der Fall, Frau Lück.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Na, dann erzählen Sie mal!
Da sind wir neugierig.)

Ja. Im Gegenteil, ich verweise mal darauf, dass schon Ihr Kollege Holter, heutiger Fraktionsvorsitzender und damals Bauminister, durch die Bundesregierung gebeten worden ist, einen Mikrozensus und ein Monitoring vor allen Dingen zu errichten, um im Stadtbau Ost die Programme im Rahmen der Erfassung von Daten zu begleiten.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ich habe gerade gesagt, dass
da nur 44 Städte erfasst werden.)

Dieses Monitoring für Städte im Land ist eingerichtet und wird bis heute jedes Jahr fortgeschrieben und gepflegt. Die Datenlagen sind also bekannt, genau das, was Sie vorher beklagt haben.

(Regine Lück, DIE LINKE:
44 Städte, habe ich gesagt.)

Von daher heißt es für uns, wir müssen Sie in dieser Frage als Opposition weiterbilden, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Es findet ein konstruktiver Austausch zwischen allen Beteiligten auf Landesebene und in den Kommunen statt. Zeitnahe und wichtige Expertengespräche sind jederzeit möglich, teilweise wurden sie auch schon damals durch Herrn Holter eingeführt. Also es gibt sozusagen seit zehn Jahren Kontinuität im Land zu diesem Thema. Und Ihr Beklagen, dass das Wirtschaftsministerium Bürgermeister anschreibt, das verstehe ich nun überhaupt nicht.

(Regine Lück, DIE LINKE: Nee, das beklage ich ja auch nicht. Ich habe nur gesagt, wenn da nur ein Drittel antworten, kann das nicht die Grundlage sein.)

Entscheidend ist: Kommunale Selbstverwaltung muss gelebt werden. Die Bürgermeister müssen informiert werden, zu welchen Fragen und Themen die Landesregierung einlädt. Und dass selbstverständlich nicht jeder Bürgermeister diese Fragen beantworten wird, ist ja klar, dazu gibt es Ämter und amtsfreie Gemeinden und hauptamtlich Beschäftigte, die sich mit diesen Themen zu beschäftigen haben. Von daher glaube ich,

(Regine Lück, DIE LINKE: Deswegen war der Rücklauf ja auch so groß!)

glaube ich, dass Sie das wissen. Sie machen nur ein bisschen Polemik, um hier in der Runde den Eindruck zu erwecken, dass Sie sich in besonderer Weise an der Basis auskennen. Nun haben Sie leider das Pech, dass hier gerade einer spricht, der einem Stadtpräsidium angehört und von daher auch ein Ehrenamt bekleidet, Frau Kollegin.

Meine Damen und Herren, der Mietwohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern hat eine Zahl von 900.882 Wohnungen, und nicht von 850.000, von denen Sie sprachen, Frau Kollegin. Die anderen Daten sind richtig. Bundesweit wird etwa ein Viertel allen Wohnraumbestandes von Wohnungsunternehmen bewirtschaftet, die genossenschaftlich organisiert sind,

(Regine Lück, DIE LINKE: Dann haben wir ja noch mehr Leerstand. Da muss ich noch mal neu rechnen.)

drei Viertel sind Privateigentum. In Mecklenburg-Vorpommern ist das Verhältnis: ein Drittel in organisierten Mietwohnungen und zwei Drittel Privatanteil.

Ich hoffe nicht, Frau Lück, dass Sie die zwei Drittel der privaten Wohnungen alle verstaatlichen wollen oder wie auch immer. Das, denke ich, wird wohl nicht Ihr Ansinnen gewesen sein,

(Regine Lück, DIE LINKE: Habe ich das gesagt? Habe ich niemals formuliert!)

zumal man den Eindruck hatte, als ob es darum ging,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ich möchte nur, dass das in den
Fokus der Landesregierung kommt.)

jetzt auch den privaten Anteil des Wohnungsmarktes insgesamt zu vergesellschaften. Das wird den entschiedenen Widerstand in diesem Hause hervorrufen, das kann ich Ihnen versprechen. Denn die Arbeitsgemeinschaften sind dabei, insgesamt die Wohnraumbewirtschaftung,

und auch die Unternehmen arbeiten eigentlich aus unserer Sicht sehr gut mit dem Wirtschaftsministerium zusammen.

Ich will Ihnen noch einiges sagen zum Durchschnitt der Kosten. Kaltmieten sind im Bereich von 4,74 Euro netto, und brutto warm sind es 7,06 Euro. Die Bandbreite der örtlichen Mieten liegt in den Landkreisen zwischen 4,54 Euro netto kalt und 6,81 Euro warm. In den kreisfreien Städten ist die Spanne bei 5,15 Euro netto kalt und 7,55 Euro brutto warm.

In den kreisfreien Städten und ehemaligen kreisfreien Städten betragen die detaillierten Mieten, jeweils differenziert nach der Wohnungsgröße zwischen 70 und 80 Quadratmeter, die vor dem Jahr 1990 gebaut worden sind, in normaler Wohnlage in Stralsund 4,34 Euro, in Neubrandenburg 4,95 Euro, in Rostock 5,07 Euro, in Wismar 5,08 Euro, in Schwerin 5,30 Euro und in Greifswald 5,50 Euro. Diese Informationen, glaube ich, sind transparent, Sie können sie jederzeit nachlesen, und sie sind auch in den aktuellen Mietspiegeln jederzeit verfolgbar. Von daher trifft auch der Vorwurf, den Sie vorhin vorgetragen haben, nicht zu.

Meine Damen und Herren, insgesamt ist festzustellen, dass wir flächendeckend die Städteentwicklung, die Städteentwicklungskonzeptionen auf den Weg gebracht haben, dass wir eine enge Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen pflegen, und dabei auch keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Trägerschaften machen.

Meine Damen und Herren, das erwähnte Monitoring dient zugleich der gezielten Förderung des Stadtumbaus und der Wohnungsentwicklung. Förderrichtlinien wurden in diesen Bereichen entwickelt und auch umgesetzt. Die Zusammenarbeit mit dem Norddeutschen Wohnungsverband wurde angepasst und der Wohnungsleerstand wurde mithilfe von Rückbauförderprogrammen natürlich reduziert. Trotzdem gibt es in einigen Städten einen erhöhten Leerstand, den haben Sie beschrieben.

Meine Damen und Herren, nichtsdestotrotz glauben wir, dass wir insgesamt hier im Land Mecklenburg-Vorpommern eine hervorragende Bilanz vorzulegen haben. Mecklenburg-Vorpommern hat einen sanierten Wohnungsbestand von 90 Prozent,

(Regine Lück, DIE LINKE: Ja, das ist gut.)

hat in 22 Jahren 5 Milliarden Euro ausgegeben für moderne, sanierte oder neu gebaute Wohnungen. Ich glaube, es gibt kein Land in den neuen Bundesländern, dass so eine Bilanz vorzuweisen hat. Deswegen verstehe ich hier Ihre Ausfälle teilweise nicht.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist doch kein Ausfall! Was heißt hier Ausfall? Das ist eine Beleidigung, Herr Minister!)

Das, glaube ich, kann man auch nicht so stehen lassen. Insgesamt ...

Ja, dann sage ich, Ihre skeptischen Vorträge nicht und vor allen Dingen Ihr destruktives Auftreten nicht.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ich kritisiere den Leerstand im ländlichen Raum!)

Eigentlich habe ich Sie bis jetzt immer geschätzt als besonders interessierte und auch gut informierte Vertreterin Ihrer Fraktion.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Nicht persönlich werden!)

Meine Damen und Herren, die Förderprogramme der KfW sind beispielgebend, sie helfen vielen Wohnungsgenossenschaften, auch Privatunternehmen, voranzukommen. Wir konzentrieren uns in besonderer Weise auf barrierearmes oder barrierefreies Wohnen, auf altersgerechte Modernisierung. Genau den Punkt, den Sie angesprochen haben, setzt die Regierung um. Von daher darf ich Ihnen eigentlich mitteilen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ick bün all hier!)

dass wir Ihren Antrag für heute nicht zustimmungsfähig halten.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Da bin ich aber enttäuscht! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Heute nicht, morgen.)

Die Frage des Mikrozensus haben Sie angesprochen, der ist im Jahre 2011 erhoben worden. Das städtische Amt schätzt ein, dass die Datenlage im Jahre 2014 vorliegt. Dann werden wir uns die Sache noch mal intensiv ansehen und entscheiden, welche Maßnahmen wir ergreifen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Unabhängig vom Mikrozensus kann man das aber jetzt schon machen, 2012.)

Aber heute können wir einem weiteren Bericht, nur um das Berichtsunwesen weiter zu verschärfen, obwohl wir alle Daten vorliegen haben, nicht zustimmen. Ich kann jedenfalls den Fraktionen nicht empfehlen, diesen Antrag heute anzunehmen. Er ist überflüssig, weil die Datenlage jederzeit nachlesbar ist.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Och! Er ist nicht überflüssig!)

Ich habe Sie ja zum Kaffee eingeladen, nehmen Sie das Angebot an, dann würde ich mich sehr freuen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Albrecht von der SPD-Fraktion.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Für Kaffee ist Regine nicht zu haben. –
Minister Harry Glawe: Frau Lück, roten Tee?)

Meine Kollegen, bitte! Das klären Sie dann draußen und da gibt es ja auch eine Lobby, wo es beide Getränke gibt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Rotkäppchen-Sekt, das ist das Mindeste.)

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE beantragt, dass die Landesregierung aufgefordert wird, einen ersten Wohnungsmarktbericht für Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten und diesen als Grundlage für ein Wohnungsmonitoring dem Landtag zum 31. Dezember 2014 vorzulegen.

Die SPD-Fraktion hält diesen Wohnungsmarktbericht für durchaus sinnvoll. Warum wir einen ersten Wohnungsmarktbericht für sinnvoll erachten, möchte ich Ihnen nachfolgend darstellen.

In Mecklenburg-Vorpommern, wie in anderen Teilen der Bundesrepublik, ist ein Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass der demografische Wandel und die Wanderungsbewegung zwischen den Ländern, Regionen, Städten und Dörfern diese Entwicklung beeinflussen und künftig noch verstärken werden.

In den letzten 20 Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands hat Mecklenburg-Vorpommern 281.632 Einwohner, das sind 14,6 Prozent, verloren. Hinzu kommen unterschiedliche Ausgangssituationen in den jeweiligen Wohnungsmärkten, mit verschiedensten Zusammensetzungen von Bautypen, Baualtersklassen, Baudichten und Haushaltsgrößen. Eine aktuelle Angabe zur Gesamtzahl der in Mecklenburg-Vorpommern leer stehenden Wohnungen gibt es derzeit nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Mikrozensus 2006 erfolgte die letzte statistische Erhebung. Eine genaue Datenbasis kann wahrscheinlich erst nach Auswertung des Zensus 2011 zum Wohnungsbestand erwartet werden. Der Minister hat darauf hingewiesen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Jo.)

Unter Experten bleibt jedoch auch vor dem Hintergrund der im Jahr 2011 begonnenen Volkszählung fraglich, ob zum Beispiel damit Aufschluss über die Zahl der Wohnungslosen beziehungsweise der von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen geschaffen werde. Nach der letzten Erhebung der Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsunternehmen e. V. standen am 31.12.2010 rund 7 Prozent von insgesamt rund 55 Prozent des vermieteten Wohnungsbestandes der von den Mitgliedern bewirtschafteten Wohnungen leer. Zum Vergleich: 2002 betrug der Leerstand noch 11 Prozent.

Um vor Ort, das heißt in den Städten und Gemeinden, die richtigen Weichen für eine städtebauliche, den sozialen und gesellschaftlichen Anforderungen gerechte Wohnungsmarktpolitik zu gestalten, bedarf es intensiver Untersuchungen. Vor diesem Hintergrund haben die Städte und Gemeinden, aber auch die Landkreise und die regionalen Planungsverbände eine Vielzahl von Untersuchungen, Berichten, Analysen et cetera in Auftrag gegeben. Somit verfügen wir im Land über das Landesentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern.

Darauf aufbauend haben die vier Planungsregionen ihre Raumentwicklungsprogramme aufgestellt. Die Städte haben ihre Leitlinien zur Stadtentwicklung aufgestellt. Für den ländlichen Raum gibt es Entwicklungsszenarien. Weiter liegt die wimes-Studie zur Fortschreibung der

Strukturanalyse der Gemeinden im Stadt-Umland-Raum Rostock vor oder der aktuelle Pestel-Bericht. Weiterhin gibt es im Land Immobilienberichte, Marktanalysen, den Fortschrittsbericht Mecklenburg-Vorpommern, Mietspiegelberichte, vom Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern den Wohnungsbestand zum 31.12.2011, den IMAG-Bericht der Landesregierung und zum Beispiel auch den „Monitoringbericht Wohnungsmarkt und Stadtumbau“ der Landeshauptstadt Schwerin.

Meine Damen und Herren, anhand dieser Aufzählung einiger wichtiger Berichte, Studien, Erhebungen, die Sie sicherlich aus Ihrem Umfeld noch ergänzen könnten, zeigt sich deutlich, dass jeder für sich geeignete Instrumente aufgestellt und erarbeitet hat, um eine gesicherte Wohnungs- und Mietenpolitik regional umzusetzen. Was ganz klar fehlt, ist eine überregionale, auf das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern abzielende Darstellung der aktuellen Wohnungssituation als Grundlage des langfristigen Handelns des Landesparlaments und der Landesregierung.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ich bin froh, dass Sie mir recht geben, Herr Albrecht.)

Wie richtig und wichtig dieses einheitliche Handeln aller Akteure ist, zeigt das Vorgehen in anderen Bundesländern. So bringt das Land Berlin gemeinsam mit seiner Investitionsbank Berlin jährlich den Wohnungsmarktbericht für Berlin hervor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

Schwerpunkthemen in diesem Bericht 2011 sind zum Beispiel: Neubautätigkeit, Entwicklung der Mieten und Kaufpreise für Wohneigentum sowie die Stadt-Umland-Beziehung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das geht bei uns nicht in M-V?)

Der jährliche Wohnungsmarktbericht für das Land Thüringen geht noch auf die Leerstandproblematik in den verschiedenen Regionen ein.

Meine Damen und Herren, im Mai 2012 haben die Fraktionen der CDU und SPD im Thüringer Landtag den Antrag „Wohnungsmarktbericht Thüringen – Analyse des Wohnungsmarkts und Maßnahmen der Landesregierung“ beschlossen und in die Ausschüsse zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Tolle CDU-Fraktion hat Thüringen.)

Die Aufträge und Maßnahmen aus diesem Antrag sind durchaus vergleichbar mit der Situation in Mecklenburg-Vorpommern. So müssen auch wir feststellen, dass der Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Umsetzung der Energiewende einem fortdauernden Veränderungsprozess unterliegt. Ziel dieses Veränderungsprozesses sind die qualitative Verbesserung der Angebotsbedingungen, insbesondere in Bestandsgebäuden, durch Maßnahmen zur energetischen Sanierung und Barrierefreiheit sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sonderwohnformen. In Mecklenburg-Vorpommern ist hier das Studentenwohnen in den Hochburgen Greifswald und Rostock gemeint.

Auch der Wohnungsmarktbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen analysiert wie gewohnt die Wohnungsmarktsituation in Nordrhein-Westfalen. Schwerpunkt in diesem Bericht für 2011 war die Mieten- und Kaufpreisentwicklung sowie der Arbeitsmarkt als Wohnraumnachfragefaktor. Daneben enthält der Bericht ausführliche Analysen von Kreisen, welche eine besondere Funktion als Wohnstandorte im Einzugsbereich des Ballungsraumes an Rhein und Ruhr einnehmen, mit den unterschiedlichen Eigenheiten der jeweiligen Kreise.

Meine Damen und Herren, die soziale Sicherung des Wohnens war, ist und wird auch in Zukunft ein zentrales Anliegen der Politik der SPD-Landtagsfraktion sein. Vor diesem Hintergrund kann ein regional differenziertes Bild des Wohnungsmarktes in Mecklenburg-Vorpommern zusätzlich Aufschluss darüber geben, vor welchen absehbaren Herausforderungen die Wohnungsbestände einzelner Regionen, aber auch einzelner Teilräume innerhalb der Region stehen.

Die SPD-Fraktion begrüßt eine solche Analyse in der Form eines Wohnungsmarktberichtes. Er könnte mit dazu beitragen, unterschiedliche Handlungsstrategien für Regionen beziehungsweise regionale Teilräume aufzuzeigen und entsprechende Handlungsbedarfe, insbesondere mit Blick auf die städtebaulichen und regionalen Raumentwicklungsprogramme und vor allem vor dem Hintergrund der eingesetzten Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, zu diskutieren.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Weiter kann ein Wohnungsmarktbericht für Mecklenburg-Vorpommern einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Marktdaten und die bestehenden regionalen Berichte verschaffen. Auf dessen Grundlage können dann bei der Entwicklung lokaler und regionaler Strategien gezielte Planungsentscheidungen getroffen werden. Daneben kann er aber auch ein entscheidender Faktor bei der Bewertung von Risiken für Investitionsentscheidungen aller Immobilienakteure, wie zum Beispiel Wohnungsbaupolitiker, Kreditbanken, Raumplaner, Hauseigentümer, Vermieter und Mieter, sein.

Meine Damen und Herren, aber auch vor dem Hintergrund der Gestaltung der Energiewende und der anstehenden Novellierung der Landesbauordnung würde ein solcher Wohnungsmarktbericht wertvolle und ergänzende Informationen liefern. Wir brauchen verlässliche und detaillierte Daten, unter anderem zum Wohnungsbestand, zu den Mietpreisen, zu Wanderbewegungen, zu Wohnungsleerständen und zum Wohnungsbedarf im Allgemeinen und im Speziellen. Barrierefreiheit und Studentenwohnen sind schon angesprochen worden.

Ohne entsprechende Daten würden der Wohnungsmarkt und die Versorgung mit Wohnraum für alle auf spekulativem Boden basieren. Fehlinvestitionen und Fehlanreize wären mögliche Folgen. Dass der Wohnungsmarkt in Bewegung ist, kann niemand abstreiten, das zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre. Wie auch schon im „Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern“ auf Drucksache 5/4126 auf Seite 86 formuliert, „(haben)“, ich zitiere, „die erheblichen Bevölkerungsverluste der letzten Jahre zu einem anhaltenden Wohnungsleerstand geführt“.

Aufgrund dieser demografischen Entwicklung wird es natürlich zu einer wachsenden Nachfrage nach barrierefreien und altersgerechten Wohnungen und vor allem bezahlbarem Wohnraum kommen. Uns ist auch sehr wohl bekannt, dass die Mietpreisexplosion für das Studentenwohnen in den Universitätsstädten Greifswald und Rostock zu einem Problem geworden ist.

Insofern setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion auch vehement dafür ein, die Entwicklung rasant steigender Mieten zu stoppen. In ihrem Antrag „Soziales Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern“ forderte sie die Bundesregierung unter anderem auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der dem Vermieter nur eine Mietsteigerung um 15 Prozent innerhalb von vier Jahren gestattet, der eine Mieterhöhung bei der Wiedervermietung auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt und der sämtliche Bestandsmieten der letzten zehn Jahre sowie die in diesem Zeitraum festgesetzten Neuvertragsmieten berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, das Land wird auf diese Herausforderung am Wohnungsmarkt vorbereitet sein und seine Förderinstrumente entsprechend ausrichten. Wir haben im Koalitionsvertrag die Aussage getroffen, die Steuerung der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung zukünftig noch mehr am Bevölkerungsrückgang und an der älter werdenden Gesellschaft zu orientieren. Bereits heute legt die Landesregierung einen Schwerpunkt bei der Wohnraumförderung auf die Stabilisierung der Wohnungsmärkte durch die behutsame Durchführung von Wohnungsrückbaumaßnahmen und die Sicherung zeitgemäßen und nachfragegerechten Wohnens durch Modernisierung und Instandsetzung der verbleibenden Wohnungsbestände. Eine große Rolle nimmt hierbei die Anpassung des Bestandes an die Wohnformen der älteren Generation durch entsprechende Sanierung und barrierefreies Bauen ein.

Vor dem Hintergrund der quantitativ gesicherten Wohnraumversorgung der Bevölkerung im Land haben wir im Landesprogramm Wohnraumförderung 2012 insgesamt 11,5 Millionen Euro Fördermittel als zinsgünstige Darlehen für den Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt.

Die SPD-Fraktion hat den Wohnungsmarkt jederzeit im Blick. Von der Sanierung über den Umbau bis zum Neubau planen wir die Zukunft des Wohnungsbaus. Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, „eine Strategie ‚Wohnen mit Zukunft‘ zu verfolgen. Dabei sollen unter anderem die Themen langfristige Entwicklung der Wohnungsmärkte und Wohnraumbedarf, Integrierte Wohnmodelle, Kosten und Standards sowie Eigentumsbildung im Vordergrund stehen.“ Daneben wollen wir „die bewährte Förderung des Stadtbbaus Ost und ... auch“ den „Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigtem Wohnraum ... zielgerichtet“ fortführen. „Das Land steht zu seiner eigenen Verantwortung im Rahmen der Städtebauförderung“ und „die Koalitionspartner“ werden „sich gegenüber dem Bund für die Fortführung der Städtebauförderung auf hohem Niveau“ einsetzen.

Auch die schon eingangs erwähnte Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsunternehmen e. V. begrüßt grundsätzlich einen Wohnungsmarktbericht für Mecklenburg-Vorpommern. Auch sie plädiert für ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteure im Hinblick darauf, dass zum Beispiel die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

mern“ am 12. Oktober 2012 den Bearbeitungsschwerpunkt „Wohnen im Alter“ als erstes zu bearbeitendes Thema beschlossen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Linksfraktion, im Hinblick auf den Inhalt Ihres Antrages, die aktuell laufenden Projekte und die Bearbeitung der Wohnungsproblematik in der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ sowie die gerade von mir gemachten Aussagen würde die SPD-Fraktion eine Überweisung dieses Antrages zur weiteren Bearbeitung in den Sozialausschuss und federführend in den Wirtschaftsausschuss befürworten. Bedauerlicherweise mussten ich und auch die SPD-Fraktion zur Kenntnis nehmen, dass unser Koalitionspartner nicht bereit ist, dieser Überweisung zu folgen. Wie Sie ja wissen, können wir dann nicht gegen den Willen unseres Koalitionspartners handeln und müssen somit leider Ihren Antrag ablehnen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Sehr bedauerlich!)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen aber im Namen der SPD-Fraktion versichern, dass wir uns im Rahmen der Arbeit in der Enquetekommission weiter dafür einsetzen, dass das Sozialgut „Wohnen“ für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bezahlbar bleibt und dass der Landtag und die Landesregierung rechtzeitig alle notwendigen Maßnahmen für eine aktive, sozial gerechte und nachhaltige Wohnungs- und Mietpolitik umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Eine zukunftsweisende und soziale Wohnungs- und Baupolitik heißt für uns Bündnisgrüne Teilhabe, um soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen, gleichbedeutend mit bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen, heißt sozialen Zusammenhalt zu ermöglichen, gleichbedeutend mit einem Erhalt gemischter Dorf- und Wohngebiete. Eine zukunftsweisende Wohnpolitik heißt aber auch, ökologische und ökonomische Tragfähigkeit, baukulturelle Qualität mit Wohnbedürfnissen des 21. Jahrhunderts übereinzubringen, sprich attraktiven Wohnraum anzubieten.

Was wir Bündnisgrünen nicht wollen, ist, attraktive Wohnbausubstanz beziehungsweise Wohnlagen ausschließlich einkommensstarken Bevölkerungsgruppen zu überlassen, weil diese für sozial Schwache, in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend Ältere, nicht mehr bezahlbar sind. Und was wir ebenso nicht wollen, ist, sozialen Verwerfungen im Zuge des Abdrängens bestimmter Bevölkerungsgruppen in Randgebiete und damit sozialem Abgleiten Vorschub zu leisten.

Für Mecklenburg-Vorpommern gilt derzeit eine Gleichzeitigkeit von Schrumpfung, Funktionsverlusten, Stagnation, zunehmenden regionalen Disparitäten, aber auch von Wachstumskernen in den größeren Städten sowie in den stark auf Tourismus ausgerichteten Küstenorten andererseits.

Der letzte, der 4. Statusbericht zum Stadtumbau Ost von 2010 sowie die am 01.10. im Bundestag eingebrachte Unterrichtung der Bundesregierung zum Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost konstatieren als zentrale Herausforderungen einen erneuten prognostizierten Wohnungsleerstand bei gleichzeitiger Verknappung von bezahlbarem Wohnungsbestand sowie die weiter zunehmende Alterung der Bevölkerung, denen sich Städte und Gemeinden auch in Mecklenburg-Vorpommern stellen müssen.

Diese Entwicklung, meinen Damen und Herren, wird überlagert von Immobilienentwicklungen infolge der Finanzkrise. Denn viele Anleger investieren ihr Geld in sichere Immobilien, und diese finden sich vorzugsweise in städtischen Zentren und lukrativen Randgebieten. Verbunden mit einer starken Nachfrage attraktiven Wohnraums führt diese zu steigenden Immobilienpreisen und infolgedessen zu Mietpreiserhöhungen. Weil dem so ist, befinden wir uns aktuell in einer öffentlichen Diskussion um sogenannte Mietdeckelungsgrenzen bei Neuvermietungen.

Was ist die Schlussfolgerung? Angesichts dieser Prognosen bei einfacher Trendforschung erscheint es sinnvoll, geradezu zwingend ein Wohnungsmarktmonitoring für Mecklenburg-Vorpommern aufzusetzen und als Grundlage dessen zunächst einen qualifizierten Wohnungsmarktbericht inklusive der Förderkulissen zu erarbeiten.

Tatsächlich hat das Land Thüringen einen solchen Wohnungsmarktbericht erstellt, der bis zum Jahr 2025 richtungsweisende Tendenzen aufzeigt. So macht der Bericht deutlich, vor welchen absehbaren Herausforderungen die Wohnungsbestände einzelner Regionen, aber auch Teilräume stehen. Er zeigt unterschiedliche Handlungsstrategien für Regionen auf und dient somit als Entscheidungshilfe für Ausbau, Sanierung oder Rückbau und Vermeidung von Leerstand.

Auch der Statusbericht Stadtumbau Ost und die aktuelle Unterrichtung der Bundesregierung zum Status quo Stadtumbau Ost fordern dringend dazu auf, Prognosen und Handlungsstrategien zu erstellen und Wohnungsleerstände zu begrenzen, die Situation ostdeutscher Wohnungsunternehmen zu verbessern und den öffentlichen Diskurs zwischen Kommunen, Wohnungseigentümern, Infrastrukturträgern und anderen relevanten Akteuren zu fördern.

Nicht zuletzt ist ein nachhaltiger künftiger Einsatz von Fördermitteln für den Wohnungsbau von übergeordneten Strategien abhängig. Deshalb, meine Damen und Herren, braucht Mecklenburg-Vorpommern jetzt eine nachhaltige, aktive Wohnungs- und Städtebaupolitik mit einem solchen Wohnungsmarktbericht. Von daher stimmen wir dem Antrag zu. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller für die CDU-Fraktion.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Lück, den Zweck Ihres Antrages haben Sie am vergangenen Freitag in einer Pressemitteilung in, denke ich mal, aller Deutlichkeit formuliert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, damit Sie sich vorbereiten konnten.)

Na ja, Sie haben es sehr entlarvend formuliert.

(Regine Lück, DIE LINKE: Entlarvend? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ziel müsse es sein, auf Basis eines so zu erstellenden Wohnungsmarktberichtes Angebot und Nachfrage zu harmonisieren.

Lassen Sie mich erst einmal eingangs auf die Probleme eingehen, die die Landesregierung Anfang 1990 anzupacken hatte und die vor allen Dingen planwirtschaftlich verursacht waren.

(Manfred Dachner, SPD: Ach! – Regine Lück, DIE LINKE: Das Totschlagargument!)

Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. September 2010 fasst das treffgenau zusammen.

Ich fange doch erst an, Frau Lück. Warten Sie doch mal ab, wie ich dann weiter argumentiere!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Och, noch schlimmer.)

Ich möchte zitieren, „Frankfurter Allgemeine“: „20 Jahre nach der Wiedervereinigung verblasst die Erinnerung an die Ausgangslage der Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern – eine systematisch vernachlässigte Altbausubstanz, Millionen Plattenbauwohnungen und massig Altschulden.“ Zitatende.

(Egbert Liskow, CDU: Hört, hört!)

Die Wohnungspolitik der DDR war geprägt durch staatliche Regulierung der Bautätigkeit und der Mietpreise. Der Neubau in industriell gefertigter Plattenbauweise wurde politisch favorisiert, gleichzeitig wurde kaum eine müde Mark in den Erhalt und die Modernisierung der Altbausubstanz investiert. Selbstgenutztes Wohneigentum konnte nur in sehr begrenztem Maße gebildet werden. Die Mieten wurden aus sozialpolitischen Gründen niedrig gehalten. Für Altbauten waren die Mieten eingefroren und die Mieten für Neubauten wurden zentral festgelegt und lagen im Durchschnitt bei 0,45 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Solche Mieten waren natürlich weder wohnwertorientiert noch kostendeckend. Eine Folge war, dass die Häuser aufgrund unterlassener Reparaturen vernachlässigt wurden. Insbesondere die Altstadtgebiete entvölkerten sich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Dazu komme ich.

Meine Damen und Herren, das war der Ausgangspunkt, und das hatte ich angeführt, von dem aus Mecklenburg-Vorpommern nach der Wiedervereinigung startete. In den Nachwendejahren ...

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Seid ihr nun fertig?

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

In den Nachwendejahren flossen Millionenbeträge in die Sanierung der Innenstädte. Aktuell läuft im Pommerischen Landesmuseum in Greifswald übrigens eine Ausstellung, die den Zustand der Altbausubstanz der Hansestadt dokumentiert.

(Egbert Liskow, CDU: Das sollten wir uns mal angucken!)

Diese Ausstellung ist wirklich sehr sehenswert. Hier wird stellvertretend der Zustand vieler Innenstädte in Mecklenburg-Vorpommern nach 40 Jahren real existierender Planwirtschaft dokumentiert. Vergleichen Sie die Bilder mal mit denen von heute!

(Regine Lück, DIE LINKE: Sprechen Sie doch mal zum Thema! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und mit dem Ende der DDR ergab sich für Mecklenburg-Vorpommern in vielerlei Hinsicht eine sehr spezielle Situation.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das Durchschnittsalter der Wohnungen in den Innenstädten war hoch. Aufgrund des schlechten Bauzustandes galt dies gleichermaßen für den Sanierungsbedarf, der dann in den Folgejahren realisiert wurde.

Ende der 90er-Jahre erfolgte dann eine weitere Umorientierung in der Wohnungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen. Zur zielgerichteten Stabilisierung des Wohnungsmarktes wurde nun größerer Wert auf den Rückbau oder Abriss von nicht mehr benötigtem Wohnraum gelegt, und zwar auf Grundlage kommunaler, ich wiederhole das, kommunaler Stadtentwicklungskonzepte.

In den Nachwendejahren reagierte das Land – übrigens auch durch die rot-rote Landesregierung –, und zwar auf die Bevölkerungsentwicklung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es war ja nicht alles schlecht.)

auf den Geburtenrückgang und den angestauten Nachholbedarf vieler privater Haushalte nach selbstgenutztem Wohneigentum im Umland der Städte.

Und auch aktuell geht es in Mecklenburg-Vorpommern fast überall darum, einen an die demografische Entwicklung angepassten Umbau zu begleiten. Wir verzeichnen im Land vor allem einen sinkenden Wohnraumbedarf aufgrund der demografischen Entwicklung. Die Schaffung billigen Wohnraums ist daher gar nicht die Herausforderung, denn den gibt es in Mecklenburg-Vorpommern durchaus. Richtig ist, es gibt Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern, der formaljuristisch nicht als sozialer Wohnraum definiert ist. Auch das hat übrigens etwas mit den unterschiedlichen historischen Entwicklungen zu tun, in diesem Fall mit der Förderung sozialen Wohnraums in Ost und West.

Der Neubau von Sozialwohnungen spielt in den neuen Ländern immer eine untergeordnete Rolle. Und seit Ende

der 90er-Jahre wird der soziale Wohnungsneubau nur noch in städtebaulich dringend erforderlichen Fällen eingesetzt,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das kann man doch wohl aber mal infrage stellen, ob das die richtige Strategie ist!)

soll heißen, formaljuristisch reden wir nicht von Sozialwohnungen. In Bezug auf die Preise bewegt sich der Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern jedoch dennoch vielfach auf diesem Niveau.

(allgemeine Unruhe)

Die Herausforderung bleibt auch in den kommenden Jahren der Rückbau von Wohnraum. Vordergründig sind aber auch die Sanierung von Wohnraum und seine Wertsteigerung. Das Land unterstützt die Kommunen dabei bereits sehr aktiv, zum Beispiel etwa um Rückbaumaßnahmen zu stemmen, die Barrierefreiheit in den bestehenden Wohnungsbeständen zu verbessern oder Grundrissänderungen vorzunehmen. Achten Sie dabei bitte immer auf die Wortwahl! Wir unterstützen die Kommunen bei ihren Initiativen. Es geht uns nicht darum, mit Planwirtschaftsgedanken in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen. Der Blick auf die aktuelle Wohnungsmarktsituation in Mecklenburg-Vorpommern unterstreicht überdeutlich, dass dies der richtige Weg ist.

Sie haben in Ihrer Pressemitteilung und auch bei der Einbringung des Antrages mehrfach Bezug zur Situation in Greifswald genommen. Lassen Sie mich diesen Aspekt aufgreifen: Vergleichen Sie einmal den Wohnungsmarkt in Greifswald mit jenem in Stralsund, Neubrandenburg oder Schwerin. In Neubrandenburg betrug die Zahl leer stehender Wohnungen laut Bericht der Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsnehmer Ende des Jahres 2011 4,68 Prozent,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ja, auf ein Drittel der Wohnungen trifft das zu, Herr Waldmüller!)

in Stralsund waren es hingegen 8,33 Prozent und in Greifswald genau 3,08 Prozent. Bei einigen Wohnungsbauengesellschaften wie der Greifswalder WWG liegt der ungewollte Leerstand aktuell deutlich unter diesem Wert. Darin bilden sich auch Nachfrageschwankungen ab, die im Falle Greifswald mit dem Semesterbeginn der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zusammenhängen. Das bedingt aktuell natürlich eine höhere Nachfrage in der Hanse- und Universitätsstadt.

Sie sagen nun, diese unterschiedliche Situation im Land – etwa die Nachfrageschwankungen in bestimmten Regionen – wollen Sie nicht hinnehmen. Ihr Misstrauen gegenüber kommunaler Selbstverwaltung ist hier greifbar.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ach, Quatsch!)

Sie fordern wortwörtlich, Angebot und Nachfrage durch staatlichen Eingriff von Landesseite gleich für das gesamte Land zu steuern, und wir sagen: Wir freuen uns auf florierende Städte in Mecklenburg-Vorpommern –

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

und Greifswald ist ganz sicher ein Aushängeschild. Wir sagen auch, die Wohnungsmarktsituation in Greifswald ist vergleichbar mit jener in vielen Unistädten in Deutschland,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist aber alles nicht das Thema.)

aber sie ist eine andere als in Neubrandenburg, Schwerin, Stralsund. Und das wiederum unterstreicht doch vor allem eins: Wohnungsmärkte sind regionale Märkte, die sich stark voneinander unterscheiden, und deswegen muss einem messbaren Anstieg der Nachfrage wie aktuell in Greifswald auch lokal und nicht mit zentraler Planwirtschaft gegengesteuert werden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Trotzdem muss das Land eine Übersicht haben über alle Wohnungsbestände.)

Für ein solches lokales Gegensteuern wollen wir werben. Die von Ihnen vorgesehene zentrale Regelung lehnen wir jedoch ab. Der von Ihnen geforderte Eingriff von Staatsseite würde nicht zu einer Harmonisierung von Angebot und Nachfrage führen. Er würde das genaue Gegenteil bewirken.

Abgesehen davon möchte ich noch auf einen anderen Aspekt Ihres Antrages eingehen. Frau Lück umschrieb eine weitere Forderung der Linkspartei in ihrer Pressemitteilung vom vergangenen Freitag. Sie wollen einen Wohnungsmarktbericht, und in Ihrer Pressemitteilung und Ihrem Antrag unterstellen Sie damit also einen Bedarf an Wohnungsmarktberichten. Ich habe Ihnen heute ein Ergebnis einer kurzen Recherche – ich kann Ihnen das auch sagen, zwei Stunden Recherche habe ich gebraucht für eine Wohnungsmarktstatistik in Mecklenburg-Vorpommern, und dann habe ich diesen Ordner ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Waldmüller, Sie dürfen nichts hochzeigen, auch keinen Ordner. Ich hoffe, dass Sie das dann verbal kundtun, was da drinsteht. Aber das funktioniert so nicht.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Jaja, ich entschuldige mich dafür.

(Egbert Liskow, CDU:
Aber Herr Ritter durfte!)

Sie haben es gesehen, zwei Stunden Recherche für diese Berichte. Enthalten sind Statistiken von Wohnungsgesellschaften aus Greifswald, Neubrandenburg, Schwerin, die Sie ganz mühelos erhalten. Außerdem habe ich ohne Mühe den Bericht der Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsunternehmen erhalten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ein Drittel des Wohnungsbestandes ist bedroht. Ich rede nicht von allen Wohnungsbeständen!)

Allein dieser Bericht bildet rund 50 Prozent der Mietbestände in Mecklenburg-Vorpommern ab. Hier sind die Daten und Fakten vom Investitionsvolumen über die Vermietungssituation bis hin zu Mietausfällen und Leerstand dokumentiert. Aufgeschlüsselt ist etwa der Leerstand in jedem Altkreis und jeder kreisfreien Stadt oder ehemaligen kreisfreien Stadt. Außerdem finden Sie auf

der Internetseite der Landesregierung einen Monitoring-Bericht für alle Stadtentwicklungsgebiete.

Auch die Enquetekommission – davon haben wir heute schon gesprochen – „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ wird sich mit der Wohnungssituation vor dem Hintergrund des demografischen Wandels befassen. Das wird auch in einem Bericht dokumentiert werden.

(Egbert Liskow, CDU: Aha! –
Regine Lück, DIE LINKE: Das
ist aber nur ein Ausschnitt.)

Auf den Internetseiten vieler Städte in unserem Land bekommen Sie ebenso mühelos kommunale Wohnungsstatistiken.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Nun arbeitet mal ein bisschen,
seid fleißig und dann ist es gut.)

Und falls Ihnen dieses aktuelle oder zumindest in Aussicht gestellte Zahlenmaterial dann immer noch nicht ausreicht, lassen Sie mich abschließend einfach hinzufügen: Kommunale Wohnungsgesellschaften und auch der Mieterbund behandeln die ihnen vorliegenden Zahlen keineswegs als streng geheime Verschlussache.

Frau Lück, Sie sagten eingangs, Ziel ist es, Sie wollen ein regional differenziertes Bild erhalten. Mein Gott, Frau Lück, mehr an Berichten geht kaum noch! Und aus diesen genannten Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wolfgang,
vergiss mal nicht deine Mappe! –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich bitte Sie doch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Freitag und wir haben zwei harte Sitzungstage hinter uns. Es ist eine allgemeine Unruhe. Lassen Sie uns den heutigen Tag gut zu Ende bringen und von Dialogen zwischen den Reihen absehen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Lück, ich gebe Ihnen recht in der Aussage, dass es Aufgabe der Politik ist, auf Dauer bezahlbaren Wohnraum für alle zu sichern. Dem Antrag Ihrer Fraktion, einen Wohnungsmarktbericht für Mecklenburg-Vorpommern zu erstellen, stehen wir daher positiv gegenüber.

Aufgabe der Politik und gerade Aufgabe der Staatsführung ist es aber auch, dafür zu sorgen, dass die Geburtenraten derart steigen, dass unser Volk eben nicht aussterben wird, wie es uns jetzt droht. Aufgabe ist es auch, dafür zu sorgen, dass gar nicht erst ein enormer Bedarf an Singlehaushalten entsteht, sondern dass durch familienpolitische Maßnahmen Bedingungen geschaffen werden,

(Tilo Gundlack, SPD:
Zwangsheiraten, oder was?)

die dazu anreizen, Familien zu gründen und zu erhalten.

Die Erkenntnis, dass der Bedarf auf dem Wohnungsmarkt sich mit der Vergreisung des deutschen Volkes ändert, ist nicht neu, ebenso nicht die Tatsache, dass dies der Fall ist in Regionen, die durch massive Abwanderung gekennzeichnet sind. Wird die verantwortungslose Politik so weitergeführt, wird sich diese Entwicklung noch dramatischer gestalten. Dass diese dann in den Berichten über Demografie und Wohnungsmarktveränderungen festgehalten wird, ist Randerscheinung für das Management, das die sogenannten Chancen des demografischen Wandels nutzen möchte.

Ich weiß, es ist mindestens so verantwortungslos wie Ihre Politik, aber ich hege doch noch die Hoffnung, dass Teile von Ihnen, Abgeordnete der Systemparteien, zu Volksvertretern werden und den Irrsinn begreifen, erwachen und sich mit uns zum Wohl unseres Volkes positionieren.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Hoffnung können Sie gleich
wieder begraben. Wir sind nicht
„Volksvertreter“ in Ihrem Sinn!)

Wohnraum ist schließlich nur nötig, wenn auch die Bevölkerung dafür überhaupt vorhanden ist und diesen nutzen kann. Auf Dauer bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, ist zweitrangig gegenüber volkserhaltenden Maßnahmen. Es gilt nicht, den Volkstod zu gestalten, sondern ihn zu stoppen.

Aus dem Wohnungsmarktbericht können sich Handlungsstrategien ableiten lassen, wie der Abwanderung in strukturschwachen Gegenden entgegengewirkt werden kann, wie bisher brachliegende Landstriche wieder bevölkert werden können und wie ein landesweit ausgeglichenes Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung ermöglicht werden kann.

Abschließend ein Hinweis: Um wirklich ernsthafte Erkenntnisse aus einem Wohnungsmarktbericht zu gewinnen und daraus Handlungsperspektiven ableiten zu können, werden Sie sich bewusst, dass die Wohnungspolitik im Einklang mit einer vernünftigen Bevölkerungspolitik stehen muss! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen beherrscht ja das Thema „Wohnen“ oder „Rund ums Wohnen“ die Schlagzeilen. Es geht um fehlende Sozialwohnungen, es geht um explodierende Energiekosten, es geht um Studenten, die auf Zimmersuche sind.

(Egbert Liskow, CDU:
Das haben wir jedes Jahr.)

Das ZDF-Morgenmagazin zeigt den Ansturm von Wohnungssuchenden bei den Besichtigungsterminen, zeigt eine Grafik, die Greifswald als die Stadt Deutschlands ausmacht, wo bei Neuverträgen die Mieten um zehn Prozent zulegen. Das heißt also, damit sind wir Spitzenreiter in Deutschland bei den Mieterhöhungen.

(Egbert Liskow, CDU: Man muss doch immer auf die Basis gucken.)

Das will ich Ihnen nur noch mal sagen.

Bundesbauminister Ramsauer beschwört die Fernsehzuschauer, dass doch die Bundesländer die Bundeszuschüsse auch wirklich für die soziale Wohnraumförderung ausgeben mögen und sie nicht wie wir auf die hohe Kante legen.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Zum Teil, sage ich, nicht alle. Zum Teil, ja?

Und in der Sendung „Panorama“ wird gezeigt, dass das Wohnen auf der Insel Föhr nun nach Sylt für die einheimischen Mieterinnen und Mieter nicht mehr finanzierbar ist. Das kann ja auch bei uns so kommen!

(Michael Andrejewski, NPD: Warnemünde.)

Deshalb verstehe ich Ihre Reaktion auf unseren Antrag nicht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Kollege Waldmüller kann jetzt nicht dabei sein, weil er eine Beratung hat, aber in seiner Pressemitteilung – und ich muss mich ja trotzdem mit ihm auseinandersetzen – tönt er von Planwirtschaft. Das befremdet mich!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, die CDU in Thüringen macht Planwirtschaft? Das ist ja interessant!)

Ich finde, das ist keine sachliche Ebene, beruht doch die Berichterstattung in Sachsen-Anhalt auf einem Landtagsbeschluss aus 2006, und das war zur Amtszeit eines CDU-Ministerpräsidenten Böhmer.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Planwirtschaft in Sachsen-Anhalt und Thüringen! Ei, jei, jei, jei!)

Oder alle zwei Jahre gibt es den Bericht, wir haben ja alle darauf hingewiesen, auch aus dem CDU- und SPD-regierten Land Thüringen, wo wir eine CDU-Ministerin haben, Christine Lieberknecht.

Werfen Sie, Kollege Waldmüller – das will ich ihn nachher wirklich fragen –, wirft er seinen Parteikollegen in Sachsen und in Thüringen auch Planwirtschaft vor,

(Torsten Renz, CDU: Anscheinend ja. Anscheinend ja.)

weil die diese Berichte haben?

(Rudolf Borchert, SPD: Politische Steuerung ist das. Sinnvoll und richtig!)

Sie verweisen außerdem auf vorhandene Berichte. Welche denn? Also die, die Sie genannt haben, sind doch immer nur Auszüge. Wir haben damit nicht über den gesamten Wohnbestand von Mecklenburg-Vorpommern Aussagen und das ist doch das Entscheidende!

Natürlich gibt es die Bewertung des kommunalen Monitoringberichtes zur Stadtentwicklung, erstellt vom wimes Wirtschaftsinstitut Rostock, aus dem Jahre 2010. Es ist

doch nicht so, dass wir uns das nicht angucken. Erstens erfasst dieser Bericht nur die Bewertung der integrierten Stadtentwicklungskonzepte und, das hatte ich schon gesagt, das sind nur 44 Städte von insgesamt 783 politisch selbstständigen Städten und Gemeinden. Damit hat man keine vernünftige Grundlage. Zweitens sind nur 16 Städte aufgeführt, die auch dieses jährliche Monitoring machen, und dann kann ich mich nicht auf dieses Monitoring beziehen. Und drittens gibt es natürlich damit auch Empfehlungen, zusätzlich Prognosen aufzustellen zur Entwicklung der Haushalte, zur Wohnungsnachfrage, zur Entwicklung der Leerstände. Prognosen gehören demnach also nicht zur Berichterstattung. So, und wir wollen eine Berichterstattung, wo auch Prognosen aufgezeigt werden.

Es stimmt zwar, dass Wohnungsberichte kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen vorliegen, darauf hat Herr Waldmüller ja verwiesen, aber ich sage es noch mal: Das ist nur ein Drittel aller Wohnungen im Land und das kann nicht die Grundlage für unsere Arbeit sein! Darauf verwies ich bereits in der Einbringung. Und ich schließe daraus, die Datenlage ist mehr als dürftig.

Ich habe zwei kleine Anfragen an die Landesregierung gestellt. Ich wollte wissen, wie viele Wohnungen im Land der Belegungsbindung unterliegen, und ich wollte Auskunft darüber haben, wie es mit dem studentischen Wohnen aussieht. Aus der Antwort zur ersten Frage geht hervor: Zweck-, Belegungs- und Mietpreisbindung unterliegen aktuell 7.370 landesgeförderte Miet- und Genossenschaftswohnungen. Dazu kommen weitere 57.836 Wohnungen, die eine Belegungsbindung auf Grundlage des Altschuldenhilfegesetzes haben.

Allerdings stammt diese Zahl in der Antwort der Landesregierung aus dem Jahre 2008, und diese Antwort zeigt, dass offenbar letztmalig 2008 nach den Belegungsquoten gefragt worden ist. Was heißt das? Ende 2013 – und darauf möchte ich auch aufmerksam machen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen –, 2013 läuft das Belegungsbindungsgesetz aus. Wird es nicht verlängert, laufen natürlich auch die Belegungsbindungen aus. Da letztmalig vor vier Jahren eine Abfrage stattfand, scheint die Landesregierung nicht an einer Verlängerung dieses Gesetzes interessiert zu sein oder überhaupt daran zu arbeiten – das frage ich. Und es gibt Kommunen, die unbedingt genau das wollen, dass nämlich das Belegungsbindungsgesetz weiter fortgeschrieben wird.

Dabei veröffentlichte das Pestel-Institut, das wissen Sie ja auch, im August eine Studie zum Bedarf von Sozialwohnungen. Nach dieser Studie fehlen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, das wissen auch die Medien, 51.000 Sozialwohnungen. Das Pestel-Institut geht davon aus, dass neben den Miethaushalten, die bei ihren Wohnkosten durch Wohngeld unterstützt oder deren Wohnkosten durch die Kommunen und den Bund übernommen werden, noch etwa zwei Drittel weiterer Haushalte mit geringem Einkommen Bedarf haben an Sozialwohnungen.

Das Institut geht weiter davon aus, dass bei Einwohnerzahlen unter 150 Einwohner je Quadratkilometer von einem von Leerstand geprägten Wohnungsmarkt mit geringen Mieten ausgegangen werden kann. Deshalb wurden über drei Viertel des errechneten Bedarfs an

Sozialwohnungen herausgerechnet. Übrig bleibt der Bedarf an angespannten Wohnungsmärkten und der soll nach dieser Hochrechnung bei 58.000 Wohnungen im Land liegen. Dem gegenüber stehen die knapp 7.400 Wohnungen mit Sozialbindung, die wir zurzeit ja noch haben.

Deshalb fordern wir in Punkt 2 unseres Antrages einen Zwischenbericht. Erstens soll er feststellen, wie hoch der Bedarf an Sozialwohnungen wirklich ist. Zweitens soll er als Grundlage für die Entscheidung dienen, ob das Belegungsbindungsgesetz weiter bestehen soll, so, wie ja auch die Forderung von einigen Kommunen ist. Und drittens soll er die Frage klären, ob neben dem bloßen Belegungsrecht künftig auch Mietpreisbindung notwendig ist. Das ist nämlich eine ganz neue Frage, mit der wir uns hier im Landtag überhaupt noch nicht befassen haben. Mietpreisbindung, darüber sollten wir wirklich mal politisch diskutieren.

Nun zu meiner Kleinen Anfrage zum studentischen Wohnen: Unstrittig ist, dass der Wohnbedarf von Studenten zusätzlich zur Verknappung von Wohnraum beiträgt und kurze Mietdauer und natürlich Mieterhöhung erleichtert. Deshalb entlasten entsprechende Wohnkapazitäten über die Studentenwerke den Wohnungsmarkt.

Die Antwort der Landesregierung offenbart, 2011 gab es landesweit 3.934 Wohnheimplätze für 39.728 Studenten. 1998, die Zahl habe ich mir nämlich mal rausgeschaut, waren es noch 5.090 Wohnheimplätze für nur 21.654 Studenten.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ei, jei, jei!)

Bei meinem Besuch im Studentenwerk Rostock, zuständig für Rostock und für Wismar, wurde mir erläutert, dass der Anteil an Wohnangeboten etwa bei 20 Prozent der Studierenden des jeweiligen Standortes liegen sollte.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das wird mit 19 Prozent knapp in Neubrandenburg erreicht. An allen anderen Hochschulstandorten in unserem Land liegt die Abdeckung weit darunter.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

So liegt Stralsund zum Beispiel bei 11 Prozent, Rostock bei 10 Prozent, Wismar liegt bei 9 Prozent und Greifswald sogar nur bei 8 Prozent,

(Marc Reinhardt, CDU:
Da waren auch genug freie
Wohnungen um den Campus herum.)

obwohl 20 Prozent wirklich die Zielstellung sind.

Demgegenüber verweist die Landesregierung auf die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, wonach rund 9 Prozent der Studierenden das Studentenwohnheim als Wohnwunsch favorisieren. Damit, so die Schlussfolgerung der Landesregierung, wird die gegenwärtige Quote den Wohnwünschen gerecht. Ich kenne diesen Bericht aus dem Jahre 2010. Für das Wohnheim entscheiden würden sich tatsächlich nur 9 Prozent – das ist wohl wahr, was die Landesregierung hier ausgeführt hat –, wenn sie, und das ist das Ent-

scheidende, ohne Rücksicht auf das lokale Angebot und die Kosten wählen könnten.

Aber das ist ja nicht so. Die Studenten können eben nicht ohne Rücksicht auf das lokale Angebot und die Kosten wählen. Tatsächlich stimmen Wunsch und Wirklichkeit nämlich nur zu 40 Prozent überein. Das heißt, viel mehr Studenten sind auf Wohnheime angewiesen, weil das Wohnen im Wohnheim natürlich auch finanziell am günstigsten ist.

(Zuruf aus Plenum: Das
stimmt aber nicht immer.)

Das sagte auch die 19. Sozialerhebung aus und das bestätigte die Antwort auf meine Kleine Anfrage eindrucksvoll.

Die durchschnittliche Miete beim Studentenwerk Greifswald beträgt zum Beispiel 168 Euro, in Rostock beträgt sie 221 Euro. Mir wurde glaubhaft versichert von den Studentenwerken, es fehlen Wohnangebote – in Rostock zwischen 700 und 800 und in Wismar zwischen 100 und 150. Ich halte das wirklich für erheblich. So wird es sicherlich auch in Greifswald und in Stralsund sein. Da kann ich mir aber keine Zahlen erlauben, weil ich sie nicht genau kenne.

Gelingt es also, den Wohnbedarf von Studenten besser abzusichern, entlastet das den allgemeinen Wohnungsmarkt erheblich. Auch Lösungsansätze dafür könnten Gegenstand des Berichtes sein. Ich erkenne also wirklich keine sachlichen Gründe, sich gegen unseren Antrag zu entscheiden, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Ihre Gründe halte ich wirklich für populistisch und für parteipolitisch, aber nicht für sachlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sag einfach albern.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1224. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1224 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Für eine tierschutzgerechte, umweltschonende und flächengebundene Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/1232.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Für eine tierschutzgerechte, umweltschonende
und flächengebundene Tierhaltung in
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 6/1232 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir lebenswerte ländliche Räume wollen, in denen möglichst viele Menschen vielfältige Arbeit haben und wo wir darauf bauen, stabile soziale Strukturen und Gemeinsinn vorzufinden, wenn wir unserer Natur und dem Gesundheits- und Tourismusland nicht entgegenwirken wollen, wenn wir ländliche Räume wollen, wo demokratische Grundwerte gelebt werden, dann, meine Damen und Herren, muss sich die Art und Weise der Nutztierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern grundlegend ändern. Das ist die Grundthese unseres umfassenden Antrages, der Ihnen vorliegt.

(Egbert Liskow, CDU: Demokratie für Tiere.)

Bereits mehrfach war in den letzten Jahren und Monaten das Thema Tierhaltung auch Thema medialer Aufmerksamkeit, und das völlig zu Recht. Diese Aufmerksamkeit spiegelt letztendlich die intensiv geführte gesellschaftliche Debatte wider, die über die Zukunft unserer ländlichen Räume geführt wird und angesichts der wachsenden sozialen und ökologischen Probleme auch unbedingt geführt werden muss. Auch vorgestern demonstrierten Bürger/-innen und Umweltverbände vor dem Landtag und forderten ein Umsteuern in der Landnutzungspolitik.

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie gehört, was der Minister dazu gesagt hat?)

Sie wehren sich gegen mehr als 40 neu geplante Tierfabriken in den Dörfern und sie formulieren klar und nachvollziehbar ihre Vorstellung von einer Zukunft ländlicher Räume, in denen sie leben wollen. Ein solches Engagement für eine umweltgerechte ländliche Entwicklung verdient unseren größten Respekt. Diese Bürgerinnen und Bürger haben oft mit ihrer ehrenamtlich geleisteten Aufklärungsarbeit und durch konstruktive Mitarbeit an politischen und behördlichen Entscheidungsprozessen bei konkreten Bauvorhaben und in der politischen Debatte schon sehr viel bewegt. Dafür gebührt ihnen unser ausdrücklicher Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Egbert Liskow, CDU: Riesiger Beifall! –
Minister Dr. Till Backhaus:
Drei Leute haben geklatscht.)

Wir sehen ganz klare Fehlentwicklungen in der Tierhaltung. Die Gründe dafür sind äußerst vielschichtig. Das spiegelt sich auch in unserem Antrag wider. Er zeigt, dass es eben nicht reicht, einzelne Fragen der Tierhaltung isoliert zu betrachten, sondern sich den gesamten Ursachenkomplex für die offensichtlichen Probleme zu vergegenwärtigen. Mit unserem Antrag formulieren wir jene aus unserer Sicht entscheidenden Hebel, die unbedingt umgelegt werden müssen, wenn wir das absurde, ruinöse System der industriellen Tierhaltung mit größten Schäden für Mensch und Umwelt wieder in eine Siedlungsumwelt und tiergerechte Nutzungsform verwandeln möchten. Lassen Sie uns in den Ausschüssen an diesem Themenkomplex gemeinsam arbeiten und die notwendigen Weichen stellen, meine Damen und Herren.

Die Fülle der notwendigen Ansätze lassen es nicht zu, dass ich in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit alle Punkte behandeln kann. Ich will deshalb ausgewählte Aspekte unseres Antrages erläutern. Eines möchte ich

allerdings gleich voranstellen, um entsprechenden Argumenten zu begegnen: Die Weltbevölkerung, die wir angeblich mit unserem Exportfleisch ernähren müssen, braucht dieses umwelttierschutzklimatefeindliche Tierhaltungssystem nicht, das sich seit geraumer Zeit EU-weit ausbreitet. Denn dass Deutschland sich nun, wie es die Umweltorganisation Germanwatch formuliert, auch in der Landwirtschaft zum Exportmeister aufschwingt, geht massiv auf Kosten von Klima und Umwelt.

Nach Schätzungen des bundeseigenen Thünen-Instituts für Agrarforschung entstehen drei Viertel der Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft in der Tierproduktion, einschließlich des Futtermittelanbaus. Die Emissionen aus Importfutter wie Sojaschrot sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Die hohen Emissionen des stark klimaschädlichen Lachgases gehen einher mit weiteren Belastungen, wie ein Zuviel an Nitrat im Trinkwasser.

(Egbert Liskow, CDU: Da müssen wir ja eher lachen.)

Dessen Konzentration ist vor allem in Regionen mit intensiver Tierhaltung besonders hoch. Zudem machen Fleischexporte aus den subventionierten Erzeugerstrukturen der EU in Entwicklungsländern die dortige kleinbäuerliche Landwirtschaft kaputt.

Das seit Langem EU-weit expandierende Tierhaltungssystem ist also alles andere als die Lösung der Hungerkrise der Welt. Und trotzdem nimmt die Exportorientierung der deutschen Fleischbranche aufgrund des stagnierenden Inlandsmarktes und der weiteren Aufstockung von Schlachtkapazitäten stetig zu.

(Minister Dr. Till Backhaus: Bei uns nicht.)

Wo kann aber nun die Landesregierung steuernd eingreifen, um Fehlentwicklung zu korrigieren?

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Erster Punkt: Das ist das Baugesetz. Es ist ein Fehler, das Baugesetz derartig großzügig zu interpretieren, wie es derzeit getan wird. Demnach wird in der Genehmigungspraxis die gewerbliche industrielle Tierhaltung zu jedem Vorhaben gerechnet, das gerade im Außenbereich privilegiert zulässig ist, also Paragraph 35 Absatz 1 Nummer 4 Baugesetzbuch. Auf diese Weise verwandelt sich der Außenbereich von einem primär landwirtschaftlich genutzten Raum mit wichtigen Funktionen für Natur und Mensch nahezu flächendeckend in einen Standort der industriellen Fleischproduktion.

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist ja nun albern.)

Dadurch geht der Charakter der Kulturlandschaft verloren. Es kommt zu Umweltschäden und den Menschen, die im Außenbereich wohnen, werden Emissionen und Belastungen zugemutet, die bei Weitem den üblichen und erträglichen Geruch von Stallung bei traditioneller bäuerlicher Landwirtschaft übertreffen. Die Entwicklung entspricht nicht den Zielen des Baugesetzbuches, mit dem ja gerade der Außenbereich möglichst weitgehend von Bebauung freigehalten und damit sein ländliches Gepräge und die wichtige Erholungsfunktion für die Menschen bewahrt werden soll. Das ist also ein eindeutiger Widerspruch.

Wir fordern, mit der Novelle des Baugesetzbuches die baurechtliche Privilegierung der Tierhaltungsanlagen an verschiedene Kriterien zu knüpfen. So sollte kein Betrieb privilegiert werden, der derart viele Tierhaltungsplätze aufweist, dass er auf Notwendigkeit einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung geprüft werden muss. Auch müssen wir den Kommunen ihre kommunale Planungshoheit zurückgeben. B-Pläne sollten für Tierhaltungsanlagen verbindlich werden, meine Damen und Herren. Das ist eine ganz entscheidende Sache.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

In diesen Wochen wird die Novelle des Baugesetzbuches, nachdem sie den Bundesrat passiert hat, im Bundestag diskutiert. Die Landesregierung sollte ihren Einfluss geltend machen, um zu einer weitreichenden Änderung der bisherigen Privilegierungsregelung beizutragen.

Ein weiterer Regelungsbedarf auf Bundesebene betrifft die Korrektur jener Genehmigungspraxis für Tierhaltungsanlagen, wie sie die SPD-CDU-Koalition auf Bundesebene 2007 im Interesse der Tiermastlobby durchgesetzt hat. Mit dem vor fünf Jahren verabschiedeten Gesetz zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, so heißt es, waren Schwellenwerte für eine Umweltverträglichkeitsprüfung von Tierhaltungsanlagen nach oben gesetzt worden – mal eben so nebenbei. So ist seither eine Umweltverträglichkeitsprüfung für Mastanlagen für Schweine halt erst ab 3.000 statt zuvor 2.000 Tierhaltungsplätzen notwendig. Der Schwellenwert für Ferkel wurde gar von 6.000 auf 9.000 Tierplätze und bei Hennen von 42.000 auf 60.000 Tierplätze hochgestuft.

Damit wurden die Genehmigungshürden für die industrielle Tierhaltung gesenkt, und das, obwohl der Zusammenhang von Tierhaltungsanlagen und der schlechten Grundwasserqualität im Umfeld der Anlagen belegt ist. Der Gewässergütebericht von Mecklenburg-Vorpommern 2008 – leider mit den Zahlen von 2003 bis 2006, aktuelle Zahlen liegen uns ja leider noch nicht vor und, Herr Backhaus, wir warten dringend auf einen aktuellen Gewässergütebericht von Ihnen – ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Habe
ich Ihnen gestern alles erklärt.)

Ja.

Der Gewässergütebericht von 2008 verweist beispielsweise auf die hohen Nitratbelastungen von über 100 Milligramm Nitrat pro Liter im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, insbesondere im Bereich Hohen Wangelin. Das muss ich wohl später noch mal machen.

(Zurufe aus dem Plenum: Rot, rot! –
Egbert Liskow, CDU: Nicht grün.)

Ich sehe es.

Ich gehe auf die Details später noch ein. Ich habe ja noch ein bisschen Redezeit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Und als Erster hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es grundsätzlich wirklich gut, dass wir dieses Thema heute wieder auf der Tagesordnung haben, gibt es mir doch die Möglichkeit, auf die speziellen Themen, die Sie hier in Ihrem Antrag, auf den Sie ja im Wesentlichen nicht eingegangen sind, einzugehen und die Grundlagen auch mal darzustellen.

(Beifall Beate Schlupp, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt ist es offensichtlich, DIE GRÜNEN haben mit dem Bundeswahlkampf begonnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja ein Argument.)

Wenn man sich diesen Antrag anschaut, meine Damen und Herren, dann strotzt er vor Halbwahrheiten oder Unwahrheiten und nicht korrekt auf das Land zugeschnittenen Problemen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So sieht Wahlkampf vielleicht bei
Ihnen aus, bei uns nicht.)

Ich glaube, Frau Gerkan, man darf Ihnen wirklich ein Kompliment machen, nein, nicht Ihnen, sondern denjenigen, die diesen Antrag formuliert haben.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
War schon richtig.)

Natürlich nehme ich zur Kenntnis, dass der Antrag im Wesentlichen aus Sachsen-Anhalt abgeschrieben worden ist

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Beate Schlupp, CDU: Nein, nein, nein! –
Zurufe von Torsten Renz, CDU, und
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und es Querverbindungen dann auch zu Anfragen aus den verschiedenen Fraktionen gibt. Das ist Ihr gutes Recht, aber sagen Sie es doch einfach.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nichts gegen Netzwerke.

Im Übrigen müssten Sie wissen, dass ich der A-Koordinator bin, das heißt, für die SPD-geführten Länder koordiniere ich die Agrarministerkonferenz, die Umwelt- und die Verbraucherschutzministerkonferenz. Da arbeite ich zum Teil mit Ihren Kollegen aus den grün geführten Ressorts hervorragend zusammen. Ich will insbesondere Ulrike Höfken nennen, mit der ich gute und tolle Kompromisse auch hinkommen habe.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Setzt sich leider noch nicht
in Landespolitik um.)

Das will ich hier ausdrücklich sagen. Also lassen Sie das lieber und erkundigen Sie sich mal in den anderen Ländern, die hier zusammenarbeiten. Unterm Strich muss es uns um die Sache gehen und nicht um Ideologie. Damit kommen wir keinen Millimeter weiter. Da sind wir schon mal dran gestrandet.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wenn man aus Bremen, aus einem Stadtstaat kommt, ohne dass ich das irgendwie böse meine,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann muss man sich natürlich auch mit den ländlichen Räumen in Mecklenburg-Vorpommern wirklich intensiv auseinandersetzen.

Und ich glaube, man darf hier sagen, am Mittwoch, Frau Gerkan, da haben Sie ja auch Ihre Querverbündeten auf der Demonstration deutlich gemacht und haben damit Ihre Maske fallen lassen. Sie nutzen, und das macht mich traurig,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Och!)

Sie nutzen die Ängste, die berechtigten Ängste, die Sorgen der Menschen für Ihre Ideologie.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie sagen doch
selber „berechtigte Ängste“. –
Zuruf von Jutta Gerkan,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und daran sind wir schon mal gescheitert, ich betone das.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Dass wir berechtigte Ängste
ins Parlament bringen, ist doch logisch.)

Und, meine Damen und Herren, es geht nicht in erster Linie um die Sorgen und Nöte der Menschen, sondern es geht um die Ideologie.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach Quatsch!)

Und ich bedauere es, dass dann Teile der LINKEN – ausdrücklich sage ich das, Teile der LINKEN – auch noch gleich mit aufspringen. Das scheint ja hier die neue Strategie in diesem Fachbereich zu sein.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Hoch oben auf dem Podium wurden dann große Töne verkündet. Aber wenn Sie dann wenigstens bis zum Ende der Veranstaltung dabei geblieben wären, denn da hat man sich im Übrigen ausdrücklich auch bei uns im Haus, bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedankt für das, was wir in den letzten Jahren hier entwickelt haben. Wer sich so verhält, meine Damen und

Herren, wer sich so verhält, dem spreche ich die fachliche Kompetenz in dieser Frage ab,

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dietmar Eifler, CDU: Richtig.)

wobei Sie, ...

(Zurufe von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Herr Suhr, da komme ich dann genau darauf.

... wobei Sie sich ja selber schon so disqualifizieren, wenn ich allein die Presseerklärung zu einem der Exzellenzforschungsstandorte dieses Landes Mecklenburg-Vorpommern, nämlich Dummerstorf – Herr Professor Tack nickt gerade – nehme. Und wenn Sie wenigstens mit dabei gewesen wären. Ich lade Sie jetzt auch nicht mehr ein. Sie kriegen immer Einladungen zu Veranstaltungen. Aber wer erklärt, dass das Blaue-Liste-Institut, das Leibniz-Institut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere, eine völlige Fehlinvestition darstellt,

(Egbert Liskow, CDU: Pfu! –
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Habe ich so nie behauptet.)

der stellt sich selber komplett infrage und dem spreche ich nochmals die Kompetenz für den Agrarbereich und für den Umweltbereich ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zuruf von
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, das ist lächerlich, dann fahren Sie doch bitte hin und erklären Sie den 300 Forscherinnen und Forschern des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Bereich, warum Sie diese Einrichtung als lächerlich empfinden. Nicht umsonst werden dort internationale,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das
habe ich gerade nicht gesagt, Herr Minister.)

nicht umsonst werden dort internationale Projekte zur Erforschung, zur Grundlagenforschung für die Biologie der landwirtschaftlichen Nutztiere entwickelt. Da geht es ausdrücklich um die Themen, Frau Gerkan.

Und wir sind ja auch in einem Schweinebetrieb gewesen, den wir uns gemeinsam angeschaut haben, in einem Familienbetrieb mit 580, ich betone das, mit 580 Sauen, meine Damen und Herren, und über 10.000 Mastschweinen. Und vor der Familie haben Sie erklärt, dass Sie mit dem Betrieb überhaupt keine Probleme haben. Genau das ist diese Doppelzüngigkeit, die Sie hier auch auf diesem Podium ansprechen,

(Thomas Krüger, SPD:
Da kommts raus. – Zuruf von
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wo ich Ihnen noch mal sage: Lassen Sie das nach, auf den Emotionen der Menschen und deren Sorgen herumzureiten, sondern erklären Sie uns doch mal,

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aufgreifen ist was anderes als verbreiten.)

was Sie für ein Gesamtkonzept haben, denn Sie haben in Wirklichkeit keines.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gehen Sie auf unser Konzept ein,
Herr Backhaus!)

Und ich will auch an dieser Stelle ansprechen, dass Sie für mich eben das Wahlsüppchen tatsächlich der Agrarpolitik jetzt kochen wollen. Das wird Ihnen nicht so gelingen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen SPD und CDU –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und es lässt sich natürlich auch sehr, sehr einfach dann auf der Welle der Umwelt-, in Anführungsstrichen – wo Ihre Kompetenzen sind, das haben wir eben schon so ein bisschen anhören dürfen –, das Wahlsüppchen auf der Umwelt- und Landwirtschaftspolitiksschiene und der Tier-schutzbetroffenheit kochen. Und da sage ich Ihnen, ich bin dankbar, wirklich dankbar, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe, in den letzten 23 Jahren, in den letzten, Herr Suhr, in den letzten 23 Jahren über 3, Herr Suhr, über 3 Milliarden Euro in eine klein- und mittelständische artgerechte und umweltverträgliche Landwirtschaft investiert haben und damit im Übrigen knapp 20.000,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Mit einer Flächenbindungsklausel,
die bestimmte Betriebe ausschließt. Und
neue können nicht mitmachen.)

knapp 20.000 Arbeitsplätze in diesem Lande gesichert worden sind, und daran hängt die gesamte andere Branche der Ernährungswirtschaft. Das heißt unterm Strich, Sie stellen die über 100.000 Arbeitsplätze, die in Mecklenburg-Vorpommern zum Glück in diesem Bereich erhalten geblieben sind, die stellen Sie hier in Gänze infrage. Und das geht so nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Dietmar Eifler, CDU)

Und ich lasse mich auch in der Frage der Agrarpolitik von Ihnen nicht vorführen. Und wenn Verbündete wie Herr Dr. Gehrke,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie fühlen sich da ganz gut angesprochen.)

Herr Dr. Gehrke, ...

Nein, ich fühle mich da überhaupt nicht angesprochen.

... der erklärt öffentlich, ich wäre für die Verteilung des Grund und Bodens hier zuständig. Und dieser Herr kommt im Jahre 1996, im Jahre 1996 – er ist ja wahrscheinlich Ihr Parteifreund mittlerweile –, und ist in der Lage, in dieser kurzen Zeit,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Der war immer noch SPD.)

in dieser kurzen Zeit 380 Hektar, 380 Hektar, als betriebliche Grundlage zu entwickeln. Dann frage ich mich: Wie hat der es geschafft, einen Industrieökobetrieb innerhalb von dieser kurzen Zeit zu entwickeln, einen Industrieökobetrieb? Das erklären Sie denn mal bitte, Frau Gerkan. Erklären Sie der Öffentlichkeit doch mal, wie Sie dann dazu stehen!

(Egbert Liskow, CDU:
DIE GRÜNEN können das. –
Udo Pastörs, NPD: Das ist
ein sehr interessanter Aspekt.)

Das ist für mich, das ist für mich schon ein Stückchen Scharlatanerie. Ich bitte da um Verständnis.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich weiß natürlich auch, und da komme ich dann auch auf den Antrag zu sprechen, wo die Quellen des Unmutes liegen, und seit Jahren arbeite ich auch daran. Und da gibt es ja auch Parallelen der Herangehensweise, nämlich: Wie kommen wir dazu, tatsächlich die Einträge von Nährstoffen, aber auch von Medikamenten zu reduzieren? Und ich bitte um Verständnis, wir haben es Ihnen doch im Ausschuss vorgestellt. Es geht doch nicht darum, immer neue Studien und was weiß ich nicht alles zu machen, das geht ja aus Ihrem Antrag auch hervor, sondern es geht darum, wirklich gezielte Maßnahmen einzuleiten, runterzukommen. Und ich bin auf der Reise unter anderem in Helsinki bei HELCOM gewesen. Ich kann Ihnen den Stick auch geben von HELCOM, der ist öffentlich und da wird auch noch darüber berichtet werden.

Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern ist mittlerweile im Ostseeraum die Region Europas – der Anrainer Russland gehört dazu und ohne Russland kriegen wir die Ostsee auch nicht wirklich saniert, das ist uns doch auch allen klar –, aber Deutschland ist mittlerweile die Region, die die geringsten Einträge hat. Und das hängt auch mit Investitionen gerade in dem Umweltbereich zusammen, insbesondere was Kläranlagen, aber auch was die Tierhaltungsanlagen anbetrifft. Sie können doch nicht in Abrede stellen, dass wir hier, auch was die Tierhaltungssysteme anbetrifft, einen riesigen Schritt im Vergleich zu den letzten Jahren vor der Wende vorangekommen sind. Dann sagen Sie das doch wenigstens auch mal.

Und selbstverständlich sind wir uns einig, darüber sind wir uns einig, dass es für die reinen und übergroßen Industrieanlagen der Tierhaltung keinen definierten Begriff gibt bis heute, genauso wie es keinen Begriff gibt, auch da bitte ich um Verständnis, was die Massentierhaltung anbetrifft. Das sieht man in Bayern bei mehr als 100 Kühen als Massentierhaltung an.

(Egbert Liskow, CDU: Bei
den GRÜNEN mehr als zwei.)

Und ich sage Ihnen, heute werden im Durchschnitt in Mecklenburg-Vorpommern, so sind die wirtschaftlichen Verhältnisse nun mal, werden im Durchschnitt 220 Kühe gehalten. Das ist aus deren Sicht natürlich eine Massentierhaltung. Aber ich bitte um Verständnis. Hören Sie auf mit ideologischen Aussagen, sondern legen Sie klare Konzepte auf den Tisch!

Und ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind, auch was die Antibiotikaeinsatzfrage anbetrifft, voranzu-

kommen. Wir werden das auch dem Ausschuss in Kürze vorstellen.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wann
beginnen für Sie übergroße Anlagen?)

Und das Gleiche gilt ...

Für mich beginnen übergroße Anlagen, sobald wir aus dem agrar- und landwirtschaftlichen Begriff herauskommen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Das heißt unterm Strich, wenn eine bodengebundene Versorgung der Tierbestände nicht mehr gesichert ist, ist es eine Industrieanlage.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Und die wollen wir nicht. Und da sind wir ganz dicht bei einander. Und ich habe immer wieder gesagt, und ich bitte da, auch mir nicht das Wort im Mund umzudrehen und auch dieser Landesregierung nicht – wir haben Meadow und Alt Tellin –, oder auch, und auch das habe ich auch immer wieder gesagt, dass wir diese Anlagen nicht investiv gefördert haben. Ausdrücklich betone ich das. Sie erwecken immer wieder draußen den Eindruck, als ob das Land Mecklenburg-Vorpommern solche Anlagen gefördert hat.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mit verantwortlich in der Planung. –
Zuruf von Jutta Gerkan,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben diese Einrichtungen und Anlagen nicht investiv gefördert.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mit verantwortlich in der Planung.)

Was die Planung anbetrifft – auch darauf wollte ich eigentlich eingehen, dann mache ich das jetzt gleich mit –, was die Planung anbetrifft, da bezeichnen Sie ja die Landesgesellschaft ... Im Übrigen ist das eine Landesentwicklungsgesellschaft mittlerweile und hat eine ganze Reihe von Töchtern. Dazu gehört unter anderem das Gut Dummerstorf, das in einer ausgezeichneten Weise Tierhaltung betreibt, wo internationale Gruppen, die Universität Rostock forscht und Sie selber sind vielleicht oder hoffentlich schon mal dort gewesen. Dazu gehören im Übrigen die Landesgrunderwerbsgesellschaft und auch die Landesentwicklungsgesellschaft unter dem Dach der Landesgesellschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender ich bin. Und ich erhalte keine Bezüge, auch das betone ich an dieser Stelle, weil Sie da ja auch so den Eindruck erwecken, ich würde mich da persönlich bereichern.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich nie gesagt, Herr Backhaus,
das habe ich nie gesagt.)

Oder Ihre Freunde. Gucken Sie sich das im Internet doch mal an, was Sie da veranstalten. Das ist doch abscheulich.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Es sind verschiedene
Quellen, die sollten nicht vermischt werden.)

Dann sagen Sie doch unter anderem auch mal, dass dieses Unternehmen, dieses Unternehmen, die Landgesellschaft,

(Zuruf von Jutta Gerkan,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

über 1.700 kleine, artgerechte und artgerechtere Tierhaltungsverfahren auf den Weg gebracht hat und diese auch in der Beratung und letzten Endes damit auch mit Investitionen begleitet hat. Und dazu gehört im Übrigen auch das Innovationsteam Milch, die sind international.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber auch Alt Tellin.)

Da waren Sie noch gar nicht hier im Lande, Frau Karlowski, ich bitte um Verständnis, da haben wir dieses Unternehmen weltweit auf die Reise geschickt,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wann denn?)

sich anzuschauen, wo und unter welchen Bedingungen wir Milchkühe und Rinder so optimal wie möglich in der tierartgerechten Haltungsform mit System ausstatten können. Und gucken Sie sich heute die Boxenlaufställe an in Mecklenburg-Vorpommern und die artgerechtere Tierhaltung.

Im Übrigen: 400, fast 450 Unternehmen der Tierhaltung sind in diesem Programm. Oder, ich will die Zahl dann auch gleich mit ansprechen, überlegen Sie sich doch bitte mal, in dieser Förderperiode haben wir ein Agrarumweltprogramm, darüber wird ja nie berichtet, leider nicht, auch aufgrund der Kürze der Zeit sicherlich von solchen Beiträgen, aber 275 Millionen Euro geben wir allein in dieser Förderperiode für die Umweltprogramme, für die Agrarumweltprogramme in diesem Lande aus. Ich will die auch noch mal erwähnen. Da ist die artgerechtere Tierhaltung, 450 Betriebe sind da drin, insbesondere Schweine und Rinder,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Mit einer Flächenbindung
im Neuland, die sie ausschließt.)

dann das Grünlandprogramm zum Erhalt des Grünlandes und damit für die Biodiversität, Frau Dr. Karlowski, wo Sie sich ja ganz stark einsetzen. Jetzt sagen Sie mir, das ist gut, dann sagen Sie es auch öffentlich.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Gerne. Gerne.)

Oder der ökologische Landbau, ja, gucken Sie sich doch mal Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen an, die hinken auf einem halben Fuß hinter uns hinterher. Mecklenburg-Vorpommern hat mittlerweile 1.100 ökologisch wirtschaftende Betriebe, insbesondere der Tierhaltung.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da werden wir nie was gegen sagen.)

Wir haben Regionen dabei – da bin ich auch dankbar, dass Sie das sogar auch öffentlich sagen – wie Uecker-Randow, ehemals Uecker-Randow, wo wir mittlerweile fast 30 Prozent ökologisch wirtschaftende Betriebe am ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das würdigen wir durchaus, Herr Backhaus.)

Ja, das würdigen Sie durchaus.

So, und dann komme ich auf die Fragen ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das scheint Sie ja trotzdem zu entsetzen.)

Nein, das entsetzt mich gar nicht, aber das geht nicht aus Ihrem Antrag hervor.

Und dann sind wir bei den Themen, die Sie angedeutet haben, da will ich dann auch kurz drauf eingehen.

Baugesetzbuch Paragraph 35: Ich glaube, es ist gut, dass wir in Deutschland einen Paragraphen haben, nach dem nämlich geregelt wird, wer und was denn im Außenbereich gebaut werden darf. Im Übrigen will ich, Frau Gerkan, Sie darauf hinweisen, der ist explizit dafür gemacht worden, um unter anderem eben die Belastung in den Dörfern in den Außenbereich zu geben, nämlich der Landwirtschaft eine Möglichkeit der Entfaltung und Entwicklung zu geben als Landwirtschaftsbetrieb.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU:
Das muss man mal hören.)

Das, was Sie hier eben gesagt haben, würde ja bedeuten, dass die Landwirtschaft aus dem Außenbereich wieder zurück ins Dorf kommt. Nun stellen Sie sich das mal vor!

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, so haben Sie hier, so haben Sie es hier aber eben erläutert.

(Zurufe von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt, und jetzt ...

Nein, ich drehe nicht das Wort im Mund um. Das können Sie ja nachher noch mal erläutern. Ich habe es so verstanden, dass Sie mehr oder weniger den Paragraphen 35 ablehnen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nein.)

Und das bedeutet im Umkehrschluss, dass damit in der Zukunft ein Landwirtschaftsbetrieb nur noch im Dorf bauen darf. Na da bin ich ja gespannt. Dann werde ich die Bürgerinitiativen, die ich zum überwiegenden Teil alle kenne, zu Ihnen schicken, dass Sie das durchgesetzt haben. Ich hoffe, das passiert nicht.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich möchte nicht, dass wir uns
missverstehen, Herr Backhaus.)

Und deswegen sage ich Ihnen die Grundsätze, die wir wollen:

Erstens. Wir wollen, und das wird noch in diesem Jahr im Bundesrat entschieden – das müssten Sie, wenn Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Ländern Kontakt aufnehmen, auch bestätigt bekommen –, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich im Übrigen mit Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durchgesetzt, dass in der Zukunft, in der Zukunft keine industriemäßige Anlagen im Außenbereich nicht mehr gebaut werden dürfen. So, und das ist aus meiner Sicht ein vollkommen richtiger Ansatz.

(Rudolf Borchert, SPD: Jawohl. Richtig.)

Ich hoffe, dass wir damit durchkommen und dass damit im Übrigen – genau das lässt sich fordern –, wenn die Gemeinden denn solche Anlagen wollen, das ist genau das, was Sie angedeutet haben, sie einen B-Plan entwickeln und dann muss das Einvernehmen mit der Gemeinde hergestellt werden. Genau das ist unser Thema im Bundesrat und da lasse ich mir von Ihnen auch überhaupt nichts vormachen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und dann, meine Damen und Herren, will ich auch darauf eingehen, da scheinen einige drauf stolz zu sein, was jetzt im Landkreis Vorpommern-Greifswald durch die GRÜNEN und die LINKEN als Antrag entstanden ist, nämlich, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen, wir alle machen uns Sorgen um Vorpommern

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die SPD hat einen gleichlautenden
Antrag eingebracht.)

und dort beschließt man, Moment, und dort beschließt man im Kreistag, dass Anlagen der Landwirtschaft – und im übertragenen Sinne sage ich dann, auch der Ernährungswirtschaft oder auch der Energiewirtschaft –, Anlagen, die nach Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt werden sollen, im Landkreis Vorpommern-Greifswald unerwünscht sind.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das stimmt überhaupt nicht.)

Das heißt,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Da sind
Sie völlig falsch informiert, Herr Backhaus.)

das heißt, ...

Ich habe mir den Antrag sehr genau angeguckt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Dann haben Sie nicht den
richtigen Antrag.)

... dass die Behörden ...

Ja, Sie haben ihn ja gemacht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, genau.)

Das finde ich schon mal gut, dass Sie da anspringen. Sie können ja wahrscheinlich nachher was dazu sagen.

Das heißt unterm Strich, dass Sie nicht wollen, dass dort Arbeit, Wertschöpfung und letzten Endes damit jungen Menschen eine Perspektive in Vorpommern gegeben wird. Ich bedaure das zutiefst und ich bedaure auch, dass ausgerechnet die CDU-, aber auch die SPD-Kreistagsmitglieder das mitgemacht haben sollen.

(Egbert Liskow, CDU, und
Beate Schlupp, CDU: Nein, nein.)

Dann hoffe ich, dass wir da noch rechtzeitig die Notbremse gezogen kriegen, denn so geht es nicht. Frau Schwenke, auch das sage ich Ihnen, Sie haben lange Zeit im Umweltministerium eine sehr gute Arbeit geleistet.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich bin nicht Ihre Leibeigene, Herr Minister.)

Ich habe die Leibeigenschaft nicht eingeführt, ich habe sie eher abgeschafft.

(Heiterkeit und vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe, als ich, ja, ich kann Ihnen das auch sagen.

(allgemeine Unruhe)

Ach, als ich auf die Straße gegangen bin 1989 ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Sehr geehrter Herr Minister, ich möchte doch bitten, dass wir hier mit Sachlichkeit über dieses Thema weiterdiskutieren und dass die Emotionen auch wieder ein bisschen runterkommen und wir hier beim Thema bleiben.

(Rudolf Borchert, SPD: Was
sein muss, muss sein. – Zurufe von
Julian Barlen, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, aber ich will das bildlich denn schon noch mal darstellen dürfen, das ist auch mein gutes Recht. Wenn ich hier angegriffen werde, dann will ich noch mal sagen, als ich,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich bin angegriffen worden, nicht Sie.)

als ich 1989 auf die Straße gegangen bin, da haben Sie wahrscheinlich hinter der Scheibe gestanden und haben geguckt, wer denn da rumläuft. Ich gehörte dazu.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe für Freiheit und Demokratie gekämpft. Ich habe Sie da auf den Veranstaltungen 1989 jedenfalls nicht gesehen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, ich wohne auch nicht hier hinten
im Westen, ich wohne in Greifswald.)

Und deswegen sage ich auch noch mal: Ich bin glücklich, ich bin glücklich und froh, dass wir im Rechtsstaat leben

dürfen, und ich werde alles daransetzen, darauf habe ich meinen Eid geschworen, dass Recht und Gesetz eingehalten wird,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und dazu gehört auch das Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Im Übrigen, da gebe ich Ihnen recht, Frau Gerkan, die Grundlagen hat Frau Künast mal gemacht in der Rot-Grünen-Koalition und es ist ein Stückchen aufgeweicht worden seinerzeit. Das haben Sie richtig angedeutet. Und deswegen glaube ich auch,

(Zuruf von Jutta Gerkan,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

deswegen glaube ich auch, dass wir uns das Bundes-Immissionsschutzgesetz sehr genau angucken müssen. Und an dieses Thema geht es jetzt ran in den nächsten Wochen und Monaten. Und ich gehe davon aus, dass wir hier einvernehmlich Lösungen schaffen werden mit dem Ziel, Europarecht – wir leben hier nicht im luftleeren Raum –, Europarecht und Wettbewerbsrecht und letzten Endes damit auch das Tierschutzrecht für Deutschland und Europa auf ein vernünftiges Niveau weiter anzupassen.

Und, meine Damen und Herren, auch das ist mir wichtig. Es wird ja immer so getan, Sie haben wieder von den 40 Anlagen gesprochen. Wahrscheinlich würde es aus Ihrer Sicht mit dem Ansatz, den Sie haben, um die 1.700, vielleicht 1.800 Anlagen geben, die nicht in Ihr Leitbild, mit „t“ gesprochen hoffentlich oder vielleicht bei Ihnen mit „d“ geschrieben und gesprochen, passen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Und da sage ich Ihnen, wir haben hier Anlagen errichtet, die in Treu und Glauben auf den höchsten, auf den höchsten Standards, die es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, errichtet sind. Und die Unternehmen haben ein Recht darauf, Rechtssicherheit zu haben und dass wir hier nicht noch weiter verunsichern.

Und was mir auch wichtig ist, ist, das wird immer wieder verkannt: Gucken Sie in die Bundesländer, wo die GRÜNEN die Verantwortung tragen. Wie sind die Großvieheinheiten denn dort insgesamt zu sehen? Jawohl, Mecklenburg-Vorpommern hat nach Sachsen-Anhalt nach wie vor die geringste Viehdichte Deutschlands und Europas.

(Egbert Liskow, CDU: Schade.)

Mit 0,4 GV pro Hektar ist Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen-Anhalt

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zählen Sie
die Wasserwerke mit bei der Berechnung?)

das viehärmste Land in Europa. Und Sie haben ja selber in Ihrem Antrag geschrieben, dass Sie bis 1,5 oder 1,8 Großvieheinheiten für sinnvoll erachten. Dann gucken wir uns das doch einfach mal im bildlichen Vergleich an. Das sind in etwa auf einem Hektar zwei Fuß-

ballfelder. Da können Sie in Mecklenburg-Vorpommern davon ausgehen, auf diesen beiden Fußballfeldern stehen ganze vier Schweine,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganze vier Schweine, um das mal bildlich darzustellen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sind
ganz andere Aspekte, Herr Backhaus.)

In Niedersachsen oder in Nordrhein-Westfalen sind es 33. Das heißt, versuchen Sie doch erst mal tatsächlich auch vor der eigenen Haustür zu kehren, in den Ländern, in denen Sie die hohe Verantwortung ja auch übernommen und zu tragen haben. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für Schleswig-Holstein.

(Egbert Liskow, CDU: Das wollen sie nicht.)

Und, meine Damen und Herren, womit wir uns wirklich auseinandersetzen möchten und müssen, und das biete ich Ihnen ausdrücklich an, das ist der Masterplan. Sie haben mich ja gestern Abend auch wieder angegriffen, es sei ja nichts passiert. Ich habe Sie leider im Agrarausschuss so noch nie zur Kenntnis nehmen dürfen.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich bin auch nicht im Agrarausschuss.)

Ja, Sie sind nicht im Agrarausschuss, aber dann müssen Sie sich von Frau Karlowski mal berichten lassen, was wir denn alles schon gemacht haben oder was wir an Umsetzungsvorschlägen unterbreitet haben. Sehen Sie, da haben Sie sich eben schon wieder ein eigenes Bein gestellt. Sie dokumentieren hier Ihr Nichtwissen und sind nicht bereit, dann auch auf diese Dinge einzugehen.

Und es ist natürlich auch so, dass wir gemeinschaftlich, und ich lade Sie herzlich dazu ein, den Flächenverbrauch insgesamt und die Flächenkonkurrenz im Blick haben und da Lösungen herbeiführen müssen. Daran arbeiten wir mit Ökokontierung und mit verschiedenen anderen Ideen.

Oder: Natürlich sind wir uns auch alle zusammen in diesem Hohen Hause einig, dass wir die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen müssen, aber wir müssen sie aufklären, aufklären und sie sachlich und vernünftig informieren. Und da geht es natürlich auch um die Tierhaltung und letzten Endes aber auch um die Zukunftschancen, die wir für dieses Land und unseren Standort sehen.

Oder: Es geht natürlich auch um die Rolle und die Wertigkeit dieses Wirtschaftszweiges der Land- und Ernährungswirtschaft und integriert darin sind natürlich auch die Forst und die Fischerei. Es ist mittlerweile der arbeitsintensivste Bereich, den wir in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Aber es geht natürlich auch um die soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten in dieser gesamten Branche. Und wenn dort erklärt worden ist, auf der Demo, dass in dieser Schweineanlage ein Stundenlohn von 6,50 Euro bezahlt wird, dann sage ich ganz klar: Das akzeptiere ich nicht, denn Mecklenburg-Vorpommern hat

sich, und wird das auch immer wieder untersetzen, immer für den Mindestlohn von wenigstens 8,50 Euro eingesetzt.

Aber es geht auch um die soziale Funktion der Landwirtschaft im Lichte des demografischen Wandels. Und natürlich bin ich interessiert daran, wenn es kluge Ideen und Konzepte gibt, wie wir gerade jungen Menschen eine Chance geben können, in den Bereich hineinzukommen und mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen Familien auch eine soziale Heimat in unserem Lande weiter zu geben. Ich würde mir wirklich sehr wünschen, wenn Sie uns dort Hinweise geben, wo denn Ihr Konzept liegt und wie Sie das denn verändern wollen.

Jawohl, ich bin froh darüber, dass auch Teile von Ihnen, von den Kirchen angefangen, an diesem Prozess teilhaben. Ob das die Verbände, die Umweltverbände sind – also am Masterplan mitarbeiten –, ob das die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Medien sind, das heißt, an diesen fünf übergreifenden Themen, die von so immenser Bedeutung für unser Bundesland sind, arbeiten sie alle mit. Gucken Sie sich doch mal die Internetseite an, bringen Sie sich doch bitte dort ein.

(Zuruf von Jutta Gerkan,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen Sie auch Druck auf den Bauernverband, gerne. Ich bin gerade mit den Kreisvorsitzenden – ich bin auch dankbar, dass sie hier sind –, mit den Bauernverbänden gerade noch mal wieder zusammen gewesen. Ich glaube, dass wir uns auch nach außen noch mehr öffnen müssen. Wir müssen noch mehr Transparenz zeigen. Warum sollen wir nicht, Herr Krüger wird vielleicht darauf eingehen, warum sollen wir nicht noch mehr Transparenz üben, um zu dokumentieren, welche tollen Unternehmen wir hier haben im Lande, und dieses dann auch über die neuen Medien noch intensiver dokumentieren? Ich sehe also die Zukunft dieses so wichtigen Wirtschaftszweiges, im Zusammenwirken natürlich auch mit der Umwelt, von allergrößter Bedeutung.

Das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern lebt von seiner Natur, von seiner Landschaft und von seinen Menschen, und zwar dieses auf allen Ebenen gleichrangig miteinander und nebeneinander. Und deswegen bin ich ein bisschen traurig immer wieder, wenn hier Vorwürfe gemacht werden, wo die Landwirtschaft in ein Licht gestellt wird, dass wir menschenverachtende Haltungssysteme etabliert haben. Dann gehen Sie bitte mal in andere Regionen Europas oder der Welt, schauen Sie sich an, wie dort Tiere gehalten werden. Das, was wir hier in den letzten 23 Jahren aufgebaut haben, das ist vorbildlich im Vergleich zu vielen anderen Regionen in Europa.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist Tierhaltung
hier vorbildlich? Ich bitte Sie, Herr Backhaus!)

So, und deswegen bin ich auch der festen Überzeugung – dann komme ich auch zum Schluss –, es ist auch gestern hier wieder angesprochen worden, wir müssen die ganzen Haltungsverordnungen verändern. Ich habe hier in diesem Hohen Hause immer wieder gesagt, aber daran bin ich gescheitert, vielleicht haben wir jetzt ja bald

andere Mehrheiten, dass wir das durchbekommen, dass wir einen Tierhaltungs-TÜV haben wollen, um natürlich dann auch Tierhaltungssysteme, die sich an dem Wohlbefinden der Tiere und des Einzeltieres orientieren müssen, durchzubekommen. Daran hat sich Renate Künast schon die Zähne ausgebissen. Wenn sie jetzt gerade hier war, dann wird sie Ihnen das auch berichtet haben. Und es geht nur über das Bohren von dicken Brettern, dass wir so was durchbekommen.

Und selbstverständlich wollen wir, dass die sogenannten Nutztierhaltungsverordnungen weiter angepasst werden. Da brauchen wir uns in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht zu verstecken. Im Übrigen die Förderung, das werden die Landwirte, wenn Sie sich mit denen wenigstens unterhalten würden, das werden die Ihnen,

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das tun wir, Herr Backhaus.
Das tun wir durchaus.)

das werden die Ihnen dann auch bestätigen: Alle die, die wir fördern, gehen heute schon über die Rahmenbedingungen des Bundes und der Länder hinaus, weil wir den Anhang A nutzen, und das heißt, dass besonders tierartgerechtere Haltungssysteme überhaupt nur noch gefördert werden.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und deswegen betone ich noch mal: Wir sollten versuchen, uns mit dem Thema weiter intensiv auseinanderzusetzen, aber für parteipolitische Auseinandersetzungen, gerade von den GRÜNEN her, eignet sich dieses Thema nicht. Mir brennt das Thema nach wie vor auf den Nägeln und ich will alles daransetzen, dass wir Mitte des kommenden Jahres, also 2013, einen Masterplan vorlegen, den es in der Form in den anderen Bundesländern und in Deutschland bisher noch nicht gegeben hat. Ich lade Sie zu diesem Diskurs und in die Diskussion und letzten Endes natürlich dann auch in den Agrarausschuss herzlich ein. Wir werden das alles transparent darstellen, aber ich bitte um Verständnis, reden Sie diesen Standort Mecklenburg-Vorpommern nicht schlecht,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

das hat er nicht verdient.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Die Landesregierung hat ihre Redezeit um acht Minuten überzogen. Diese Zeit steht den Oppositionsparteien zur Verfügung.

Ich rufe nun auf die Abgeordnete Frau Schlupp von der CDU-Fraktion.

(Tilo Gundlack, SPD:
Sie holt die Zeit wieder raus.)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem ich den vorliegenden Antrag zum ersten Mal in die Hand bekam, dachte ich, da hat sich jemand aber viele Gedanken und

viel Mühe gemacht, um einen so umfangreichen, konkreten und ausführlich begründeten Antrag zu formulieren. Zumindest das verdient Anerkennung.

Nun habe ich im Laufe der Jahre so meine Erfahrungen gemacht und deshalb vorsorglich im Internet recherchiert. Es dauerte nicht lange, da bin ich auf Quellen gestoßen, aus denen jeweils Teile des Antrages, und ich muss es so formulieren, wortwörtlich abgeschrieben worden sind,

(Michael Andrejewski, NPD:
Guttenberg lässt grüßen!)

und nicht nur im Antrag selbst, sondern auch in der Begründung.

(allgemeine Unruhe)

Nun bin ich nicht wie der Minister auf Sachsen-Anhalt gestoßen. Nein, es sind noch andere Quellen. Die Anstriche zwei bis sechs des Punktes 1, ich will es mal verdeutlichen, von hier bis hier, und auf der anderen Seite auch noch die ersten zwei Anstriche,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Halten Sie sich bitte auch an die
Regeln, Frau Vizepräsidentin, nichts zu zeigen.)

sind wortwörtlich die Vorschläge der Agrarministerin von Rheinland-Pfalz. In diesem Fall nehme ich dafür auch einen Ordnungsruf in Kauf.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bitte, bitte,
walten Sie Ihres Amtes, Frau Präsidentin!)

Ich möchte nur mal demonstrieren, inwieweit hier abge...

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Schlupp, auch für Ihnen, für Sie, Entschuldigung, natürlich auch für Sie gilt die Geschäftsordnung und ich möchte Sie bitten, doch von diesen Deklarationen Abstand zu nehmen.

(Egbert Liskow, CDU: Das war doch der Antrag.)

Beate Schlupp, CDU: Weitere brauche ich auch gar nicht, weil das andere erklärt sich dann von selbst.

Also wie gesagt, um noch mal zurückzukommen, der Abschnitt, der ist wörtlich abgeschrieben aus den Vorschlägen der Agrarministerin von Rheinland-Pfalz und des Agrarministers von Nordrhein-Westfalen zum Thema „Begrenzung von übermäßig großen Tierhaltungsanlagen im Außenbereich“.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir sind alles GRÜNE. Wo ist Ihr
Problem, Frau Schlupp?)

Diese wurden bereits im April dieses Jahres auf der Agrarministerkonferenz beraten.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist gut. Aber, Frau Berger, das ist ja auch in Ordnung. Wenn Frau Gerkan aber hier erklärt, „formulieren wir“,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir GRÜNE.)

dann, finde ich schon, gehört zur Ehrlichkeit dazu,

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir Bündnisgrüne.)

wer „wir“ ist.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir Bündnisgrüne.)

Aber „wir“ ist ja auch noch mehr und ich komme jetzt darauf, wer „wir“ alles noch ist.

Eine weitere Quelle ist der Fraktionsbeschluss der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.09.2012,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Auwei!)

was sich beispielsweise unter der Begründung zur Ziffer 4 Ihres Antrages ebenfalls wörtlich nachlesen lässt.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist ja ein Skandal!)

Eine dritte Quelle ist der Gesetzentwurf der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Verbandsklagerecht und den Mitwirkungsrechten für Tierschutzvereine, Drucksache 15/2380. Wörtlich nachlesen kann man Formulierungen aus diesem Gesetzentwurf unter Punkt 5 des Antrages sowie in der entsprechenden Begründung.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für eine weitere Quellensuche war mir meine Zeit dann zu schade, aber natürlich will ich mich auch mit Ihrem Antrag in der Sache auseinandersetzen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das freut uns.)

Da das Thema Tierhaltung als eines der Leitthemen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nur hier im Land das Thema Kernenergie offensichtlich ersetzen soll,

(Tilo Gundlack, SPD: Genau.)

lohnt es sich aus meiner Sicht, eine grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen.

Unbestritten ist, dass es wohl kaum jemanden geben wird, der nicht bejaht, dass Tiere schützenswert sind, dass ihnen unnötiges Leid erspart werden muss

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und Tierschutz ein wichtiges gesellschaftliches Thema ist. Auf dieser abstrakten Ebene ist sicherlich schnell Konsens zu erzielen. Problematisch, auch moralisch problematisch wird die Debatte, wenn dieser theoretische Anspruch auf soziale Wirklichkeit trifft. Neben der Forderung nach Tierschutz gibt es beispielsweise die Forderung nach hochwertigen, aber trotzdem preiswerten Lebensmitteln für alle Menschen und nicht nur in Deutsch-

land oder die berechtigte Forderung der Bauern, von ihrer Arbeit auch leben zu können.

Und hier will ich auch mal abschweifen. Selbst die Situationsbeschreibung ist von Diskutant zu Diskutant sehr unterschiedlich. Der Minister ist ja schon eingegangen auf die Debatte im Kreistag von Vorpommern-Greifswald. Und auch ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe dort ein Erlebnis der dritten Art gehabt. Frau Gerkan hat ja schon versucht zu erklären, dass es keinen Zusammenhang gibt zwischen der Welternährung und den Produktionsquoten, die es ja auch durch ökologische Tierhaltung bei der wachsenden Weltbevölkerung, schlüssig konnte sie das zwar nicht erläutern, aber die es da ja nicht geben soll. Aber im Kreistag von Vorpommern-Greifswald, und es sind hier einige anwesend, die können ja da vielleicht ein bisschen Unterstützung leisten, hat eine Kollegin erklärt, ich glaube, sie war von der Fraktion DIE LINKE, dass ...

(Manfred Dachner, SPD: Glauben
Sie das oder wissen Sie das?)

Ja, ich kannte sie nicht. Aber das ist das erste Mal, dass sie sich geäußert hat, und ich will mal wiedergeben, wie sie sich geäußert hat. Sie erklärte, es gäbe ja gar kein Problem mit der Welternährung, denn es gibt zwar viele Millionen hungernde Menschen, aber auf der anderen Seite stehen dem ja auch in den entwickelten Industrieländern eine riesengroße Zahl an Übergewichtigen gegenüber. Das ist so ungefähr die Debatte aus ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das war niemand von uns, das
war Frau Lüder von der Fraktion
„Kompetenz für Vorpommern“.)

Gut, dann war es diejenige. Ich sage ja, ich habe die ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Für das Protokoll: Es war nicht von den LINKEN.

Aber wo Frau Schwenke mich gerade anspricht, Frau Schwenke hat ja danach das Wort ergriffen und hätte die Möglichkeit gehabt, das vielleicht ein bisschen geradezurücken

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum?
Ist doch nicht unsere Fraktion.)

und vielleicht doch etwas ernsthafter

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich hatte zwei Minuten, Frau Schlupp.)

auf die Problematik der Welternährung ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
ist doch nicht unsere Fraktion.)

Ich dachte, es ist eine Debatte, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was hat das mit „Kompetenz
für Vorpommern“ zu tun?)

ich dachte es ist eine Debatte, aber möglicherweise ist es das ja auch nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat Ihre Fraktion die Kollegin dort berichtigt?)

Es ist jetzt, wie es ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Kein Widerspruch bei der CDU.)

Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, dass es schon alleine bei der Situationsbeschreibung, wie irgendjemand an das Problem herangeht, offensichtlich erheblichen Klärungsbedarf gibt. Und von daher ist es eben nicht so einseitig und nicht so linear, wenn wir das Thema Tierschutz diskutieren.

Ich will, weil ich jetzt vom Abstrakten ins Konkrete gekommen bin, auch noch mal ein völlig unverdächtiges Beispiel wählen. Stellen wir uns eine willkürlich gewählte Gruppe von Menschen vor und fragen wir sie, wie sie zum Tierschutz steht. Da würde sicherlich 100 Prozent der Gruppe sagen, Tierschutz ist wichtig. Wenn wir dieselbe Gruppe fragen, sind Sie bereit, für den Tierschutz auch höhere Preise für Lebensmittel in Kauf zu nehmen, prognostiziere ich mal, die Gruppe würde sich verringern.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

Wenn wir dann die Gruppe herausgreifen, die dazu bereit ist, und dann mal gucken würden, wie denn der Wochenendeinkauf gestaltet wird, dann würde sich sicherlich eine Gruppe herauskristallisieren, die zwar gerne theoretisch mehr bezahlen würde, aber bei ihren Wochenendeinkäufen würde sich das sicherlich noch nicht widerspiegeln.

Nun kann man ja auch immer sagen, die haben vielleicht auch nicht darüber nachgedacht. Dann stellen wir uns doch mal vor, auf diese Gruppe kommt dann die Tatsache hinzu, dass die Lebensmittel teurer werden. Wir hatten ja ein solches Beispiel, als die Milchpreise auf einmal gestiegen sind. Dann entbrannte plötzlich eine öffentliche Debatte darüber, dass wir bezahlbare Lebensmittel brauchen. Und jetzt prognostiziere ich mal, wer sich an die Spitze dieser Bewegung stellen würde.

(Karen Stramm, DIE LINKE:
Brauchen wir ja auch.)

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, dass das, was auf abstrakter Ebene relativ konfliktfrei diskutiert werden kann, in der Realität in verschiedenen Richtungen und Dimensionen Konflikte birgt. An ihnen kann nur durch eine Gesamtbetrachtung unter Abwägung aller Faktoren und auch dann nicht für alle Seiten vollbefriedigend gearbeitet werden.

Und wenn ich nun an Ihren Antrag diesen Maßstab anlege, muss ich Ihren Vorschlägen attestieren, dass im Ergebnis der moralische Nutzen vergesellschaftet, die Kosten aber privatisiert werden sollen. Dass dies nicht Ergebnis eines verantwortungsvollen Abwägungsprozesses sein kann, versteht sich von selbst.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Bei Ihren konkreten Forderungen möchte ich, um nicht Gefahr zu laufen, die Ausführungen des Ministers zu

wiederholen, nur auf einige ausgewählte Punkte Ihres Forderungskatalogs eingehen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sehr interessant.)

Ich habe hier Punkt 1, aber ich denke mal, da kann ich den Ausführungen des Ministers nichts hinzufügen, von daher gehe ich gleich weiter zu Punkt 4 Ihres Antrages.

Unter Punkt 4 fordern Sie unter anderem, dass sich die Landesregierung für ein einheitlich verpflichtendes Tierschutzlabel einsetzen soll. Da passt es ja gut, dass der Deutsche Tierschutzbund gerade kürzlich ein Tierschutzlabel auf den Weg gebracht hat, das er natürlich völlig selbstlos und sicherlich auch kostenfrei entsprechend den Betrieben wird zur Verfügung stellen und sie dann zertifizieren.

Unter Punkt 5, und da erlaube ich mir mal vorzulesen ...

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Finden Sie
die Idee jetzt doof oder gut mit dem Label?)

Ich habe mit dem Label an sich keine Probleme. Wenn Sie den Hinweis nicht verstanden haben, den ich zum Ausdruck bringen wollte, dann tut mir das leid.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil jemand
Geld damit verdient, ist es schlecht,
habe ich von Ihnen verstanden.)

Nein, ich habe damit sagen wollen – wenn Sie es denn nicht verstehen wollen, erkläre ich Ihnen das gerne selber –, dass Sie anderen immer gerne Lobbyismus vorwerfen, aber durchaus mal zur Kenntnis nehmen müssen, dass man Ihren Lobbyismus auch erkennt.

(Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Torsten Renz, CDU: Richtig. –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihrem Lobbyismus für Tiere komme ich jetzt noch. Ich bin nämlich bei Punkt 5 gelandet und den muss ich mal zitieren, damit sich dann die Ausführungen, die ich dazu machen will, auch erklären.

Unter Punkt 5 lautet die Forderung der GRÜNEN: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Gesetz über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine zu erarbeiten“

(Egbert Liskow, CDU: Das fehlt uns grade noch.)

„und dem Landtag vorzulegen. Mit diesem Gesetz soll anerkannten Tierschutzvereinen ein Verbandsklagerecht eingeräumt werden, damit sie die Interessen der Tiere als deren Treuhänder nicht nur aussprechen, sondern erforderlichenfalls auch vor Gericht geltend machen und einklagen können.“

Dieser Punkt 5, Sie erinnern sich, es ist der Gesetzentwurf aus Nordrhein-Westfalen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der GRÜNEN aus Nordrhein-Westfalen.)

Da hätten sich die GRÜNEN vielleicht auch die Stellungnahmen der dortigen Anzuhörenden zu Gemüte führen sollen, denn auf diese Stellungnahmen gehe ich jetzt etwas näher ein. Unter anderem ...

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben wir bereits alles thematisiert,
Frau Schlupp.)

Sie werden jetzt die Geduld auch haben müssen. Ich habe Ihrem emotionalen Vortrag auch aufmerksam zugehört,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von daher denke ich, Sie können sich dann auch meine Worte antun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich erlaube mir also, aus der Stellungnahme der dortigen Amtstierärzte zum Thema „Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrecht für Tierschutzvereine“ zu zitieren.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie waren bei dem Vortrag von
Frau Gerkan gar nicht da.)

Also ich bitte doch zu Protokoll zu nehmen, dass eine Prüfung veranlasst wird, wo ich wann war. Ich war mit Beginn der Sitzung, mit Beginn dieses Tagesordnungspunktes hier im Landtag. Ich habe mich ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die ersten zwei Minuten. – Zuruf von
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Komplett war ich hier, als dieser Antrag behandelt wurde, Frau Berger.

Vizepräsidentin Regine Lück: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte Sie doch wirklich bitten, sich etwas zurückzuhalten mit Ihren Fragen, hier keine Dialoge zu führen mit der Rednerin, sondern die Rednerin sprechen zu lassen, damit wir wieder zum Thema kommen.

(Torsten Renz, CDU:
Sie können doch nichtsagen,
sie war nicht da, wenn sie da war.)

Beate Schlupp, CDU: Da jetzt hier immer gerne was zu Protokoll gegeben wird, möchte ich hiermit erst mal richtigstellend zu Protokoll geben, dass ich den Landtag verlassen habe, um in Vertretung von Frau Bretschneider beim Erwerbslosenparlament das Grußwort zu sprechen. Unmittelbar nach diesem Grußwort habe ich den Landtag wieder aufgesucht und war zum Ende der Debatte des Punktes Nummer 38 wieder da, habe zu Beginn des Tagesordnungspunktes 39 dort hinten in der Bank gesessen und habe sie erst verlassen, als ich mich nach vorne ans Rednerpult begeben habe.

(Heinz Müller, SPD: Und das mit dem Grußwort war meines Wissens im Ältestenrat auch so bekannt. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

So, jetzt versuche ich es noch mal. Also ich erlaube mir aus der Stellungnahme der dortigen Amtstierärzte zum Thema „Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine“ zu zitieren. Dort heißt es: „Die Amtstierärzte sind dem Tierschutz sowohl über das Tierschutzgesetz als auch über die Berufsordnung des Berufsstandes verpflichtet.“ Weiter heißt es: „Es entbehrt jeglicher Grundlage, zu unterstellen ..., dass ein Ungleichgewicht zwischen den Tierhaltern und den Tieren besteht ... Hier wird der Berufszweig der Amtstierärzte und die Leistung aller in diesem Bereich tätigen Personen, die sich in NRW“ – denn es ist ja dieser Gesetzentwurf – „tagtäglich für den Tierschutz einsetzen, diffamiert.“

Weiter plädieren die Amtstierärzte dafür, dass, wenn Änderungen beim Tierschutz politisch gewollt sind, diese gesetzlich normiert werden und dass für die Durchsetzung weiterhin die fachlich qualifizierten Amtstierärzte zuständig sein sollen.

Zuletzt verweise ich auf die Veröffentlichung von Rolf Kemper zum Thema „Die Garantstellung der Amtstierärztinnen und Amtstierärzte im Tierschutz“ und ich zitiere: „Daher kann davon ausgegangen werden ..., dass die Tiere bereits aktive, auf gesetzlicher Grundlage eingesetzte Treuhänder haben.“ Zitatende.

Da wir das Thema „Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände“ nicht zum ersten Mal im Landtag thematisieren, hätte ich auch erwartet, dass Sie sich zu dem von mir in der letzten Debatte konkret benannten Fällen von Problemen mit dem Verbandsklagerecht äußern. Aber entweder wollen oder aber können Sie die Bedenken nicht ausräumen.

(Egbert Liskow, CDU: Beides.)

Der Punkt allerdings, der mir am besten gefällt, ist Punkt 14. Dass der aus Ihrer Feder stammt, sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das glaube ich Ihnen sofort.

Auf zweieinhalb Seiten fordern Sie im Antrag, wie Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig ausgestaltet ist, um dann im letzten Punkt die Landesregierung aufzufordern, und ich zitiere wieder, „über die bisherigen Arbeitsergebnisse der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft ‚Landwirtschaftliche Erzeugung und Markt‘, die im Auftrag der Agrarministerkonferenz zu Fragen und Problemen bei der Nutztierhaltung in Deutschland Lösungsvorschläge erarbeitet“, zu berichten. Warum, frage ich Sie, wollen Sie diesen Bericht, wo Sie doch schon dezidiert in Ihrem Antrag ausführen, wohin die Reise aus Ihrer Sicht gehen soll?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber zurück zu meinen Eingangsausführungen, dem Konflikt zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Es lässt sich immer gut argumentieren, wenn man an Probleme einseitig herangeht, wie in diesem Fall unter dem Aspekt Tierschutz. Kein Wort davon, ob alle Tierhalter unter den von Ihnen geforderten Bedingungen und auch noch ad hoc auskömmlich wirtschaften können, kein Wort davon, dass durch hohe Tierschutzstandards Tierhaltung ins Ausland verlagert wurde und die Tiere dort unter wesentlich schlechteren Bedingungen gehalten werden, kein Wort davon, dass weltweit mehr als 800 Millionen Men-

schen hungern, dass außerhalb Europas circa 50 Millionen Hektar Anbaufläche belegt sind, um die Importnachfrage in Europa zu bedienen. Dann wäre die Diskussion darüber, was unter Einbeziehung all dieser Faktoren der akzeptabelste Weg ist, ja auch nicht so einfach. Meine Fraktion wird Ihnen nicht ersparen, auch auf diese Fragen und viele weitere Fragen im Zusammenhang mit dieser Problematik eine Antwort zu geben, und lehnt Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion
der CDU und Ingulf Donig, SPD –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich am Anfang sagen, dass wir einer Überweisung dieses Antrages in den Agrarausschuss zustimmen werden. Ich würde es sogar fordern, dass wir dieses tun, auch angeregt durch die bisher gelaufene, hier schon etwas sehr emotionale Diskussion.

(Beifall Jutta Gerkan,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eine Reihe von Gemeinsamkeiten in unseren politischen Auffassungen, aber es gibt auch Unterschiede. Ich werde nachfolgend auf beides eingehen. Der Hauptgrund aber für den Vorschlag – da bin ich wieder bei meinen einleitenden Worten –, diesen Antrag zu überweisen, ist meine große Sorge, dass es zwischen den Kritikern der landwirtschaftlichen Tierhaltung und den Landwirten keine oder kaum eine Dialogbasis zu geben scheint. Das habe ich gestern in der Debatte zum anderen Antrag auch gesagt. Sowohl als agrarpolitischer Sprecher meiner Fraktion als auch als Vorsitzender des Agrarausschusses sehe ich meine vordringliche Aufgabe darin, eine Dialogbasis im Lande herzustellen und diesen Dialog zu unterstützen. In dem Zusammenhang verweise ich auf die Debatte zu unserem Antrag „Tierschutz im Land verbessern“, zu dem ich gestern hier gesprochen habe, ich will das nicht wiederholen.

Überlegenswert scheint mir aber auch zu sein, wie der Prozess der Erarbeitung des Masterplans zur Zukunft der Agrarwirtschaft, der durch das Ministerium getragen wird, stärker auf diesem Gebiet noch wirksam werden kann. Bisher scheint mir diese Plattform nicht ausreichend genutzt zu werden. Über diese Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen und verehrter Minister Dr. Backhaus, sollten wir auch anhand des Briefes des Vorsitzenden der Perspektivkommission Professor Dr. Metelmann an die Fraktionen sehr schnell nachdenken.

Meine Damen und Herren, DIE LINKE hat sich den sozialökologischen Umbau der Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben. Wir meinen damit, dass Ökologie sozial ausgerichtet sein muss, denn ohne soziale Gerechtigkeit bleiben ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweise leere Versprechungen. Elitäres Ökodenken lehnen wir bekanntlich ab. Darüber haben wir auch auf dem ersten Parlamentariertag am 13.10. meiner Partei in Dömitz gesprochen.

Auf der MeLa haben sich viele Besucher an dem Dialogforum „Perspektiven der Land- und Ernährungswirtschaft“

beteiligt. Ein Teilnehmer schrieb zum Beispiel, dass er regelmäßig beim Bauern einkauft und in der Woche 50 bis 60 Euro für Lebensmittel ausgibt. Das ist gut, dass er das tut, denn er stärkt damit regionale Kreisläufe, die wir ganz sicher unbedingt brauchen. Und das sollten noch mehr Leute tun, die sich das leisten können.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Konsequenterweise müssen wir aber auch in diesem Zusammenhang an eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten denken. Mehr regionale Produkte und deren regionales Angebot müssen wir fördern. Auch muss das Vernichten von Nahrungsmitteln dringend reduziert werden. Dieses haben wir vor einigen Wochen schon einmal hier thematisiert.

Was aber, frage ich mit Blick auf unsere soziale Verantwortung, können der Minijobber, der Leiharbeiter oder die Alleinerziehende, der Normalrentner oder die Hartz-IV-Empfänger für die Lebensmittel ausgeben? Lebensmittel und Energie müssen bezahlbar bleiben. Das ist uns wichtig, ja. Für uns gehören deshalb armutsfeste Renten und Mindestlöhne – einmal war dies heute bereits angesprochen worden, in der Anlage des Herrn Strathof – mit in diese Debatte. Wir sind auch davon überzeugt, dass Billigprodukte dann unattraktiv werden, wenn die Kaufkraft in der Breite der Bevölkerung steigt. Wenn es heute Morgen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn es heute Morgen im Radio hieß, die Milchprodukte werden um etwa 10 Cent im Handel teurer werden, dann muss man auch darauf hinweisen, dass von diesen 10 Cent maximal, und da bin ich schon sehr optimistisch, maximal 5 Cent bei den Produzenten ankommen. Auch das ist eine Frage, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Nun geht es in diesem Antrag schwerpunktmäßig um die Tierhaltung in unserem Lande. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Tierhaltung, die tier- und standortgerecht ist und zur Region passt, kein Hindernis für die Entwicklung von Tourismus- und Gesundheitswirtschaft darstellt, sondern eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Landwirtschaft ist. Unsere Vorschläge sind dazu bekannt. Maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar im Betrieb, ich wiederhole es, im Betrieb, und ausreichend eigene Flächen für die Futterversorgung und die Abprodukteverwertung und die Zahlung des Mindestlohns sind Fördergrundlagen, weil wir sozial an die Sache herangehen.

Wir müssen in dieser Diskussion um die Tierhaltung aber auch Fakten sehen und anerkennen. Meine Damen und Herren, 35 Prozent unserer Betriebe im Land haben keine Viehhaltung mehr. Und auch nicht alle Biobetriebe halten Tiere. Die Tierbestände verringerten sich, ein Blick zurück auf 1989/90, sie verringerten sich bis zum Jahre 2010 insbesondere mit Blick auf die Rinder und die Schweine, bei den Rindern von 1,3 Millionen auf 544.000 Stück, bei Schweinen, hier ist die Reduzierung noch wesentlich größer, von 2,8 Millionen auf 765.000 Stück.

Mit dem drastischen Rückgang der Tierzahlen ging logischerweise auch der Anfall von Gülle und Stallmist

im Lande zurück. Meine Damen und Herren, nur noch 40 Prozent der Ackerfläche des Landes werden mit organischer Substanz, und dazu zähle ich Gülle, Mist und Gärreste, versorgt. Der notwendige Kreislauf Boden-Pflanze-Tier-Boden als eine Voraussetzung für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, die wir ja alle wollen, ist somit nicht ausreichend gewährleistet.

Ein Blick voraus: Auch wenn alle derzeit im Bau befindlichen Anlagen über die Größe – darauf komme ich noch zu sprechen – der Tierhaltung in Betrieb gehen, bleibt Mecklenburg-Vorpommern ein an Nutztierhaltung armes Land. Wir wollen, und das sage ich ganz klar, keine Konzentration der Tierhaltungsanlagen in einigen Landesteilen. Wir brauchen überall eine regional verträgliche Tierhaltung. Wir wollen keinen Gigantismus beim Bau von Tierhaltungsanlagen. Anlagen wie in Alt Tellin mit 10.500 Sauen passen nicht in die Region. Das haben wir von Anfang an gesagt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Thomas Krüger, SPD)

Das haben wir von Anfang an gesagt. Auch wenn diese Anlage nach geltendem Recht erbaut und hoffentlich auch betrieben wird, finde ich es persönlich schade, dass sich der Bauernverband des Landes nicht gegen dieses Riesenprojekt gestellt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit, meine Damen und Herren, wurde aus meiner Sicht eine Chance vertan, ein Leitbild für ein nachhaltiges bäuerliches Wirtschaften und auch die Ablehnung dieser Anlage und des Investors durch viele regionale Mitglieder zu demonstrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wir sind auch bei Ihnen, wenn es darum geht, die Forschung stärker auf das Tierwohl und eine nachhaltige Landwirtschaft auszurichten. Sie finden dazu in unseren Anträgen sehr viele Forderungen. In Ihrem Antrag in Punkt 7 wollen Sie, dass sich die Landgesellschaft und die LMS, das ist die Beratungsgesellschaft, aus der Planung von Tierhaltungsanlagen zurückziehen. Ich glaube nicht, dass das eine sinnvolle Lösung wäre.

Auch DIE LINKE hat überlegt, wie sie damit umgeht, dass von ihr hochgeschätzte Fachleute eine Tierhaltungsanlage planen, die wir vor allem wegen ihrer Größe ablehnen. Trifft die Schuld jetzt diese Gesellschaften oder trifft es uns in der Landespolitik? Ist es besser, meine Damen und Herren, für unser Land, wenn zum Beispiel Planungsgesellschaften und Ingenieurbüros aus anderen Bundesländern diese Tätigkeiten übernehmen? Ich sage eindeutig: nein.

Hätte die Landespolitik bei Investorensuche und Standorten mehr Verantwortungsbewusstsein und Vorausschau an den Tag legen müssen, obwohl diese Anlage nach dem geltenden Recht geplant wurde? Auf jeden Fall ist übersehen worden, dass es inzwischen bei der Investition in Tierhaltungsanlagen, ob man es wahrhaben will oder nicht, um politische Dimensionen geht.

Lösen wir diese Probleme, wenn diese Gesellschaften in Zukunft keine Stallanlagen planen oder begleiten? Ich

glaube nicht, denn diese Gesellschaften haben hochkompetente Mitarbeiter und ein exzellentes Know-how, das haben sie vielfach bewiesen. Zum Beispiel hat die Landgesellschaft mit ihren Töchtern – Minister Backhaus hat diese Töchter hier ja vorgestellt – bisher etwa 1.700 Stallanlagen im Lande geplant, etliche davon im Biobereich und im Rahmen der Programme zur Verbesserung der artgerechten Tierhaltung, an denen auch die Berater der LMS beteiligt sind. Wir sollten vielmehr darüber nachdenken, wie diese beiden Kompetenzcenter, Landgesellschaft und LMS, besser noch für die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume zu nutzen sind. Ich denke dabei zum Beispiel an die Fortführung der Flurneuordnung, die wir ja hier in der letzten Sitzung beschlossen haben.

Der Vollständigkeit halber will ich noch darauf hinweisen, dass Ihre Argumentation, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Gemeinnützigkeit falsch ist. Die Landgesellschaft ist keine Religionsgemeinschaft, die nach der angeführten Abgabenordnung zu bewerten ist. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Landgesellschaft beruht unter anderem auf ihrer Tätigkeit als Siedlungsunternehmen des Landes und sie erhält daraufhin die Körperschaftsteuerbefreiung auf Grundlage des Paragraphen 5 Absatz 12 Körperschaftsteuergesetz. Die LMS hat keinen Gemeinnützigkeitsstatus, wie von Ihnen in der Begründung zu Punkt 7 behauptet. Da Sie auch von öffentlich finanzierten Unternehmen reden – hier hilft ein Blick in den Landeshaushalt, beide Gesellschaften sind nicht öffentlich finanziert.

Meine Damen und Herren, die Kritik an Fehlentwicklungen wie zum Beispiel zu hohem Antibiotikaeinsatz nehmen wir sehr ernst. Wir haben darüber ja auch im Agrarausschuss schon beraten. Zu beraten wäre aus meiner Sicht nach Vorliegen aller Ergebnisse des Antibiotikamonitorings im Lande, ob ein Landesplan zur Reduzierung auf gesetzlicher Grundlage eingeführt werden kann. Im Moment fehlt für die Umsetzung und Verbindlichkeit eines solchen Landesplanes der gesetzliche Hebel.

Wir haben kürzlich, darauf will ich an dieser Stelle hinweisen, zu unserem Antrag zur Eiweißpflanzenstrategie die Fehlentwicklung der Eiweißfuttermittelversorgung aus Übersee und deren Folgen behandelt und werden uns demnächst damit im Agrarausschuss, Sie haben alle den Fragestellungen zugestimmt, befassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erwartungen an die Landwirtschaft sind sehr hoch und vielfältig. Sie soll die Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln und Energie sichern, sie soll Arbeitsplätze in den Dörfern bieten und gut bezahlen, sie soll den Klimawandel verlangsamen und ihm trotzen und sie soll die biologische Vielfalt erhalten und wieder verbessern. Diese Erwartungen der Gesellschaft haben alle einen nachvollziehbaren Hintergrund. Mehr Nachhaltigkeit ist also notwendig, darin stimmen wir überein. Nachhaltigkeit heißt für uns aber, neben sozialen und ökologischen, auch die ökonomischen Möglichkeiten und die Grenzen der Landwirtschaft zu sehen.

Die Landwirtschaft produziert für einen, das wissen Sie, für einen offenen europäischen Markt, der es ermöglicht, zum Beispiel französischen Käse in allen Variationen jederzeit auch bei uns zu kaufen. Der Markt macht es aber auch einfach, im Ausland billig produzierte Hühner Eier in unsere Ladentheken zu bringen, wenn wir sie

nicht selbst produzieren. Wir wollen mehr regionale Kreisläufe und setzen das der Globalisierung entgegen.

Zu den Realitäten gehören auch Betriebsgrößen und -formen in unserem Lande, die die Agrarstruktur prägen. Unser favorisiertes Modell, und das wiederhole ich im internationalen Jahr der Genossenschaften hier sehr gerne, ist das agrargenossenschaftliche Modell. Das ist eine Form der Wirtschaftsdemokratie, in der die Gewinnmaximierung in aller Regel und nach Erfahrungen im Lande nicht das höchste Ziel ist. Diese Rechtsform hat sich nicht nur aus unserer Sicht bewährt und den Strukturwandel gut gemeistert. Gute Genossenschaften, gute Genossenschaften, ich wiederhole es noch einmal, stehen im ländlichen Raum besonders für eine regionale Einbindung, breite Eigentumsstreuung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, vor allem aber auch für eine vielzweigige Produktionsstruktur. Damit will ich andere Strukturen in der Landwirtschaft nicht zurücksetzen, wir sind für gleiche Chancen.

Die Debatte über kleine oder große Agrarbetriebe muss auf das wirklich wichtige Kriterium von Gemeinwohlleistungen auf der Fläche objektiviert werden. Für gleiche Umwelt- und Sozialleistungen muss auch die Förderung pro Hektar die gleiche sein. Kappung und Degression der Direktzahlungen lehnt die Linksfraktion nach wie vor ab. Wer der EU-Agrarpolitik eine Zukunft geben will, muss sie auf eine neue Grundlage stellen. Sie muss deutlich sozialer und ökologischer werden. Dann wird auch ihre Förderung weiterhin von der Gesellschaft akzeptiert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Berücksichtigung von zwei Leistungen ist der Linksfraktion besonders wichtig: der Erhalt und die Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen und die ökologische Aufwertung der Agrarlandschaft. Der Faktor Arbeit muss viel stärker in der EU-Agrarpolitik berücksichtigt werden und die Greening-Maßnahmen sind nicht nur für die Biodiversität wichtig und notwendig. Wir haben also sehr viel Diskussionsbedarf, schließlich geht es auch um die Zukunft eines Wirtschaftszweiges, der zu den erfolgreichsten und stabilsten Wertschöpfungsquellen unseres Landes gehört. Deshalb werbe ich noch einmal für die Überweisung in den Agrarausschuss. Das scheint mir das richtige Dialoggremium zu sein. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde meine Rede jetzt mal anders beginnen, als ich es vorgehabt habe.

Meine Damen und Herren, die demokratische Ordnung in diesem Land ist mir sehr wichtig.

(Stefan Köster, NPD: Die gibts nur nicht. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und Frau Gerkan hat in ihrer Rede einige Passagen gehabt, die veranlassen mich jetzt hier, darauf mal einzugehen.

Meine Damen und Herren, wir sind das Land mit der geringsten Nutztierdichte. Das hat der Minister ausgeführt. Frau Gerkan hat aber gesagt, die demokratische Ordnung ist gefährdet, wenn sich in unserer Nutztierhaltung nichts ändert. Frau Gerkan, ich möchte Sie herzlich bitten, Sie werden ja wahrscheinlich eine Entgegnung haben, genau diesen Punkt für mich herauszuarbeiten, denn ich bin gespannt, wie Sie das begründen werden. Droht eine Revolution oder droht eine Diktatur, wenn wir unsere Nutztierhaltung nicht ändern? Das würde mich echt mal interessieren, wie Sie das begründen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, ich habe vielmehr den Eindruck, dass die GRÜNEN, nachdem das Thema Atomkraft weggefallen ist, ein neues Thema suchen,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

und hier wird ein Schuldiger gesucht, das sind offenbar die Landwirte, und sich auf dieses Thema stürzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich finde das unredlich.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn Sie gestern auf der Demo gewesen
wären, hätten Sie gesehen, dass die
Landwirte auch auf unserer Seite sind.)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen eingangs von einem Treffen berichten, das ich vor Kurzem hatte, vor 14 Tagen. Es ist ein Seminar gewesen mit jungen Landwirten hier aus Mecklenburg-Vorpommern. Das sind jene jungen Menschen, die hier in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten, leben und wirtschaften, die hier Kredite aufnehmen, um Ställe zu bauen, um Zugmaschinen zu kaufen, oder anderweitig in unserem Land investieren, sind jene jungen Menschen, die Arbeitsplätze erhalten und schaffen, die ihre Familien von den Betrieben ernähren wollen und müssen, sind jene jungen Menschen, die sich nicht davon abschrecken lassen, morgens um zwei aufzustehen, um ihre Kühe zu melken, die im Sommer, wenn wir in der parlamentarischen Sommerpause sind, sich auf den Mährescher setzen oder in den Trecker und über den Acker fahren und unsere Nahrungsmittel produzieren – diese jungen Menschen tragen das wirtschaftliche Risiko, das eine landwirtschaftliche Produktion, aber, wie wir hier hören, auch die Politik mit sich bringt –, jene jungen Menschen, die bei Annahme Ihres Antrags die dann neuen Regeln auch umsetzen müssten.

Und, meine Damen und Herren, ich will Ihnen berichten, was das bestimmende Thema bei diesen jungen Menschen war in der Diskussion. Das bestimmende Thema war, wie von außen ihre Arbeit schlechtgeredet wird, wie von außen ein Bild der Landwirtschaft gemalt wird, in der Tiere gequält werden, in der die Landwirte als geldgierige Umweltvernichter dargestellt werden, die ausschließlich am kurzfristigen Gewinn interessiert sind.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Gibt es das alles nicht, Herr Krüger?)

Und wenn ich die öffentlichen Äußerungen der GRÜNEN

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Was für Beiträge?)

und auch von zwei Abgeordneten der LINKEN in der letzten Zeit – den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen – sehe, dann muss ich feststellen, dass Sie sich am Schlechtreden beteiligen.

Hier einige Zitate:

Frau Gerkan eben in ihrer Rede sprach von einer umwelt- und tierschutzfeindlichen Landwirtschaft. Da werden in einem Wisch alle Landwirte abgewatscht. Das haben Sie getan. Sie können gleich dazu Stellung nehmen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das stimmt doch überhaupt nicht, was Sie hier sagen, und schon gar nicht von Professor Dr. Tack.)

DIE LINKE, genauso ein Pressezitat, ich will es gerne zitieren: „Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass sich die Landwirtschaft immer mehr industrialisiert und der Umwelt- und der Tierschutz, aber auch der Bürgerwille vor Ort immer mehr ökonomischen Zwängen untergeordnet werden“, erklärte Frau Schwenke ...“

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Genau. Das sehe ich auch so.)

Die GRÜNEN in diesem Antrag, ich mache weiter: „Denn noch immer wird das Wohl der Tiere wirtschaftlichen Interessen untergeordnet.“

DIE LINKE, Pressemeldung: „Auch die heutige Konferenz ‚Agrarindustrie oder Garten der Metropolen‘ in Schwerin hat nach Angaben der kommunalpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Jeannine Rösler, aufgezeigt, dass eine Kehrtwende in der Politik für die ländlichen Räume erfolgen muss. ‚Wir brauchen eine Landwirtschaft, die umwelt- und artgerecht produziert und sich in regionale Wirtschaftskreisläufe einordnet.“

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was ist denn daran verkehrt? –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erkläre ich Ihnen jetzt, was daran verkehrt ist. Leider ist die Frau Rösler nicht da, ich hätte Frau Rösler sonst gesagt, Schuster, bleib bei deinem Leisten.

(Heinz Müller, SPD:
Na da ist sie auch nicht gut. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich bitte Sie!)

Ich finde es auch interessant, dass die kommunalpolitische Sprecherin der LINKEN sich zur Landwirtschaft äußert. Das kann sie gerne tun, dann muss sie es aber fachlich fundiert machen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Und das entscheiden Sie, was fundiert ist?)

Auf der von Ihnen angesprochenen Konferenz in dieser Pressemitteilung hat sich aber auch ein Geograf geäußert zur Entwicklung der Landwirtschaft und ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ein Professor der Universität Greifswald. –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ja, ich habe den gehört. Das ist der Professor, der gesagt hat, dass alles, was über 500 Hektar an Betrieben ist, eine industrielle Landwirtschaft ist. Und das ist etwas ganz Schlechtes. Und wir haben ja auch von Ihnen gehört, das wollen Sie nicht, das heißt, wir machen alle Betriebe klein. Das ist das, was dieser Geograf da geäußert hat,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nö. Ich schaue mal
nach, ob er das gesagt hat.)

jemand, der offensichtlich von dem Thema selbst keine Ahnung hat. Aber es scheint ja so, dass sich jeder ohne fachlichen Hintergrund zu diesem Thema äußern kann.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Hören Sie doch einfach mal zu!

Und, Frau Rösler, leider ist sie nicht da, wenn Sie von einer Kehrtwende in der Politik für ländliche Räume hin zu einer Landwirtschaft, die umwelt- und artgerecht produziert, sprechen, haben Sie offenbar die Entwicklung der letzten Jahre nicht verfolgt, und die GRÜNEN in ihrem Antrag genauso. Ich kann Ihnen gerne helfen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oooch!)

Wenn wir vor wenigen Jahren ...

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, hören Sie doch einfach mal zu!

Wenn wir vor wenigen Jahren noch eine Milchviehhaltung hatten, in der die Kühe angebunden waren, die Anbindehaltung, herrschen heute Laufställe vor, mit viel Licht, viel Luft, in denen sich die Tiere frei bewegen können, in denen sie beispielsweise Massagebürsten haben, die sie nach Belieben nutzen können, in denen trockene, abgetrennte Einzelboxen sind, in denen sie verweilen können.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während die Hühner vor wenigen Jahren in engen Käfigen lebten, gibt es heute in Mecklenburg-Vorpommern ausschließlich Boden- und Freilandhaltung.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber das ist alles nur
passiert, weil es die lauten Forderungen
der Bürgerbewegung gegeben hat.)

Während Schweine vor wenigen Jahren in einzelnen Boxen fixiert gehalten wurden, ist heute die Gruppenhaltung Standard, und das ist auch gut so, denn Schweine sind ja hochsoziale Tiere. In der Genetik ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Von alleine wäre doch
nie was passiert. Geben Sie es doch zu!)

Hören Sie doch bitte einfach mal zu! Sie können nachher
nach vorne kommen, können mir antworten, das Recht
haben Sie doch.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Vielleicht darf sie ja nicht reden.)

Die Genetik des Schweins ist, das wissen wir ja, dem
Menschen ja auch ähnlich, hochsoziale Tiere.

Und wenn ich mir unser aktuelles Agrarförderprogramm
ansehe, dann ist für eine Förderung notwendig, dass es
beispielsweise strukturierte Boxen gibt. Das ist wichtig für
das soziale Zusammenspiel der Gruppe. Wir haben vor-
geschrieben, dass es mehrere Spielzeuge für die Tiere
geben muss zur Beschäftigung, ganz wichtig für die Tie-
re. Es gibt einen ganzen Katalog, aus dem da die Land-
wirte auswählen können. Es ist vorgeschrieben eine
Höchstzahl an Tieren, die sich an der vom Landwirt be-
wirtschafteten Fläche orientiert.

Wir haben, sehr geehrte Damen und Herren von den
GRÜNEN, diese auf zwei Großvieheinheiten je Hektar
begrenzt. Sie wollen in Ihrem Antrag 1,7 Hektar. Einig
sind wir uns offenbar, dass es eine Bindung, eine Grö-
ßenbindung am zur Verfügung stehenden Boden geben
soll. Dissens haben wir in der Größenordnung.

Die Entwicklung hin zu mehr Tiergesundheit und besse-
ren Tierhaltungsanlagen und strengeren Vorschriften
gehen weiter, denn noch immer ist nicht alles gut, das
betone auch ich. Ich betone aber auch, dass die Landwir-
te Planungssicherheit brauchen. Die leben davon.

Aber vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, die ich
eben auch aufgezeigt habe, in den letzten Jahren davon
zu sprechen, dass wir eine Kehrtwende hin zu einer
Landwirtschaft, die umwelt- und artgerecht produziert,
machen sollen, heißt, die Entwicklung der letzten Jahre
nicht wahrgenommen zu haben. Diese Kehrtwende ist
längst da. Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob
sie weit genug gegangen ist. Das können wir machen,
das ist ja auch legitim. Damit beschäftigt sich der Antrag
der GRÜNEN ja auch.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber vor der Entwicklung die Augen zu verschließen,
heißt, bewusst die Branche schlechtzureden. Das will ich
noch mal ganz deutlich hier sagen. Und, meine Damen
und Herren, dass sich die jungen Landwirte vor diesem
Hintergrund dieser ständigen öffentlichen negativen Äu-
ßerungen Sorgen machen, das kann ich sehr gut ver-
stehen.

Für meine Fraktion möchte ich betonen, dass wir eine
differenzierte Betrachtung der Branche wollen. Die über-
große Mehrheit der Landwirte arbeitet selbstverständlich
so, dass sie ihre Böden schützen, die Fruchtfolgen ein-
halten, sie arbeiten so, dass sie für ihre Tiere die mög-
lichst besten Haltungsbedingungen haben, und sie arbei-
ten, die Landwirte sagen, nach den Regeln der guten
fachlichen Praxis. Dass es in jeder Branche, auch in der
Landwirtschaft, schwarze Schafe gibt, gehört zur Wahr-

heit, das will ich auch ausdrücklich betonen. Kollege
Tack hat gestern hier das Beispiel des Putenhalters aus
Niedersachsen gebracht. Das ist ein abscheuliches Ver-
halten, was da an den Tag gelegt worden ist. Ich finde es
nur schlimm, wenn diese abscheulichen Beispiele immer
für die gesamte Branche herhalten müssen. Das haben
die Landwirte nicht verdient.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Meine Damen und Herren, es gibt Entwicklungen im
Land, auch das ist von mehreren Rednern angesprochen
worden, deswegen will ich es kurzhalten, die auch wir
kritisch sehen. Anlagen wie in Alt Tellin und Medrow
wollen wir nicht.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Medow.)

Medow, Entschuldigung.

Wir halten solche Anlagen in Hinsicht auf den Seuchen-
schutz, Brandschutz und im Hinblick auf die Auswirkun-
gen auf die Umwelt für höchst problematisch.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich steckt im
Wort „Landwirtschaft“ auch das Wort „Wirtschaft“. Das
heißt, dass die Landwirte sich in einem Wettbewerb be-
finden und eben nicht in einem luftleeren, von der Politik
frei zu gestaltenden Raum. Es hat Zeiten gegeben, in
denen die Landwirtschaft staatlich organisiert war. Es hat
mehr schlecht als recht funktioniert.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ja.)

Es hat Zeiten gegeben, in denen die EU den Markt regu-
liert hat. Diese marktregulierenden Elemente haben wir
bewusst abgebaut und wir bauen sie nach wie vor ab,
Stichwort „Milchquote“. Wir hatten Entwicklungen wie
Butterberge, Milchseen, und diese Dinge haben diesen
Abbau auch notwendig gemacht. Geblieben ist ein Markt,
ein weitgehender Markt, der sich nach wirtschaftlichen
Grundregeln aufstellt. Die Landwirte haben in ihrem
marktgerechten Verhalten jedoch eine ganze Palette von
Umwelt- und Tierschutzauflagen einzuhalten.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr richtig.)

Ich will hier nur die Cross Compliance nennen. Hier wer-
den im internationalen Vergleich hohe und höchste Stan-
dards im Umwelt- und Tierschutz erreicht,

(Dr. Till Backhaus, SPD,
und Heinz Müller, SPD: Ja.)

aber auch bei der Sicherheit des Futters und der Le-
bensmittel. Ein ganzes Heer von Kontrolleuren ist unter-
wegs, um diese Standards zu überprüfen, und den
Landwirten drohen bei wiederholten Verstößen schmerz-
hafte finanzielle Einbußen.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, gibt es
auch noch Verbesserungsmöglichkeiten. Auch wir Sozi-
aldemokraten wollen eine Landwirtschaft, die sich noch
weiter in Richtung Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz
entwickelt, dies aber vor dem Hintergrund der wirtschaft-
lichen Rahmenbedingungen und ohne die Landwirte
unter Generalverdacht zu stellen. Viele dieser Änderun-

gen lassen sich nur im europäischen Rahmen durchsetzen. Europa ist für uns ganz wichtig, um annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen für unsere Betriebe zu schaffen beziehungsweise zu erhalten.

Und ja, meine Damen und Herren, wir haben eine gesellschaftliche Debatte zur intensiven Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren, wir haben Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung bei der Ansiedlung von großen Tierhaltungsanlagen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Untertreibung!)

Kommen Sie doch nach vorne, reden Sie nachher! Alles gut, Sie können ja erwidern.

Es gibt bei uns Menschen, die intensive Halteanlagen unserer Nutztiere und die Umweltverträglichkeit in der Landwirtschaft kritisch hinterfragen. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach preislich erschwinglichem Fleisch und Fleischwaren unverändert hoch. Der Verbraucher schaut eben zuerst auf den Preis, das ist leider so. Gemessen an diesen Ansprüchen müssen wir die Haltungsformen unserer landwirtschaftlichen Nutztiere immer wieder auf den Prüfstand stellen. Das ist ein Prozess.

Die Haltungsformen landwirtschaftlicher Nutztiere sind für uns aber nur eine Seite der Anforderungen der Gesellschaft an die Agrarwirtschaft der Zukunft. Da unterscheiden wir Sozialdemokraten uns von Ihnen, meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr Antrag ist ein Katalog kleinstelliger Maximalforderungen aus eingeschränkter Sicht. Derartige Fragestellungen werden wir, wollen wir komplex betrachten, komplex hinsichtlich aller damit im Zusammenhang stehenden Aspekte.

Als Ausdruck für diese Vorgehensweise sehe ich die vom Landwirtschaftsminister initiierte Erarbeitung eines Masterplans zu den Perspektiven der Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. In einem, wie ich finde, beispielhaften breiten gesellschaftlichen Dialogprozess wird eine Perspektivkommission „Mensch und Land“ bis zum Sommer 2013 einen Masterplan für die Gestaltung einer nachhaltigen umwelt- und tiergerechten Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ausgearbeitet. Im Dialogforum des Ministeriums heißt es, ich zitiere: „... ein besseres Verständnis von Produzenten und Verbrauchern füreinander ist die Basis für den Erfolg von morgen ... effizient, sozial und umweltfreundlich ... für Mensch und Land.“ Das ist unser Ansatz, liebe Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Aber noch einmal zu Ihrem Antrag: In einem umfangreichen Katalog werden Forderungen an die Gesetzgebung des Bundes, zum Baugesetzbuch, Bundes-Immissionsschutzgesetz, zum Tierschutzgesetz, zur Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung aufgeführt. Auch wir sehen im Zusammenhang mit dem eingangs Gesagten die Notwendigkeit, den rechtlichen Rahmen anzupassen. Einige von Ihnen aufgeführte grundsätzliche Problemstellungen gegenüber der Bundesebene sind längst Anträge der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag beziehungsweise des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat gewesen. Die SPD fordert auf Bundesebene seit Langem im Zusammenhang mit der Nutztierproduktion eine eingehende Überprüfung der Baugesetzgebung, des Bundes-Immissionsschutzgesetzes mit den entspre-

chenden Verordnungen, des Tierseuchenrechts, des Tierschutzgesetzes, der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung sowie der Düngeverordnung und der Umweltgesetzgebung – alles ohne dass es einer Aufforderung Ihrerseits dazu bedurfte.

Die Punkte 5 bis 13 des Antrages sind direkt an die Landesregierung gerichtet. Dazu nur so viel: Frau Feike hat zum Punkt 5 gestern zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „Tierschutz im Land verbessern“ unsere Position dargestellt. Ich erspare mir deshalb, das hier noch mal zu wiederholen.

Punkt 6, da gehts um Antibiotika. An einem Antibiotikaminimierungskonzept wird bereits gearbeitet, das wissen Sie auch. Sie haben die Forderung aufgestellt, dass es jährliche Berichte geben soll. Ich habe mit dem Ministerium noch mal telefoniert. Man hat mir ausdrücklich gesagt, dass es schwierig wäre, arbeitstechnisch zu schaffen, jährlich einen Bericht zu machen. Ich glaube, wir sollten das miteinander mal diskutieren. Mir ist wichtig, dass dieser Prozess breit aufgestellt wird, eben nicht nur auf die Hähnchenmast, sondern dass wir ihn breiter aufstellen. Und da ist, glaube ich, dann die Frage, ob das jährlich oder vielleicht zweijährig ist, eine Frage, über die man miteinander ins Gespräch kommen kann.

Zum Punkt 7, da ist hier mehrfach angesprochen worden, wir schätzen die fachliche Kompetenz der Landgesellschaft und der LMS bei Planungsleistungen. Der Hinweis, den Sie in Ihrer Begründung gegeben haben, auf die öffentliche Förderung, trifft für diese Planungsleistungen nicht zu, weil sich das im kommerziellen Bereich befindet und kostenpflichtig ist. Beide Organisationen haben eben einen eigenen und einen übertragenen Wirkungskreis, und das ist schlicht und einfach der eigene Wirkungskreis.

Die Problemstellungen in den Punkten 8 bis 13 sind Dinge, bei denen ich Sie herzlich bitten würde, die im Prozess bei der Erarbeitung des Masterplans mit einzubringen.

Der Punkt 14 kann im Agrarausschuss behandelt werden. Ich habe noch nicht erlebt, dass der Vorsitzende einen Punkt nicht auf die Tagesordnung genommen hat, wenn Informations- und Diskussionsbedarf war, und ich habe auch nicht erlebt, dass das Ministerium sich geweigert hat, dann zu diesem Punkt Auskunft zu geben.

Insofern bedarf es eines solchen Antrags an dieser Stelle nicht. Meine Damen und Herren, wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Krüger, wie fatal die Landwirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Deutschland für unsere Heimat ist, wird schon dadurch deutlich, dass die bäuerlichen Betriebe oder die Anzahl der bäuerlichen Betriebe sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Deutschland seit Jahrzehnten dramatisch zurückgeht.

Die Ursache liegt in den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die den Bauern mittlerweile die Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes betriebswirtschaftlich gar nicht mehr ermöglichen. Das sind die Rahmenbedingungen, die Sie den Bauern hier im Land geben. Überall im Land regt sich breiter Protest gegen geplante oder schon bestehende Tierfabrikanlagen, Anlagen, in denen zumeist Zigtausende Tiere zusammengepfercht werden. Manch einer nennt diese Anlagen auch Tier-KZs.

Im Punkt 15 unseres Aktionsprogrammes zur Landtagswahl, zur letzten Landtagswahl, haben wir Nationalen folgende Aussage getroffen, Zitat: „Die deutsche Landwirtschaft muss wieder den Stellenwert eines zentralen Wirtschaftszweiges erhalten. Dabei gilt es, mit landwirtschaftlichen Produkten eine weitgehend nationale Eigenversorgung anzustreben. Bei der Produktion sind bestmögliche ökologische Herstellungsbedingungen zu beachten. Der deutsche Bauernstand ist in wirtschaftlicher, volksbiologischer und kultureller Hinsicht von größter Bedeutung, woraus sich eine Schutzpflicht des Staates ergibt.“ Zitatende.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Diese Forderung schließt eigentlich die gegenwärtigen Zustände und die Ausmaße der industriellen Tierhaltung mit all ihren Verwerfungen und ihren Fütterungsmethoden von vornherein aus. Trotzdem sind wir im gleichen Punkt 15 noch einmal speziell auf die Massentierhaltung eingegangen. Ich zitierte dieses ja gestern schon an dieser Stelle, Zitat: „Der Massentierhaltung, die ohnehin Gefahren wie Pandemien, Überdüngung und medikamentöses Doping in sich birgt, gilt es Einhalt zu gebieten. Wir verlangen artgerechte Tierhaltung. Die Unterstützung für den Bau von Tierfabriken, die zudem kaum Arbeitskräfte binden und die Attraktivität ländlichen Lebens durch Transporte, Gestank und Emissionen mindern, ist unverzüglich einzustellen.“ Zitatende.

Diesen Aussagen aus unserem Aktionsprogramm sind sowohl in der letzten als auch in der gegenwärtigen Landtagsperiode viele Beispiele praktischer Umsetzung vorausgegangen beziehungsweise gefolgt. In einer ganzen Reihe von Anträgen, Anfragen, Druckschriften und Redebeiträgen ist immer wieder von uns gegen die in unserem Bundesland weit verbreitete industrielle Landwirtschaft im Allgemeinen und insbesondere gegen die Massentierhaltung vorgegangen worden.

Die Liste unserer Initiativen für den Verbraucherschutz und für bessere natürliche Lebensmittel ohne Gifte sowie gegen den heimischen Anbau von genmanipulierten Nahrungs- und Futtermitteln sowie deren Import und für einen heimischen, möglichst biologischen Anbau derselben ist lang. Die Anträge anderer Parteien dazu werden von uns darüber hinaus unterstützt. Immer wieder haben wir Stellung gegen die gegenwärtigen industriellen Zustände und für eine bäuerliche ökologische Landwirtschaft bezogen. Wir forderten und wir fordern daher die Rückbesinnung auf eine natürliche Landwirtschaftsstruktur, in der viele kleine und mittelständische Landwirtschaftsbetriebe, die mit einer größeren Artenvielfalt auf dem Acker und im Stall gesunde Lebensmittel herstellen, die diesen Namen auch verdienen, tätig sind. Dass dazu wesentlich mehr Arbeitskräfte gebraucht werden, war und ist uns bewusst und von uns auch so gewollt, denn diese Arbeitskräfte siedeln mit ihren Familien auf dem

Land und nicht in der Stadt. Uns war und ist vollkommen klar, dass damit auch höhere Endverbraucherpreise verbunden sind. Aber auch dieses war und ist von uns gewollt. Wir streben und wir streben eine bedarfsdeckende Volkswirtschaft an und nicht die Befriedigung des Weltmarktes.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Unsere nationale Landwirtschaftspolitik basiert nicht auf der Exportorientierung in Richtung Afrika, Asien oder Amerika. Und wenn gerechte Löhne gezahlt werden, darf für das Fleisch auf dem heimischen Markt selbstverständlich auch ein angemessener Preis verlangt werden. Wenn dann insgesamt zudem weniger Fleisch konsumiert wird, kommt das der Volksgesundheit und somit auch dem gesamten Gesundheitswesen zugute.

Es bestand und besteht keine Notwendigkeit, dass der deutsche Konsument an der Fleischtheke nur die besten Stückchen aussucht und die Reste in die Dritte Welt verramscht werden. Ich betonte es schon häufiger an dieser Stelle und ich werde es jetzt auch noch mal tun: Die Preise für EU-Hühnchenreste in Afrika liegen teilweise unter der Hälfte des Preises, für den der afrikanische Bauer herstellen kann. Mit unseren Fleischresten wird ihm die Arbeitsgrundlage entzogen und er wird in Teilen dahin auswandern, wo er bessere Lebensverhältnisse vermutet und meist auch vorfindet. Und dazu gehört nun einmal auch die Europäische Union und vor allem auch Deutschland. Auch der Verzicht auf überflüssigen Export kann ein Beitrag zur Entwicklungshilfe und zur Hilfe vor Ort sein.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Wir verlangten und wir verlangen artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben und nicht die Massenproduktion in Fabriken.

(Thomas Krüger, SPD: Wann waren Sie denn mal im Stall und haben sich das angeguckt?)

Für uns Nationalen ist dieses eine grundsätzliche Frage und somit auch eine moralische und ethische Frage, eine Frage des Prinzips. Unser Handeln steht auf der Grundlage ökonomischer wie ökologischer Vernunft und bedeutet für uns, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und zu erhalten, kurze Transportwege, Unabhängigkeit vom Ausland, gesunde Erhaltung unseres Heimatbodens, den wir nicht selber besitzen, sondern nur von unseren Ahnen zur Weitergabe an unsere Enkel anvertraut bekamen, Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen und das Vertrauen in unsere heimischen Produkte.

Wir von der NPD unterstützen alle Maßnahmen, die geeignet sind, eine tierschutzgerechte, umweltschonende und flächengebundene Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern durchzusetzen und umzusetzen,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die Bauern verzichten
alle auf Ihre Unterstützung. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und stimmen deshalb dem Antrag zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Lück.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Noch so 'ne Nichtlandwirtschaftsexpertin!)

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Meine Ausführungen konzentrieren sich

(Unruhe bei Thomas Krüger, SPD, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

auf die Antragsthemen – Herr Krüger, hören Sie gut zu! –

(Heinz Müller, SPD: Ihre Fraktionskollegen lenkt ihn gerade ab.)

meine Ausführungen konzentrieren sich auf die Antragsthemen zur Raumordnung und zum Emissionsschutz. Ich betone das besonders, da Sie ja hier vorhin Kritik geübt haben

(Heinz Müller, SPD: Er ist ganz schön mutig, ne?!)

so nach dem Motto, es sollte sich nicht jeder zu allen Themen äußern. Da wäre ich doch ein bisschen vorsichtig.

Gleich zu Beginn meiner Rede beantrage ich, neben dem Überweisungsvorschlag von Professor Dr. Tack auch eine Überweisung vorzunehmen in den Wirtschafts- und Energieausschuss. Auch halte ich eine sachliche und fundierte Diskussion gerade in diesen Ausschüssen für ganz dringend erforderlich.

In der vergangenen Wahlperiode thematisierte meine Fraktion ja einige der im Antrag genannten Punkte, so im Antrag „Nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume durch regionale Vielfalt sichern“. Diesen Antrag hatten wir im Juli 2010 eingebracht und es ist es wirklich wert, noch mal die Forderungen von damals hier zu wiederholen.

Erstens. Emissionen und Belastungen für Mensch und Umwelt durch Tierhaltung müssen minimiert werden, indem unter anderem auf die Anwendung des aktuellen Standes der Technik hingewirkt wird.

Zweitens. Das Landesraumentwicklungsprogramm muss der zunehmenden Bedeutung raumordnerischer Belange im Zusammenhang mit Tierhaltung und Bioenergieanlagen gerecht werden.

Drittens. Das Baugesetzbuch ist mit dem Ziel zu ändern, die baurechtliche Privilegierung für Tierhaltungsanlagen abzuschaffen,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Am besten alles verbieten.)

die nicht den Begriff der Landwirtschaft im Sinne des Paragraphen 201 des Baugesetzbuches erfüllen, Herr Minister.

Es gibt durchaus Übereinstimmungen mit dem vorliegenden Antrag der Bündnisgrünen.

Nun zur Ziffer 1 des Antrages. Seit Februar liegt ein Referentenentwurf zur Änderung des Baugesetzbuches auf Eis. Das wissen ja auch alle hier im Raum, oder fast alle. Er sieht vor, für größere Vorhaben zum Bau von Tierhaltungsanlagen die Außenbereichsprivilegierung abzuschaffen. Besteht die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung, muss künftig ein Bebauungsplan Baurecht schaffen. Und ich beziehe mich insbesondere auch auf die Schwellenwerte, die aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und auch dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz stammen. Also meine Beispiele sind nicht frei erfunden, sondern die belegen sich genau auf diese beiden Gesetze.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das liegt jetzt hier.)

Bei Mastschweinen heißt das konkret, dass jede Anlage ab 3.000 Plätzen nicht mehr im Außenbereich per se genehmigungsfähig wäre, im Einzelfall kann diese Schwelle auch bei 1.500 oder 2.000 Mastschweinplätzen erreicht sein. Laut Antrag soll nicht erst abgewartet werden, was die Vorprüfung ergibt, sondern die Privilegierungen entfallen, sobald eine Vorprüfung vorgeschrieben ist. Bei Mastschweinen würde die Schwelle dann generell bei Anlagen ab 1.500 Plätzen liegen.

Ich bringe eine dritte Möglichkeit ins Spiel. Die Privilegierung sollte entfallen, wenn ein förmliches Verfahren nach der Vierten Bundes-Immissionsschutzverordnung durchzuführen ist. Bei meinem Beispiel für Mastschweine würde das bei Anlagen von 2.000 Plätzen der Fall sein. In den Fachausschüssen sollten wir wirklich darüber diskutieren können, welche Schwellenwerte denn die richtigen wären. Das muss man natürlich fraktionsübergreifend tun.

Noch wichtiger ist es jedoch, dass unser Land im Bundesrat überhaupt der Teilaufgabe der Privilegierung zustimmt. Es wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Und das Land sollte Druck machen, dass endlich die Baugesetzbuchnovelle auf den Weg gebracht wird.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Haben Sie mir nicht zugehört? Habe ich russisch gesprochen? Ich habe deutsch gesprochen.)

Allerdings hält sich meine Hoffnung in Grenzen. Kürzlich sprach die Landgesellschaft in einem Vortrag zur Novelle des Baugesetzbuches im Rahmen einer Mitgliederversammlung der Thünengesellschaft von Problemen. Eines davon sei die Abhängigkeit des Investors von der Einstellung der Kommune. Sieht dies das Agrarministerium auch so, wäre das fatal.

Ich sage deutlich: Meine Fraktion will die demokratische Mitbestimmung der Kommunen stärken. Derzeit spielt der gemeindliche Planungswille bei den Genehmigungsverfahren faktisch keine Rolle, und das kann nicht sein.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!)

Für Gewerbeansiedlungen sind Bebauungspläne zwingend vorgeschrieben: Die Gemeinde bestimmt, welches Gewerbe sie wo und in welchem Umfange ansiedeln will. Das muss künftig auch für gewerbliche Tierhaltung gelten. Im Rahmen von Bauleitplanungen sind gemeindliche Interessen zur Entwicklung mit den Interessen des Investors in Einklang zu bringen. Durch Kompromisse werden

natürlich auch Konflikte minimiert, sei es das Finden des optimalen Standortes im Gemeindegebiet oder einer regional verträglichen Dimension gewerblicher Tierhaltung. Die Öffentlichkeit muss von Anfang an in die Planung einbezogen werden. Das sind Vorteile auch für den Investor. Er erhält Planungssicherheit und dadurch natürlich auch Akzeptanz.

Was im Antrag fehlt, ist eine Abgrenzung gewerblicher und landwirtschaftlicher Tierhaltung. Einige Forderungen in Ziffer 1, so zur Futtergrundlage und zur Verwertung der Abprodukte, setzen sich mit dem Begriff „Landwirtschaft“ auseinander. Paragraph 201 des Baugesetzbuches enthält eine Legaldefinition zum Begriff „Landwirtschaft“. Die gültige Definition geht auf eine Änderung des Baugesetzbuches aus dem Jahr 2004 zurück. Die erfolgte unter Rot-Grün und wurde auch vom damaligen Bundesumweltminister Trittin unterzeichnet.

In der Begründung der Gesetzesänderung heißt es dazu, ich zitiere: „Landwirtschaft ... im Zusammenhang mit Tierhaltung und Tierzucht liegt nur vor, wenn sie ‚auf überwiegend eigener Futtergrundlage‘ erfolgt. Daraus wurde teilweise gefolgert, dass nicht nur das Futter für die Tiere zu mehr als der Hälfte auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Flächen erzeugt ..., sondern auch tatsächlich verfüttert werden muss ... Diese Betrachtungsweise entspricht jedoch nicht den heutigen Abläufen in der Landwirtschaft.“

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja. Ja.)

„Auch in flächenbezogenen Tierhaltungen wird das erzeugte Futter verarbeitet, bevor es an die Tiere verfüttert wird. Die Änderung soll dies berücksichtigen. Es soll mithin ausreichen, wenn genügend landwirtschaftlich genutzte Flächen, die zum landwirtschaftlichen Betrieb gehören, zur (überwiegenden) Futtererzeugung vorhanden sind.“

(Dr. Till Backhaus, SPD: 50 Prozent.)

„Auf die unmittelbare Verfütterung des erzeugten Futters an die Tiere soll es daher für den baurechtlichen Begriff der Landwirtschaft nicht mehr ankommen ...“ Zitatende.

Ich will die Debatte mit dieser Äußerung versachlichen und anregen, im Agrarausschuss darüber zu reden, inwieweit diese Begriffsdefinition noch aktuell ist, oder wäre sie zu ergänzen um Aussagen zur Verwertung der Abprodukte und sollte sie sich deutlicher von gewerblichen Tierhaltungen abgrenzen.

Die Ziffer 2 des Antrages befasst sich mit den Grundlagen für die Genehmigung und den Betrieb von Tierhaltungsanlagen. Auch meine Fraktion zweifelt, dass die technischen Anleitungen und Regelungen zum Immissionsschutz noch dem aktuellen Wissensstand entsprechen und für immer größer werdende Anlagen anwendbar sind. Deshalb gehören die Genehmigungs- und Betriebsgrundlagen auf den Prüfstand. Meine Fraktion unterstützt das ausdrücklich. Dazu sollten wir uns im Wirtschaftsausschuss verständigen.

Auch Ziffer 8 findet die Zustimmung meiner Fraktion. Die Pannen bei der Genehmigung der Schweinezucht-

anlage Alt Tellin zeigen deutlich, dass die mit der Genehmigung befassten Behörden wahrscheinlich überfordert waren.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, richtig. Richtig.)

Hervorragende Arbeit leistete jedoch der Landkreis, der kräftezehrend die Bauarbeiten überwachte und auch Unregelmäßigkeiten aufdeckte. Das will ich hier ausdrücklich noch einmal würdigen.

Zu guter Letzt gehe ich auf Ziffer 9 ein, die dafür wirbt, in den regionalen Raumentwicklungsprogrammen künftig Eignungsgebiete für die Tierhaltung festzulegen. Auch damit sollten wir uns im Energieausschuss eingehend auseinandersetzen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das überlegen
Sie sich mal richtig. Haben Sie das
mit Dr. Tack schon abgestimmt?)

Die Länder gehen unterschiedlich heran bei den Eignungsgebieten. Sollte die Handhabung im Land wie bei Windeignungsgebieten erfolgen, wäre außerhalb dieser Eignungsgebiete Tierhaltung ausgeschlossen.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Das wäre die Abkehr von einer flächendeckenden Landwirtschaft. Innerhalb der Eignungsgebiete würde sich dagegen die Tierhaltung konzentrieren. Das würde meine Fraktion nicht mittragen. Das sage ich hier auch noch mal ausdrücklich.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Wir wollen keine Verhältnisse wie im Emsland, wir wollen die Land- und Ernährungswirtschaft flächendeckend, nachhaltig und auch multifunktional ausrichten. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gerkan.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, dass vonseiten der LINKEN so inhaltlich und sachlich argumentiert wurde. Vielen Dank dafür.

Vorab noch eine Bemerkung: Ich halte es für gut, wenn wir Bündnisgrüne bundesweit durchaus einheitliche und vergleichbare Positionen haben.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Aber nicht in
allen Fällen. Das ist ja euer Problem.)

Ich möchte Ihnen gerne ein paar weitere Fakten an die Hand geben.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Zurück zum Gewässergütebericht 2008. Der zeigt Nitratbelastungen von über 100 Milligramm Nitrat pro Liter im

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, wo ich herkomme,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das haben Sie vorhin schon mal gesagt.)

insbesondere im Bereich Hohen Wangelin.

Zitat aus dem Bericht: „Hier bestand von 1975 bis 1990 eine industrielle Rindermastanlage, aus der regelmäßig große Mengen Gülle auf den umliegenden Flächen ausgebracht wurden. Der Standort wird weiterhin landwirtschaftlich, aber auch zur Tierzucht genutzt.“

In einem Gutachten werden auch acht Jahre nach der intensiven Nutzung des Standortes noch sehr hohe Nitratgehalte festgestellt. Der Trend zu auffällig hohen Werten besteht fort. Regelmäßig werden in diesem Areal Mittelwerte von über 300 Milligramm Nitrat pro Liter im Grundwasser gemessen. Spitzenwerte erreichen sogar 600 Milligramm Nitrat pro Liter. Das ist eine zwölfwache Überschreitung des Grenzwertes, der bei 50 Milligramm liegt. Dieses Grundwasser ist nicht ansatzweise zu menschlichem Verzehr geeignet,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das müssen Sie an die SED richten, den Vorwurf, in der Vergangenheit.)

und nicht einmal als Gießwasser für Ihr Gemüse im Garten. 55 Prozent aller Grundwassermessstellen in Mecklenburg-Vorpommern weisen regelmäßig Grenzüberschreitungen mit Konzentrationen von über 100 Milligramm Nitrat pro Liter auf. Diese Beispiele belegen, es besteht durchaus ein akuter Handlungsbedarf.

Die Stickstoffbilanz in der Landwirtschaft oder der Stickstoff muss reduziert werden und bei allen Überlegungen in dieser Richtung muss die industrielle Tierhaltung eine gewichtige Rolle spielen, wobei wir durchaus nicht sagen, dass ganz Mecklenburg-Vorpommern durch industrielle Tierhaltung belastet ist. Das möchte ich sehr wohl sagen hier an der Stelle.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ist schon mal ein interessanter Ansatz.)

Das haben wir auch nie behauptet.

So sollten, um einen lokalen Nährstoffkreislauf sicherzustellen, neue Tierhaltungsanlagen im Außenbereich nur noch unter der Voraussetzung genehmigt werden, dass der anfallende Wirtschaftsdünger im eigenen oder in landwirtschaftlichen Betrieben in einem Umkreis von 20 Kilometern – das können wir auch noch in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren – ausgebracht und verwertet werden kann.

Ein nächster Punkt, auf den ich vorhin noch nicht zu sprechen kam, sind Antibiotika. Bei diesem Thema geht es wirklich ums Eingemachte, nämlich die menschliche Gesundheit. Und auch die hartgesottensten Befürworterinnen und Befürworter der industriellen Tierhaltung dürften an diesem Punkt nachdenklich werden. Rupert Ebner, ehemaliger Vizepräsident der bayerischen Landestierärztekammer, sagte im September 2011 der „Süddeutschen Zeitung“: „In neun von zehn Praxen, in denen ein Landwirt den Tierarzt um eine Flasche Penicillin bittet“, meine Damen und Herren, „bekommt ein Tier-

halter das Medikament sofort – auch ohne Untersuchung.“

Die im Jahr 2011 verabreichten 1.734 Tonnen Antibiotika bedeuten gegenüber dem Jahr 1997 eine Verdopplung. Zudem handelt es sich dabei um die 40-fache Menge an Antibiotika, wie sie in der Humanmedizin zum Einsatz kam. Das System der industriellen Tierhaltung, und dies wird mit derartigen Zahlen klar, lässt sich nur durch hohe Gaben an Medikamenten aufrechterhalten, die den dortigen Haltungsbedingungen, der Tiergesundheit und letztendlich, und dies macht die Sache besonders brisant, auch der menschlichen Gesundheit nicht förderlich sind. Später werde ich noch auf ein paar weitere Details eingehen.

Zum Thema multiresistente Keime: Schwedische Wissenschaftler haben 2011 gezeigt, dass die in den Ställen eingesetzten Antibiotika über die Exkremente der Tiere in den Boden und die Gewässer gelangen und dort bei Bakterien zu Resistenzen führen können. Es können darüber hinaus aber bereits Resistenzen entstehen können, Entschuldigung. Und die sind nicht irgendwo, sie befinden sich auch bereits bei uns in den Küchen.

Untersuchungen von Geflügelfleisch in Nordrhein-Westfalen und deutschlandweite Stichproben des BUND wiesen multiresistente Keime, zum Beispiel Staphylococcus aureus auf Hähnchenfleisch, nach. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern berichtet zudem über die Verbreitung von multiresistenten Keimen über die Abluft von Tierhaltungsanlagen. So wurden diese Keime noch in bis zu 500 bis 1.000 Metern Entfernung von der Anlage entfernt in Wohnbebauung gefunden.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir brauchen Filter.)

Genau.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass in Schweden die Grenzwerte für Antibiotikarückstände in Tierexkrementen deutlich niedriger liegen als bei uns. Auch in Dänemark gibt es bereits seit 1995 ein integriertes System zur Überwachung von Antibiotikaresistenzen und seit 2000 ein Monitoringsystem für den Antibiotikaverbrauch in der Nutztierhaltung.

Die jüngsten Festlegungen von Ministerin Aigner im deutschen Arzneimittelgesetz reichen bei Weitem nicht aus. Die Bundesregierung verfehlt damit die Ziele, die die Europäische Arzneimittel-Agentur 2011 vorgegeben hat. Diese möchte, dass die erhobenen Daten Aufschluss geben über den Antibiotikaeinsatz pro Tierart und pro Produktkategorie und dabei auch die Dosierung und die Behandlungsdauer für jedes Antibiotikaprodukt entsprechend berücksichtigen.

Doch warum gehen Schweden und Dänemark anders mit der Problematik um? Ist man dort überempfindlich oder ist es nicht vielmehr so, dass die begründete Vorgehensweise der Skandinavier Anlass sein sollte, auch hier in Deutschland bestehende Regelungen zu überprüfen? Wir meinen, ja. Die Senkung der Antibiotikagaben werden wir allerdings nur hinbekommen, wenn wir die Haltungsbedingungen in den Tierhaltungsanlagen verändern.

Meine Damen und Herren, ich komme noch mal zurück zur Landgesellschaft. Was noch nicht gesagt worden ist, ist, dass es hier einen eindeutigen Interessenkonflikt gibt.

Sehr geehrter Herr Minister Backhaus, Sie sitzen dort im Aufsichtsrat, sind dort zuständig für die Planung in dieser gemeinnützigen GmbH und sind zuständig für die Planung der Tierhaltungsanlagen und gleichzeitig oberster Aufsichtsherr

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

der genehmigenden Behörden, der StALUs. Das ist schon sehr eigenartig.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, meinen Sie, dass ich da wirklich zuständig dafür bin?)

Sie sitzen im Aufsichtsrat.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Für konventionelle und nicht tiergerechte Haltung von Nutztieren darf es keine finanzielle Förderung aus öffentlichen Mitteln geben. Zu groß sind die gesamtgesellschaftlichen Lasten, die beispielsweise durch konzentrierte Stickstoffausträge und Medikamentenrückstände in den Gewässern und im Grundwasser zu schultern sind. Insgesamt sind die Förderbedingungen des Landes noch weit von der Förderung tiergerechter Nutztierhaltung entfernt,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Was heißt das? Erklären Sie das mal!)

die den Tieren den notwendigen Respekt entgegenbringen

(Dr. Till Backhaus, SPD: Erklären Sie das mal!)

und entsprechend hohe Beschäftigung,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Erklären Sie das mal!)

also vonseiten der Menschen, Beschäftigung im ländlichen Raum ermöglichen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Aber die Tierhaltungssysteme, erklären Sie doch mal, was Sie da wollen!)

Um eine Tierhaltung zu etablieren, die eine lebenswerte ländliche Entwicklung fördert,

(Beifall Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Till Backhaus, SPD: Wie? Wie soll das aussehen? Erklären Sie das mal!)

statt diese zu zerstören, legen wir Ihnen dieses Arbeitsprogramm – das ist ja noch nicht fertig –,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ach so!)

wir legen Ihnen dieses Arbeitsprogramm, was wir heute mitgebracht haben, vor und wir würden uns freuen, wenn

wir gemeinsam mit Ihnen die einzelnen Punkte weiter durchgehen könnten. Von daher plädiere ich dafür, es federführend in den Agrarausschuss zu überweisen und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss und in den Energieausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Oh, jetzt gibt es noch mal eine Lehrvorführung.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf die ganzen Anfeindungen will ich überhaupt nicht eingehen, die halte ich für völlig daneben und ich will mich an solchen Dingen auch nicht beteiligen.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE –
Dr. Till Backhaus, SPD:
Aber Sie sind der Auslöser.)

Ich will nur eins richtigstellen: Sie sind auf den Antrag eingegangen, den der Kreistag Vorpommern-Greifswald in der vergangenen Sitzung verabschiedet hat. Wenn Sie richtig informiert wären, dann wüssten Sie, dass es diesen ersten Punkt im Beschluss text nicht mehr gab, auch schon vor der Einbringung in den Kreistag, weil wir im Interesse – sowohl die GRÜNEN als auch wir –, im Interesse einer breiten Mehrheit gesehen haben, dieser Punkt ist nicht mehrheitsfähig, also haben wir gesagt, wir verzichten darauf.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Aber Sie haben es doch versucht. Sie haben es versucht. Das haben Sie hier dargestellt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ist das verboten? – Dr. Till Backhaus, SPD: Nee.)

Ja, natürlich. Ich habe ja auch gar nicht gesagt, dass wir nicht auch unterschiedliche Auffassungen haben,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Was Herr Tack sagt und was Sie sagen, ist ein riesiger Unterschied.)

aber wir sind ja auch lernfähig und haben im Interesse einer breiten Mehrheit – ich wiederhole das noch mal – auf diesen Punkt verzichtet.

Ansonsten steht in diesem Antrag nichts, was dem geltenden Recht widerspricht, sondern wir fordern einfach nur die Verwaltung und die Behörden im Landkreis auf, das zu nutzen an Spielraum, was auch da ist, nämlich dass bei solchen Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt werden müssen, zwingend Raumordnungsverfahren verlangt werden sollen, dass wir Brandschutzgutachten haben wollen und Keimgutachten – das sind alles keine Dinge, die das Gesetz verbietet –, und wir bitten die Landrätin oder wir fordern sie auf, die Landrätin, mit dem Regionalen Planungsverband sich ins Benehmen zu setzen und diese Dinge einfach zu berücksichtigen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Das ist der Inhalt dieses Antrages und der widerspricht keinem Gesetz, sondern der entspricht unserer Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger dieses Kreises. Aber ich möchte noch auf ein paar andere Dinge eingehen, die jetzt hier im Laufe der Diskussion auch genannt worden sind.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sehen sehr wohl, und ich denke, das haben Sie sowohl im Vortrag von Herrn Professor Tack als auch von Regine Lück gemerkt, wir sehen sehr wohl, dass es ökonomische Zwänge gibt für die Landwirte in diesem Land, und nicht nur hier in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sondern weit darüber hinaus, die Sie vermeintlich zu Dingen zwingen, die Ihnen vielleicht selber gar nicht so angenehm sind. Denn ich unterstelle niemandem – das habe ich noch niemals getan, Herr Dr. Backhaus, und tue das auch jetzt nicht –, dass bewusst Landwirte Tiere quälen. Darum geht es überhaupt nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Till Backhaus, SPD:
Worum geht es denn?)

Das will ich Ihnen jetzt sagen,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Na, da bin ich gespannt.)

allerdings nur einen Punkt, auf vieles sind meine Kollegen schon eingegangen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es wird immer gesagt, billige Nahrungsmittel seien gewünscht. Andererseits beklagen wir alle, dass zu viele Nahrungsmittel vernichtet werden. Natürlich ist ein Zusammenhang, mein Kollege Professor Tack hat das hier zum Ausdruck gebracht ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Und das war's.)

Das war's. Schade. Das war's. Deshalb bin ich – ich höre auch auf –, deshalb bin ich dafür, überweisen wir den Antrag, führen wir die Diskussion an anderer Stelle fort. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Will jetzt der
Minister noch mal reden?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ums Wort gebeten hat noch mal der Abgeordnete Dr. Backhaus.

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, ich bin natürlich sehr froh, Frau Präsidentin, dass meine Fraktion noch Redezeit hat. Ich gehöre meiner Fraktion an und deswegen möchte ich zwei, drei Richtigestellungen noch vornehmen.

Zum Ersten: Ich bin hier von Herrn Ritter und auch eben gerade noch mal wieder angesprochen worden, auch von Herrn Tack, ich muss Ihnen das jetzt ausdrücklich sagen, jetzt bin ich da mal so förmlich, dass die Politik hätte Medow – ich nehme jetzt nur den Fall Medow heraus – verhindern können.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer ein bisschen Gedächtnis hat – hier ist jetzt die linke Seite zwar leider nicht mehr am Zuhören –, den bitte ich einfach mal aufzunehmen: Für das Verfahren, Frau Schwenke, in Medow, Sie werden sich jetzt erinnern können, hoffe ich jedenfalls, waren Sie damals zuständig, das Umweltministerium unter Herrn Professor Methling. Ich betone hier an dieser Stelle ausdrücklich, Medow ist im September 2002 genehmigt worden. Und Sie nicken jetzt mit dem Kopf, das heißt, Sie können sich sehr gut erinnern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich erregte
mich wegen Alt Tellin, Herr Minister.)

Und das ist nicht durch mich entschieden worden, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Erzählen Sie nicht schon
wieder irgendwelchen Unsinn!)

Jedes Mal, wenn Sie dann auch der Wahrheit ins Gesicht schauen müssen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dann fangen Sie an,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Alt Tellin, wollte ich hören.)

irgendwelche Dinge hier in die Welt zu setzen

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie lügen schon wieder.)

und wider besseres Wissen solche Dinge in den Raum zu stellen.

(Beifall Manfred Dachner, SPD)

Ich betone noch mal hier öffentlich, dass 2002 Herr Professor Methling und damit DIE LINKEN verantwortlich waren für das Genehmigungsverfahren in Medow.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und ich betone,
dass ich wegen Alt Tellin protestiert habe
und nicht wegen Medow. Erzählen
Sie nicht schon wieder so einen
Unsinn, Sie Oberkluger!)

Auch so, wegen Medow nicht, sondern wegen Alt Tellin.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, genau diesen Unsinn.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Also, meine beiden Herren, bitte keine Dialoge.

Dr. Till Backhaus, SPD: Das heißt, das heißt ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sehen Sie, ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Dr. Backhaus, Entschuldigung.

Dr. Till Backhaus, SPD: ... Sie ziehen sich, Sie ziehen sich doch selber ins Lächerliche.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind oberlächerlich.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Dr. Backhaus!

Dr. Till Backhaus, SPD: Medow gilt nicht.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Jetzt rede ich!

(Glocke der Vizepräsidentin)

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, bitte?

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich habe gebeten, einmal zur Ruhe zu kommen, ...

Dr. Till Backhaus, SPD: Ich bin doch ganz ruhig.

Vizepräsidentin Silke Gajek: ... und bitte Sie, hier in diesen sachlichen Dialog wieder einzutreten, nicht in den Dialog, sondern in die Debatte, und bitte hier jetzt Herrn Backhaus nochmals ums Wort.

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, und deswegen möchte ich das hier an dieser Stelle noch mal betonen, weil mir wird ja immer wieder vorgeworfen, ich wäre derjenige, der verantwortlich sei für die Planungs- und letzten Endes damit auch für die Genehmigungsverfahren.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wer „ich“?)

Ich in persona Backhaus

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie als Abgeordneter.)

mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Als Minister.)

als Verantwortlicher eines Ministeriums.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Als Aufsichtsratsvorsitzender.)

Und, Herr Saalfeld, ja, ich spreche hier als Abgeordneter. Ich sage das auch in aller Klarheit und ich sage das hier in aller Deutlichkeit: Wer hier in diesem Lande nicht weiß, wie die Verwaltungsorganisation ist, der muss sich damit auseinandersetzen. Ja, Frau Gerkan, Sie müssen da mal ins Organigramm gucken und müssen sich dann mal anschauen,

(Zuruf von Jutta Gerkan,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wer eigentlich, welches Ministerium für die Leitsätze und letzten Endes damit auch im Verantwortungsbereich für den Immissionsschutz und für den Abfall zuständig ist. Und das Gleiche gilt dann auch für die linke Seite. Da gibt es eben auch bestimmte Verantwortungen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Und ich will mich da auch überhaupt nicht rausreden, aber wenn Sie mir vorwerfen, ich würde in einem Unternehmen qua Amt, qua Amt als Aufsichtsratsvorsitzender tätig sein, dann will ich Ihnen an dieser Stelle noch mal betont unterstreichen, dass dieses Unternehmen eine für mich sehr saubere Trennung bedeutet zwischen dem, was ich in Funktion mache, und auch bei der Überwachung im Rahmen von Genehmigungsverfahren umgesetzt wird. Und deswegen noch mal: Man sollte immer möglichst bei der Wahrheit bleiben,

(Peter Ritter, DIE LINKE,
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

man soll sich dabei immer schön im Spiegel,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

immer schön im Spiegel wiedererkennen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, genau,
Herr Backhaus, immer schön bei der Wahrheit
bleiben! – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, bei der Wahrheit bleiben.)

Und wenn Sie dazu in der Lage sind, dann können wir uns auf Augenhöhe wieder begegnen. Achten Sie darauf!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Es sind jetzt keine Redebeiträge mehr auf meiner Liste. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1232 ...

(Unruhe bei Dr. Till Backhaus, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Herren, ich möchte ...

Damit die Abstimmung dann auch korrekt erfolgt, wiederhole ich noch mal: Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1232 zur federführenden Beratung an den Agrarausschuss sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Energieausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der SPD und der CDU und keinen Enthaltungen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1232. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1232 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Internetfähigen Computer als soziokulturelles Existenzminimum anerkennen, Drucksache 6/1223.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Internetfähigen Computer als sozio-
kulturelles Existenzminimum anerkennen
– Drucksache 6/1223 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil vom 9. Februar 2010 dem Gesetzgeber Folgendes unmissverständlich mitgeteilt, ich zitiere: „Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“ Zitatende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen alle, noch in den 90er-Jahren war das Internet eher etwas für Computefreaks und vor allem für die jüngere Generation. Die Nutzung des Internets war zwar auf dem Vormarsch, das breite gesellschaftliche Leben hatte es jedoch noch nicht bestimmt. Mit anderen Worten, es ging auch recht gut ohne Internet. Heute, wissen wir, sieht die Sache anders aus. Ob Google, Facebook, Twitter, YouTube oder eBay, ob Onlinebanking, E-Mails checken, Nachrichten lesen oder einfach nur zu kommunizieren, die Digitalisierung der Gesellschaft ist in vollem Gange und hat bereits unsere Arbeits- und Lebensbedingungen nachhaltig verändert. Über 75 Prozent der deutschen Bevölkerung im Alter von über 14 Jahren verfügen bereits über einen Internetzugang. Das ist die Lebenswirklichkeit im Zeitalter der Digitalisierung. Für die Teilhabe an einer digitalisierten Gesellschaft ist ein persönlicher Internetzugang heute eine unverzichtbare materielle Voraussetzung.

Die gesellschaftliche Teilhabe an der modernen Lebenskultur und Struktur einer digitalisierten Gesellschaft zeichnet sich unter anderem durch soziale Kontakte, Einkäufe, Informationen, Weiterbildungen oder Jobsuche im Internet aus und es ist erst dann gewährleistet, wenn auch ein persönlicher Computer mit Internetzugang vorhanden ist. Die Anforderungen des modernen Arbeitsmarktes setzen Flexibilität und Mobilität auch über weite Entfernungen voraus. Erwerbslose Menschen mit geringem Einkommen oder einer Behinderung sind besonders auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen, das ist bekannt. Genauso sind diese Menschen auch auf das Internet angewiesen, da das Geld zumeist knapp ist, um Freunde im Café zu treffen, Zeitungen zu abonnieren oder Kontoführungsgebühren zu bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Bereich der öffentlichen Institutionen lässt sich die Digitalisierung beobachten. Informationen, Formulare, Kontaktdaten oder gar Gesetzestexte sind bereits online verfügbar. Selbst die Kontaktaufnahme via Chat oder E-Mail ist häufig sogar erwünscht und nicht selten tragen Stellenangebote die Bemerkung: „Schicken Sie uns Ihre Bewer-

bung per E-Mail zu.“ Aber wie soll das funktionieren ohne eigenen Computer mit Internetzugang?

Nachrichten und Informationssendungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten wie auch Verbraucherportale setzen auf starke Internetpräsenz. Mit Verweisen auf tagesschau.de oder ZDF-Mediathek wird stets ein Internetzugang vorausgesetzt. Laut (N)ONLINER Atlas der Initiative D21, Deutschlands größter Studie zur Internetnutzung, waren zu Beginn der Datenerhebung in 2001 etwa 37 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahren online. Durch die Einführung der Breitbandtechnologie stieg diese Zahl rasant an. Schon 2005 waren bereits über 55 Prozent online und in diesem Jahr, wie gesagt, fast 76 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Trends sind nicht nur positive Entwicklungen verbunden, die Studien haben auch ergeben, dass die digitalisierte Gesellschaft stark gespalten ist, was vor allem auch auf eine soziale Spaltung zurückzuführen ist. Während insgesamt immer mehr Menschen online gehen, reduziert sich das Offline-sein immer deutlicher auf Menschen in prekären Lebenslagen. Bei Haushaltseinkommen unter 1.000 Euro ist mit 54 Prozent nur etwas über die Hälfte online. Bei Haushaltseinkommen zwischen 1.000 und 2.000 Euro sind es 66 Prozent, zwischen 2.000 und 3.000 Euro bereits über 83 Prozent und bei einem Haushaltseinkommen von mehr als 3.000 Euro sind es sogar knapp 93 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fakt ist also, dass sich mit steigendem Einkommen auch die Internetnutzung erhöht oder im Umkehrschluss, je geringer das Einkommen, desto weniger Internetnutzer. Das ist leider die Realität, auch in unserem Land. Und es kommt noch ein weiterer Fakt hinzu, dass nämlich der Onlineanteil auch mit der Höhe des Bildungsabschlusses ansteigt. Während bei Personen mit Abitur oder Studium der Anteil bei über 90 Prozent liegt, ist mit knapp über 60 Prozent bei Personen mit formal einfacher Bildung, Volks- oder Hauptschule ein vergleichsweise sehr geringer Anteil von Internetnutzern zu verzeichnen. So belegen die ostdeutschen Bundesländer allesamt die untersten Ränge des Rankings.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fakten bedeuten also, dass der Zugang zum Internet und den damit verbundenen Angeboten gegenwärtig stark vom Bildungs- und vom Einkommensniveau abhängt und somit auch von der sozialen Herkunft, und das darf nicht sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Auch Menschen mit niedrigen Einkommen müssen einen Zugang zu diesen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Teilhabemöglichkeiten haben. Nun argumentieren einige so, dass doch jeder in den Jobcentern oder in den Bibliotheken freien Zugang zum Internet hätte, und das auch noch kostenlos. Diesen rate ich, sich einmal die Situation in den Jobcentern oder Büchereien anzusehen. Mit Warteschlangen, Zeitbeschränkungen für die Nutzung, starren Öffnungs- beziehungsweise Schließzeiten sind diese formalen Möglichkeiten der Internetnutzung keine praktischen Lösungen für den Alltag. Natürlich ist es ausreichend, um gelegentlich mal die eine oder andere Information einzuholen, aber es ist nicht ausreichend, um am Alltagsleben einer digitalisierten Gesellschaft teilhaben zu können.

Darüber hinaus werfen sich noch eine Reihe weiterer Fragen auf, zum Beispiel: Was ist mit denen, die kein Auto haben, kein Fahrrad oder sogar gesundheitliche Probleme und damit in ihrer Bewegung eingeschränkt sind? Viele leben vor allem in unserem Bundesland in infrastrukturschwachen Regionen, weit entfernt von öffentlichen Institutionen.

Uns reichen also diese formalen Zugangsmöglichkeiten nicht aus. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die tatsächlichen Zugangsmöglichkeiten ein, die auch realitäts-tauglich sind und den Menschen wirklich helfen. Und mal Hand aufs Herz: Wer von Ihnen würde im Falle von plötzlicher Erwerbslosigkeit nicht zunächst lieber selbstständig, anonym und ungestört in den Jobbörsen und Stellenangeboten des Internets recherchieren wollen, bevor er staatliche Hilfe annimmt? Und auf die Zusätze bei den Stellenangeboten: „Bitte schicken Sie uns Ihre Bewerbung per E-Mail“, habe ich schon verwiesen.

Die Benutzung des Internets wird also mehr und mehr ein Grundbedarf. Daher muss es für alle Bürgerinnen und Bürger einen uneingeschränkten beziehungsweise zeit- und ortsunabhängigen Zugang geben. Die Kosten für die Internetnutzung sind bereits im Regelsatz berücksichtigt. Das ist gut, aber eben nicht ausreichend. Die dem SGB II zugrundeliegende Einkommens- und Verbraucherstichprobe von 2008 sieht für Kommunikationsdienstleistungen wie Internet und Onlinedienste ganze 2,26 Euro vor.

(Jörg Heydorn, SPD: Pro Tag.)

2,26 Euro. Kommen Sie damit aus am Tag, Herr Heydorn? Was soll man dazu sagen? Tucholsky würde sagen, das Gegenteil von Gut ist nicht Böse, sondern gut gemeint. Vor allem aber stellt sich doch die Frage: Was nützt ein Internetanschluss, wenn es für dessen Nutzung gar keinen Computer gibt, Herr Heydorn? Aus der Stichprobe für Datenverarbeitungsgeräte und Software geht ein Regelsatz von 3,44 Euro pro Monat hervor. Würden Sie damit auskommen? Aber nein, wir haben ja unsere Geräte hier zum Teil kostenlos erhalten. Also das ist alles bei Weitem nicht ausreichend, liebe Kolleginnen und Kollegen. Für die 3,44 Euro lässt sich die notwendige Software nicht erwerben und erst recht nicht ein eigener Computer. Gut gemacht sieht also wirklich anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, die Regelbedarfe nach SGB II und SGB XII erhöhen sich dadurch, das ist uns völlig klar, die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe sozial Benachteiligter aber auch. Und deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen etwas unüblichen, aber dennoch herzlichen Dank an unseren Praktikanten Jan Heidergott, der sich stark in dieses Thema eingearbeitet hat und die Grundlage für diese Rede geliefert hat. – Herzlichen Dank, Jan.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Internet ist aus unserer Lebenswelt nicht mehr wegzudenken. Es ist eine der wichtigsten Informationsquellen geworden. Herr Ritter hat dazu ausgeführt und an der Stelle auch meinen Respekt, wenn in dieser ganzen Debatte Regelsätze, wenn das ein Praktikant gemacht hat. Ich persönlich finde, das ist eine ziemlich komplizierte Materie. Wenn man da mal einsteigt, wie so ein Regelsatz ermittelt wird, also das ist dann schon eine gute Leistung. Ich bin mal gespannt auf den zweiten Teil der Rede, ob der auch so sachlich ist.

Zur Frage dieser Informationsquelle und der positiven Bedeutung und auch Wichtigkeit für alle Menschen hat Herr Ritter ausgeführt. Und ich schließe mich dem an, will aber hier sagen, dass ich die uneingeschränkte Nutzung des Internets auch kritisch sehe. Das bezieht sich aber nicht nur auf SGB-II-Empfänger, sondern es bezieht sich auf alle Bevölkerungsgruppen, das will ich ausdrücklich sagen.

Ich habe vor 14 Tagen eine Klinik besucht für Kinder und Jugendliche, die sich mit Abhängigkeiten beschäftigt, und das ist eine Klinik, die sich schon sehr frühzeitig mit Medienabhängigkeit beschäftigt hat, und dieser Besuch und diese Problematik hat mir sehr zu denken gegeben. Ich will es nur voranschicken, dass ich glaube, dass man das nicht alles nur beschönigen kann. Für die soziale Teilhabe ist nicht nur das Internet wichtig, sondern wichtig, dass eben auch wirklich soziale Teilhabe und Begegnung weiterhin mit echten Menschen stattfindet, wenn ich das mal so sagen darf.

Aber das spielt für die Bewertung, ob es zum soziokulturellen Existenzminimum gehört oder nicht, keine Rolle, denn es ist nicht nur eine Frage, wie gesagt, wo sind die Chancen und Risiken von Mediennutzung, nicht nur eine Frage der Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, sondern aller, das will ich ausdrücklich betonen. Aber mir war es wichtig, das auch noch mal zu sagen, weil wir sicherlich in der Debatte vor allem die positiven Seiten und die Notwendigkeit der sozialen Teilhabe vor dem Hintergrund von Mediennutzung beleuchten. Und ich wollte nur daran erinnern, dass es, glaube ich, eine würdige Diskussion ist, vielleicht auch mal im Gesundheitsausschuss, wo sind auch Risiken.

Zurück zu den positiven Seiten: Das Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums umfasst sowohl die physische Existenz des Menschen als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Und Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz gibt einen solchen Leistungsanspruch dem Grunde nach vor. Natürlich gewährleistet der internetfähige Computer ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlich-kulturellen und politischen Leben. Und der in pauschalierter Form gezahlte Regelsatz ermöglicht es den Leistungsberechtigten, in eigener Verantwortung entsprechend den Wünschen, Bedürfnissen, Neigungen frei zu entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben. Sie müssen niemand Rechenschaft ablegen, für welche Anschaffung sie welche Geldleistung aufgewandt haben. Und das ist jetzt, finde ich, der spannende Punkt an der Diskussion.

Wir sind uns einig, dass der Internetzugang – und dazu gehören nicht nur die laufenden Kosten, sondern auch der Computer – zum soziokulturellen Existenzminimum gehört. Die Frage ist: Wie sichert man ihn dann ab im Rahmen der Grundsicherung? Und wir hatten in der Vergangenheit die Variante, dass einzelne, gerade größere Anschaffungen eben Sonderbedarfe waren, ich erinnere auch an die sogenannte weiße Ware wie Kühlschränke. Und man ist dann – und das wurde alles einzeln beantragt und auch bewilligt – später, wie ich finde, zu einem richtigen Ansatz gekommen, dass man gesagt hat, diese ganzen Einzelabrechnungen sind auch ziemliche Bevormundungen, man müsste eigentlich weg vom Warenkorb, weg davon, dass wir als Politik sagen, das und das braucht jemand, hin dazu, dass wirklich die Leute frei entscheiden können, und deswegen ist man ja zum Regelsatz nach Verbrauch gekommen.

Und wie läuft es? Im Grunde wird diese Grundsicherung, der Regelsatz danach bemessen, was die unteren 15 Prozent derjenigen, die arbeiten gehen und ein Einkommen haben, ausgeben. Das wird aufgelistet und das, was sie dann ausgeben, wird sozusagen als Grundsicherung genommen. Und da sind natürlich dann einzelne Bestandteile drin, je nachdem, wie sich die Verbraucher in den unteren 15 Prozent Einkommen verhalten haben. Aber diejenigen, die den Regelsatz bekommen, müssen natürlich nicht die und die Euro für das ausgeben, sondern sind insgesamt mit dem Regelsatz frei, zu entscheiden, was sie ausgeben, wobei ich ausdrücklich sagen muss, diese Freiheit ist stark eingegrenzt, weil niemand wirklich glauben kann, dass man mit dem Regelsatz irgendwelche großen Sprünge machen kann. Deswegen kann auch nur eins sein: Die Grundsicherung, egal wie man sie ausgestaltet und welche Höhe sie hat, darf immer nur eine Überbrückung sein.

Am Ende muss unser Ziel bleiben, dass die Menschen eben gerade nicht von Grundsicherung dauerhaft leben müssen. Und bei dieser Bemessung des Regelsatzes will ich ausdrücklich vorwegschicken, dass ich es nicht für richtig halte, dass nur die 15 Prozent der unteren Einkommen genommen worden sind, sondern wir haben immer vertreten, auch in den Verhandlungen zum neuen Regelsatz, dass wir die unteren 20 Prozent nehmen müssen und auch die Aufstocker rausnehmen müssten. Das war und blieb immer strittig, deswegen könnte der Regelsatz an der Stelle auch anders sein. Inwieweit das okay ist, werden noch Gerichte entscheiden. Bisher haben jedenfalls Gerichtsentscheidungen auch den Regelsatz bestätigt, aber es gibt Sozialgerichte, Ländersozialgerichte, die den Regelsatz dann doch wieder dem Verfassungsgericht vorgelegt haben. Diese Frage eben, ob die Bemessungsgrundlage ausreicht, bleibt weiter strittig.

In diesem Verbrauch, der jetzt zugrunde gelegt worden ist, ist auch ein Verbrauch für Kommunikationsmittel drin und ein Verbrauch für die Anschaffung von Geräten. Und bei dem Verbrauch von Kommunikationsmitteln wurde ja schon vorgetragen, dass man für Internet und Online-dienste 2,28 Euro ansetzt, weil diese 2,28 Euro ausgegeben worden sind, aber man muss der Vollständigkeit halber sagen, dass es außerdem in diesem Regelsatz noch Beiträge für Kommunikationsleistungen, Telefon, Fax und Telegramm für 25,05 Euro insgesamt gibt, und deswegen kann man schon zu der Entscheidung kommen, dass diese 25 Euro insgesamt sicherlich nicht üppig sind, aber dass es schon möglich wäre, über eine Flat-

rate die laufenden Kosten zu bestreiten, immer unter der Voraussetzung, dass es um den notwendigen Bedarf geht.

Was viel schwieriger ist: Wie komme ich dann zu einem internetfähigen Anschluss? Das hat Herr Ritter ja auch vorgetragen. Da gibt es natürlich die Möglichkeiten bei Jobcentern und Bibliotheken, immer zeitlich eingeschränkt, das ist klar, wenn mehrere sich das teilen müssen, aber auch hier sind Beträge enthalten im Regelsatz. Und da wurde jetzt vorgetragen der Betrag 3,44 Euro für den Computer selbst. Ja, das stimmt, aber es gibt insgesamt einen Betrag für regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben für einen Erwachsenen, die fangen beim Buch an, gehen über den Fernseher bis hin zum Computer, und die bemessen sich insgesamt auf 39 Euro. Und denjenigen steht natürlich frei, zu entscheiden, wollen sie überhaupt den Computer oder wollen sie lieber etwas anderes.

Allerdings will ich auch sagen, die Erfahrungen zeigen, und da rede ich gar nicht über den Computer, sondern eher über notwendige Sachen oder auch dringend notwendige Sachen wie Waschmaschine und Kühlschrank, dass es ganz schwierig ist für diejenigen Menschen, die mit diesen Regelsätzen klarkommen müssen, sich etwas anzuspüren. Und deswegen hatten wir auch in der Debatte über die Neubemessung der Regelsätze zum Beispiel den Vorschlag: Wollen wir nicht doch wieder zur alten Regelung kommen? Damals war weiße Ware im Gespräch, dass wir den Kühlschrank, die Waschmaschine lieber extra sozusagen befürworten, extra bescheiden und dann auch das nicht mehr als kleine Eurostücke sozusagen im Regelsatz haben, damit diejenigen wirklich die Chance haben, an das Gerät zu kommen.

Ich glaube, vor dem Hintergrund der Strompreise wäre es sowieso wünschenswert, dass man da noch mal ein Auge drauf hat. Darüber wurde diskutiert im Bundestag und im Bundesrat bei der Bemessung der Regelsätze. Dafür gab es keine Mehrheit, wieder diesen Weg zu gehen. Deswegen müsste man ja jetzt, wenn man sagt, ein Sonderbedarf für Computer – jeder kriegt extra einen Computer –, auch diesen Weg gehen. Dafür gibt es derzeit keine Mehrheiten. Und man muss sich über eins bewusst sein, dann muss man die Anteile aus dem Regelsatz rausnehmen, weil sonst ist es auch nicht mehr rechtskonform. Und dann würden wir den Regelsatz senken. Das wäre natürlich auch problematisch.

Deswegen kann man nur die grundsätzliche Diskussion, ob bestimmte Geräte wieder extra beschieden werden, also ob sie als Anteil im Regelsatz sein sollen, diese grundsätzliche Diskussion kann man meines Erachtens nur im Rahmen der Neubemessung der Regelsätze, die ja dann auch wieder ansteht, wenn die Einkommensverbraucherstichprobe kommt, debattieren, weil es darf auch nicht dazu führen, dass dann am Ende im Regelsatz etwas gestrichen wird, seien es auch nur 3 oder 5 Euro. Denn schließlich gibt es Menschen, die würden sich im Rahmen dieses Regelsatzes nicht für einen PC entscheiden, weil sie vielleicht sagen, die Zugänge, die sie haben, reichen ihnen aus, oder weil sie es vielleicht auch gar nicht wollen. Das gibt es ja auch. Und die zu bestrafen und denen was rauszustreichen, ist nicht richtig.

Diese Meinung hatte ich übrigens auch zum Beispiel bei den Dingen, die Frau von der Leyen rausgestrichen hat wie Schnittblumen. Die Idee des Regelsatzes ist,

dass wir nicht den Menschen vorschreiben, was sie davon kaufen, sondern dass wir uns genau angucken, was verbrauchen die anderen. Das wird zusammengerechnet und geht in den Regelsatz.

Zum Schluss möchte ich sagen, ich glaube, dass vielen in der Linkspartei es ein Anliegen ist, an der Stelle hinzuschauen, dass die Teilhabe gesichert wird. Was ich aber am Ende nicht verstehe, ist, dass Sie dann, wenn Sie ganz konkret was erreichen können, nie mit an Bord sind. Und ich habe eben darüber gesprochen, dass diese Fragen, die sich hier beim Computer stellen, wir schon sehr intensiv diskutiert hatten beim Thema „weiße Ware“, wo wir uns sicherlich einig sind, dass wir dort das gleiche Thema oder die gleiche Problematik haben. Dann verstehe ich nicht, dass immer dann, wenn wir was erreichen, die Linkspartei nicht mehr an Bord ist.

Ich will sagen, dass die Neubemessung der Regelsätze dazu geführt hat, dass zum 1. Januar 2011 der Regelsatz um 5 Euro gestiegen ist, zum 01.01.2012 um 10 Euro und er jetzt auch ab 01.01.2013 für Alleinstehende um weitere 8 Euro steigt. Das sind zusammen 296 Euro in 2011, 2012, 2013 für einen Einzelnen. Dann kommt es natürlich darauf an, wenn man in einer Familie ist, erhöht sich das. Und ich finde, da es ein kleiner Regelsatz ist, zählt jeder Euro. Und dass Sie da dann nicht an Bord sind, wenn Sie was konkret erreichen können für die Leute, macht es ein bisschen unglaublich, wenn Sie immer andere Anträge in dieser Frage stellen.

Zum Schluss ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich war bei diesen Verhandlungen nicht dabei, Frau Ministerin.)

Die Linkspartei war eingebunden in die Verhandlungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich war bei diesen Verhandlungen nicht dabei, Frau Ministerin.)

Sie haben Vertreter im Vermittlungsausschuss und die waren nicht interessiert an Einigungen.

Wir sind uns darüber einig, dass am Ende das alles nicht üppig ist. Aber gerade weil es nicht üppig ist, zählt jeder Euro. Und dass es dann am Ende SPD, CDU und FDP sind, die diese Verbesserungen auf den Weg bringen, muss auch der Linkspartei zu denken geben. Der Antrag, so, wie er jetzt vorliegt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

kann jedenfalls als Bundesratsinitiative nicht eingebracht werden. – Vielen Dank.

(Beifall Vincent Kokert, CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Im Gegensatz zu unseren Diätenerhöhungen. Das ist das sozial Ungerechte dabei. –
Ministerin Manuela Schwesig: Man darf nicht nur fordern, man muss auch handeln. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Dann handeln Sie! –
Ministerin Manuela Schwesig: Sie haben nicht gehandelt. Wir haben insgesamt für 296 Euro mehr gesorgt. Das müssen Sie auch mal zu hören bekommen. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Wie großzügig! Das kriegen Sie mit einer Diätenerhöhung.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Ritter! Frau Schwesig! Ich bitte, von Dialogen abzusehen, und ansonsten gibt es hier vorne noch das Redner/-innenpult.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein internetfähiger Computer soll als soziokulturelles Existenzminimum nach SGB II anerkannt werden. Mit anderen Worten: Jeder SGB-II-Empfänger beziehungsweise Personen in Bedarfsgemeinschaften sollen mit einem eigenen Computer ausgestattet werden, wobei der Antrag an diesem Punkt nicht so ganz deutlich wird. Soll es denn nun der Internetzugang sein, der ja bereits anerkannt ist – das wissen wir auch –, oder darf es denn gern noch ein bisschen mehr sein?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie haben Sie es denn zu Hause, Frau Friemann-Jennert?)

Ich komme gleich darauf, Herr Ritter.

Dann sprechen wir an dieser Stelle über den – Sie sagen – „unpfändbaren“ PC an sich.

Ich habe eben mal schnell nachgeschaut, was aktuelle PC-Technologie für den Hausgebrauch ist: zumindest ein Windows-8-Premium-PC mit mindestens 4x3.000-Megahertz-Prozessor, 2.000-Gigabyte-Festplatte, 16.384 MB DDR3-Arbeitsspeicher, mit Full-HD-LED-Monitor und Blu-Ray-Laufwerk. Diese PC sind interaktiv nutzbar, also auch für die Nutzung der viel gescholtenen PC- und Konsolenspiele konzipiert, bergen also von vornherein Suchtpotenzial. Und ohne Officepaket geht es auch nicht. Die Installationen übernehmen wir gern auch noch.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Im Ernst, meine Damen und Herren von den LINKEN, als Erstes stellt sich doch einmal die Frage nach der sozialen Gleichbehandlung. Ihre Forderung schließt nur SGB-II-Empfänger ein. Zu den sogenannten Aufstockern und Menschen aus dem Niedriglohnbereich habe ich auch in Ihrer Antragsbegründung fast nichts gefunden. Ihre gezogene Grenze an dieser Stelle ist für mich nicht nachvollziehbar und an sich ein Schlag ins Gesicht für diejenigen, die jede Woche 40 Stunden arbeiten gehen und kaum mehr Geld zur freien Verfügung haben als ein SGB-II-Empfänger.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja schon wieder das mit den 10 Euro Mindestlohn, Frau Friemann-Jennert! –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Dies vorneweg, Herr Ritter.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und was passiert mit den Menschen, die aus nachvollziehbaren Gründen von einer Teilhabe zumindest anteilig ausgeschlossen sind – Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, die nicht mehr so einfach ihre Wohnung verlassen, um eine Zeitung zu kaufen oder andere Dinge zu tun?

Diese geforderte soziale Schräglage setzt sich in Ihrem Antrag weiter fort. Sie wissen ganz genau, dass eine Breitbandversorgung mit Internet noch nicht in allen Landesteilen möglich ist. Dies gilt insbesondere im ländlichen Raum. Ihre Forderung geht in diesen Orten faktisch ins Leere. Wir sollen also Menschen etwas zusagen, was sie gar nicht umsetzen können – keine gute Idee, finde ich.

Und nun zur weiteren inhaltlichen Dimension Ihres Antrages: Dass ein Computer auch zur Jobsuche benutzt werden kann und ein ergänzendes Instrument darstellt, ist wohl unbestritten. Allerdings stehen hierfür in der Tat öffentliche Nutzungsmöglichkeiten bereit.

Und auch das sollte man nicht außer Acht lassen: Der Mehrheit der Betroffenen sollte es auch möglich sein, mal bei Freunden, Bekannten, Verwandten von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Und weil es auch zur Wahrheit dazugehört, frage ich mich manchmal, woher insbesondere Menschen aus dem SGB-II-Bereich das Geld haben, sich auch ohne Ihre Forderung einen bisweilen ziemlich hochwertigen PC zu gönnen. Aber wir haben auch gehört ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie gönnen sich den! Wie gönnerhaft! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ja, ich sage das so.

Aber wir haben eben auch gehört, die Geldverwendung ist frei.

Sie führen in Ihrer Begründung aus, dass politische Partizipationsmöglichkeiten sowie kulturelle, kommunikative und ökonomische Möglichkeiten des Internetzugangs Haushalten mit geringen Einkommen versperrt blieben. Es stellt sich die Frage, ob Menschen, die unzufrieden sind, nach Arbeit suchen und Zukunftsängste haben, nun ausgerechnet mit einem PC weitergeholfen ist. Wenn Sie mich fragen, ich glaube das nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Aber Herr Ritter glaubt das.)

Für die Betroffenen ist es viel wichtiger – und bisher waren wir uns in dem Punkt, glaube ich, auch einig, meine Damen und Herren von der Linkspartei –, dass die Menschen in dieser Situation reale, nicht virtuelle Hilfe bekommen müssen, wie sie beispielsweise die Jobcenter anbieten. Sie brauchen Ansprechpartner, um aus ihrer zunehmenden sozialen Isolation herauszukommen und sich nicht noch weiter aus dem gesellschaftlichen Leben zurückziehen. Darin sehen wir unsere gesellschaftspolitische und soziale Aufgabe und Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu aberwitzig, dass Sie in Ihrer Begründung von Ausgrenzung sprechen, wenn jemand keinen Computer besitzt. Nein, Menschen müssen in ein soziales Umfeld eingebettet sein.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich weiß gar nicht, warum Sie darüber lachen, Herr Ritter!

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig. – Peter Ritter, DIE LINKE: Über Ihre Rede, über den Inhalt Ihrer Rede kann ich nur lachen.)

Dies gilt umso mehr, wenn Betroffene aus diesem sozialen Umfeld herauszufallen drohen, weil ihnen beispielsweise der regelmäßige Kontakt mit Arbeitskollegen, zum Zeitungsverkäufer an der Ecke oder zum Dorfkonsum, sage ich jetzt mal, fehlt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die gibt es doch in jedem Dorf.)

In Zeiten steigender Fallzahlen von Internetsucht, für die man auch genug Zeit haben muss, sehen wir die hier aufgemachte Forderung als falschen Ansatz.

(allgemeine Unruhe)

Der richtige Ansatz lautet, die bestehenden Hilfsinstrumente zu nutzen, um den Betroffenen ein reales soziales Umfeld zu bieten und keine Scheinwelt, in die sie sich immer mehr zurückziehen. Für uns als CDU steht der Mensch im Mittelpunkt der Betrachtung.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, das merkt man.)

Und eben der Mensch und seine Notlage muss Grundlage unseres Handelns sein.

(Beifall Vincent Kokert, CDU – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade in Bezug auf die Arbeitslosigkeit eines Menschen wird ein Computer diesen Part nicht ersetzen können

(Michel Andrejewski, NPD: Teufelszeug!)

und aus dieser Sicht auch nicht sollen.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut.)

Soziokulturelles Existenzminimum darf nicht zur Isolation führen. Teilhabe definieren wir deutlich anders. Wir lehnen deshalb Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg Heydorn, SPD: Herr Saalfeld, lachen Sie doch mal!)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mache ich immer gerne.

(Zuruf aus dem Plenum)

Schön. Sind Sie neidisch? Ist doch schön, wenn es noch Menschen gibt, die lachen können.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE beantragt, die Landesregierung aufzufordern, sich im Bundesrat für die Anerkennung eines internetfähigen Computers als Sonderbedarf nach SGB II und SGB XII als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums einzusetzen. Sie beantragt weiterhin einen Beschluss des Landtages, dass jeder

Mensch unabhängig von Zeit und Ort sowie unpfändbar über einen persönlichen Zugang zum Internet verfügen können muss,

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

um eben an modernen Formen der Information, des Konsums, der Kommunikation sowie politischer Partizipation teilhaben zu können. Wir haben es eben gerade schon mehrfach gehört.

Ich danke der Fraktion DIE LINKE ausdrücklich, dass sie sich dieses Themas angenommen hat und damit eben versucht, eine breite politische Debatte in Gang zu bringen. Denn in der Tat ist eine breite und öffentlichkeitswirksame Debatte zum Thema „Erwerbslosigkeit und digitale Teilhabe“ bisher weitestgehend ausgeblieben.

Ich hole mal ganz kurz ein bisschen aus: Der spanische Soziologe und Medientheoretiker Manuel Castells prägte im Laufe der in den 90er-Jahren aufkommenden Debatte über die Globalisierung den uns heute sehr geläufigen Begriff der Netzwerkgesellschaft. Netzwerke beeinflussen demnach nicht mehr nur gesellschaftliche Teilbereiche, sondern stellen ein gesamtgesellschaftliches Phänomen dar. Computertechnik ermöglicht, flexible soziale Beziehungen unabhängig von Territorien zu organisieren. Die große Kluft in der Netzwerkgesellschaft verläuft Castells zufolge nicht zwischen dem sozialen Oben und Unten, den geografischen Zentren und Peripherien, sondern zwischen den Vernetzten und Unvernetzten.

Und nun schauen wir mal auf den sogenannten (N)ONLINER Atlas, aus dem auch schon Herr Ritter zitiert hatte, aus dem Jahr 2012, ob denn nun die Kluft zwischen Vernetzten und Unvernetzten im Land nicht auch entlang der sozialen Grenze von Oben und Unten, also sozial stärkeren und schwächeren Schichten verläuft. Und siehe da – wir hatten es vorhin schon gehört –, die jährliche Studie über Nutzung und Nichtnutzung des Internets und den Verlauf des digitalen Grabens durch Deutschland zeigt Folgendes: Im Jahr 2012 nutzten 75 Prozent der Deutschen das Internet, in Mecklenburg-Vorpommern waren es 68 und damit liegen wir auf Platz 14 in Deutschland. Bei der Internetnutzung nach Haushaltseinkommen – Herr Ritter hatte es schon dargestellt –

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

gibt es große Unterschiede, nur 54 Prozent.

Ich habe Sie nicht ganz verstanden.

(Jörg Heydorn, SPD: Dann können Sie es doch lassen.)

Nö, es ist nämlich sehr interessant. Und ich glaube, die Wiederholung trägt zur Verstärkung bei.

(Beifall Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur 54 Prozent der Haushalte mit einem Einkommen unter 1.000 Euro pro Monat nutzen das Internet, 66 Prozent – also ein bisschen mehr – bei einem Nettoeinkom-

men von 1.000 bis 2.000 Euro, 83 Prozent bei 2.000 bis 3.000 Euro und interessanterweise 92 Prozent – das ist eine sehr hohe Rate – bei einem Nettoeinkommen von über 3.000 Euro monatlich. 88 Prozent der Berufstätigen nutzten 2012 das Internet. Dagegen nutzten nur 60 Prozent der Nichtberufstätigen das Internet.

An diesen Zahlen sehen wir doch, dass die soziale Situation eng mit der digitalen Teilhabe verbunden ist – ein Mischstand, dessen wir uns gesamtgesellschaftlich annehmen müssen, und ich sage dazu, nicht nur am untersten Ende. Wir müssen diesen digitalen Gap, diese digitale Kluft überwinden. Dann hätten wir vor den Sozialgerichten mit den aktuellen Regelungen auch überhaupt keine Probleme. Und zwar hätten wir keine Probleme mehr, dass internetfähige Computer in Haushalten unterer Einkommensgruppen als den maßgeblichen Vergleichshaushalten für Hartz-IV-Empfänger als üblicherweise vorhanden eingestuft werden. Ein internetfähiger Computer als Haushaltsgegenstand würde damit den sozial üblichen Standard auch in unteren Einkommensgruppen darstellen. Damit würde ein an den herrschenden Lebensgewohnheiten unterer Einkommensgruppen orientiertes Wohnen das Vorhandensein eines internetfähigen Computers umfassen. Insofern wäre dieser auch unstrittig für eine geordnete Haushaltsführung bei Hartz-IV-Empfängern erforderlich. Wir müssen also die Nutzung des Internets unterer Einkommensgruppen zuerst stärken, dann würden die heutigen rechtlichen Regelungen bereits ausreichen und für Hartz-IV-Empfänger würden internetfähige Computer zur Erstausrüstung von Haushalten nach Paragraph 24 SGB II gehören.

Der Antrag der LINKEN zielt nun aber auf eine schnelle Lösung durch einen spezialgesetzlichen Anspruch ab. Das ist auf jeden Fall ein geeignetes Mittel, aber auch ein sehr teures Mittel. Und ist es denn eigentlich auch ein angemessenes beziehungsweise verhältnismäßiges Mittel? Löst die spezialgesetzliche Lösung auch das Grundproblem? Schließlich sind in den Regelsätzen für Hartz-IV-Empfänger Kommunikationskosten ja bereits enthalten,

(Jörg Heydorn, SPD:
Jetzt werden Sie besser.)

über die sie frei verfügen können. Frau Schwesig ist ja eben gerade auf diese Problematik schon eingegangen. Die Höhe ist in meinen Augen unangemessen niedrig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt werden Sie schon wieder schlechter. –
Jörg Heydorn, SPD: Nee, nee, nee!)

Die Höhe der im Regelbedarf enthaltenen Kosten für Internetdienste und Datenverarbeitung inklusive Software beträgt etwa 6 Euro, Frau Schwesig sprach eben gerade von 25 Euro. Es kommt immer darauf an, was man gerade dazu reinrechnet. Aber wenn man Datenverarbeitung, Software und Internetdienste zusammenrechnet, kommt man auf 6 Euro monatlich. Ich frage Sie: Wie soll man mit diesem Betrag einen internetfähigen Computer überhaupt betreiben? Da steht dann der Computer, würde aber trotz spezialgesetzlicher Regelungen nur Staub ansetzen. Wir sollten das bei der nächsten Neubemessung der Regelsätze dringend berücksichtigen.

Ich fasse also meine Position noch mal zusammen: Das Ziel des Antrages teile ich. Ich bin bloß vom Lösungsweg

noch nicht ganz überzeugt, vor allem weil er meiner Meinung nach wichtige Teilaspekte ausblendet. Ich sehe noch Entwicklungs- und Beratungsbedarf.

Solange auch die Debatte im Bundestag durch einen ähnlichen Antrag der LINKEN-Bundestagsfraktion noch nicht geführt wurde – denn ich glaube, der ist noch nicht beraten worden, allerdings schon eingereicht –, sollten wir uns auch hier im Land ein bisschen mehr Zeit lassen und ausloten, welcher Weg am besten geeignet ist, Hartz-IV-Empfängern eben einen besseren Zugang zur Onlinewelt zu ermöglichen.

Der schnellste und teuerste Weg muss nicht immer der beste Weg sein, meine Damen und Herren. Deswegen beantrage ich die Überweisung in den Sozialausschuss. Falls der Antrag nicht in den Sozialausschuss überwiesen wird, werden wir uns als GRÜNE zunächst enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Lachen Sie auch mal, Herr Heydorn!)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, man muss hier noch mal einen kleinen Exkurs machen, wie die Dinge denn so entstanden sind.

Einer der Kernelemente bei der Diskussion ist der Begriff des notwendigen Lebensunterhaltes. Notwendiger Lebensunterhalt ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der zeitlich und inhaltlich Veränderungen unterworfen ist. Vor 25 Jahren sah der notwendige Lebensunterhalt völlig anders aus als heute. Und die spannende Frage ist ja an der Stelle: Wie wird denn der notwendige Lebensunterhalt ermittelt?

Wir haben in der Vergangenheit das von der Ministerin angesprochene Warenkorbmodell gehabt. Da war dann beispielsweise eine halbe Kinokarte im Monat drin. Davon sind wir weg, weil das als suboptimal empfunden wurde. Und wir haben uns jetzt einem Statistikmodell zugewandt, das sich an der Einkommens- und Verbraucherstichprobe orientiert der beschäftigten unteren 15 Prozent, einschließlich Aufstockern.

Jetzt kann man trefflich darüber streiten, ob das der richtige Querschnitt ist oder ob man hätte, wie es die SPD in den Verhandlungen gefordert hat, die Stichprobe größer fassen müssen, also 20 Prozent. Aber wenn wir das tun, was von den LINKEN beantragt wird, dann zerschlagen wir den systematischen Ansatz völlig. Da wird ein Sonderbedarf rausgezogen, der finanziert wird. Und wenn man mal anfängt mit diesen Sonderbedarfen, da gibt es ja sogar Tausend andere, auf die man an der Stelle auch eingeht.

Und eins, finde ich, muss man auch noch mal betrachten: Sowohl von Herrn Saalfeld als auch von Herrn Ritter ist auf das Nutzungsverhalten „Internet“ abgestellt worden. Und die Aussage war: Je geringer die Bildung und das Einkommen, desto größer ist der Anteil der Leute, die kein Internet nutzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Können!)

Ja, das ist eine Unterstellung. Das ist eine Unterstellung, weil Sie unterstellen implizit, dass das Thema ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das sind Zahlen, die vorliegen.)

Ja, Moment!

Sie unterstellen implizit, dass das Thema „Internetnutzung“ beziehungsweise „Nichtinternetnutzung“ lediglich auf das Einkommen zurückzuführen ist. Sie lassen dabei völlig außen vor, dass es auch Leute gibt, die aus anderen Gründen kein Internet nutzen,

(Beate Schlupp, CDU: Meine Mutter!)

was nichts mit Einkommen zu tun hat. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, Herr Ritter ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das hat aber nichts mit Bildung zu tun, Herr Heydorn.)

Aber sicher hat das was mit Bildung zu tun. Also je gebildeter ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Es gibt auch Leute, die hoch ausgerüstet sind, das aber nicht nutzen.)

Ja, aber die sind Ringeltauben. Also da würde ich Ihnen empfehlen, schauen Sie sich die Statistik an, die hier zitiert worden ist! Schauen Sie sich die mal an!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Was erzählen Sie denn den Kindern?)

Also im Bereich der Hochgebildeten ist das Thema ganz klar. Da ist es so, da ist Internet also durchgängig in der Ansetzung.

Was ich den Kindern erzähle? Ich finde, dass das Thema „Herauführen an neue Medien“ für die Schulen eine ganz, ganz wichtige Geschichte ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, und zu Hause?)

Aber Sie unterstellen noch was anderes, Herr Holter. Sie unterstellen, dass die Internetnutzung immer sachgerecht erfolgt, ja,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir gehen immer vom Guten im Menschen aus.)

dass jeder, der einen Internetanschluss hat, den sachgerecht nutzt. Auch das ist nicht der Fall.

(Marc Reinhardt, CDU: Vom Betreuungsgeld!)

Die Ministerin ist also heute darauf eingegangen, dass die Behandlungsfälle, gerade bei Kindern und Jugendlichen zum Thema „Mediensucht“, „Internetsucht“, mit der Verbreitung dieses Mediums sprunghaft ansteigen.

Und dann will ich Sie noch auf einen Fehler aufmerksam machen. Sie unterstellen bei Ihren Ausführungen, sowohl

Herr Saalfeld als auch Herr Ritter, dass es sich immer um eine Einzelperson handelt. Die Sätze, die hier vorgetragen worden sind, waren die Regelsätze für Haushaltsvorstände und Alleinstehende. Jetzt gibt es aber auch Haushalte, die bestehen aus zwei, drei oder vier Personen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir haben genug. –
Henning Foerster, DIE LINKE: Haushalte
unter 1.000 Euro haben keinen Zugang.)

Das heißt: Die Anteile für Kommunikation und Internetnutzung in diesen Regelsätzen müssen Sie dazuaddieren. Die kann man nicht einfach unter den Tisch fallen lassen. Und insgesamt habe ich den Eindruck, dass das, was hier von Ihnen betrieben wird,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Es ist sinnlos.)

letztendlich nur die blanke Ideologie ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nee.)

Eine sachgerechte Herangehensweise an das Thema, finde ich, ist nicht zu erkennen. Sie sind auf die wesentlichen Dinge, die man dabei mitbetrachten muss, mit keinem Satz eingegangen. Und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Henning Foerster, DIE LINKE:
Ganz sozial und demokratisch.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich habe schon
stärkere Ablehnungsgründe von Ihnen gehört.)

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch Hartz-IV-Empfänger haben einen Sinn für Realismus. Den müssen sie auch haben – sie müssen ja mit wenig Geld auskommen und mit jedem Cent rechnen. Und sie wissen, dass der Staat nicht jedem von ihnen einen internetfähigen Computer schenken kann inklusive Reparaturen, Installationen und so weiter. Das geht vielleicht in der Bundesrepublik Schlaraffia, aber leider hat mir noch keiner mitgeteilt, wo genau die zu finden ist. Und gerechterweise müssten dann ja auch Niedrigverdiener, deren Einkommen knapp über dem Arbeitslosengeld II liegt, genauso ausgestattet werden, sonst wären sie schlechter dran. Wer hilft ihnen, wenn der Computer nicht geht? Dann müssen sie überlegen, ob sie ihren Job aufgeben, damit sie an einen neuen Computer kommen. Da ist irgendwie der Wurm drin in diesem Antrag.

Richtig ist natürlich, dass jeder Bürger Zugang zu einem internetfähigen Computer haben sollte – Zugang. Aber wo es eine Stadtbibliothek gibt, die Teilhabe am Internet kostenlos anbietet und Hartz-IV-Empfängern akzeptable, für ihre Verhältnisse ermäßigte Mitgliedsbeiträge und Jahresbeiträge zugesteht, genügt das, meine ich, vorausgesetzt, der Leistungsempfänger – der Hartz-IV-Empfänger oder Grundsicherungsempfänger – hat die Möglichkeit, ohne zusätzliche ihn umbringende Kosten dorthin zu kommen. Also so schrecklich ist das auch

nicht, sich an die Öffnungszeiten einer öffentlichen Bibliothek halten zu müssen. Und ich kann mir entsetzlichere Schicksale vorstellen als dies, dass ich nicht in der Lage bin, um zwei Uhr nachts aufzustehen und nach Belieben im Internet rumzusurfen, und stattdessen warten muss, bis am nächsten Tag die Bibliothek aufmacht.

Also ich war Hartz-IV-Empfänger – ich kritisiere das heftig, Hartz IV – und in vielen Aspekten frage ich mich: Würde ich verlangen, dass ich einen Computer geschenkt bekomme? Das würde ich nicht, wenn man mir sagen würde, da ist in der Stadtbibliothek ein Computer, da kannst du dich informieren. Es reicht auch, wenn man zweimal die Woche da reinschaut. Man muss nicht jeden Tag da nachrichtenjunkiemäßig an dem Ding hängen. Und wenn man mir sagen würde, da bei der Sozialagentur oder Nebenstelle ist ein Computer, da kannst du deine Bewerbung abschicken, dann hätte mir das gereicht. Und die Hartz-IV-Empfänger, die ich kenne, denen würde das auch reichen. Auch die wissen, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen, für keinen, auch nicht für sie, sowieso nicht für sie. Aber sie wissen auch, dass sie in einem gewissen Maße realistisch sein müssen. Man kann doch nicht allzu viel erwarten. Es wäre schon schön, wenn die Regelsätze einigermaßen vernünftig wären.

Als Hartz-IV-Empfänger, und Niedrigverdiener auch, ist man sowieso schon froh, wenn einen die Stromrechnung nicht umbringt und die Sozialbehörde die Heizungsaufwendungen anerkennt. Das sind ja jetzt die aktuellen Probleme, nicht, wie kriege ich einen Computer her und wie kann ich um zwei Uhr nachts rumsurfen, sondern wie zahle ich meine Stromrechnung.

Gestern ging durch die Medien, dass in diesem Jahr schon 800.000 Menschen der Strom mal abgestellt wurde. Die Heizungskosten steigen. Die Sozialbehörden sind sehr restriktiv darin, Heizungsaufwendungen anzuerkennen. Und was nützen mir der Computer und das schönste Internetprogramm, wenn ich keinen Strom habe und die Bude kalt ist? Wer aber in einer Region ohne öffentlichen Internetzugang lebt oder wegen Krankheit oder aus Altersgründen einen solchen nicht nutzen kann, für den sollte ein Computer mit Internetzugang als individueller Bedarf in besonderen Lebenslagen anerkannt werden, wenn er den denn möchte, und zwar nach individueller Prüfung und nicht mit der Gießkanne für jeden.

Ländlicher Raum, keine Tageszeitung – die werden sowieso immer teurer, die werden massenhaft abbestellt – und kein Internet, da bleibt in der Tat nur noch der Fernseher oder das Radio und damit Parteibuchfunk à la ARD und ZDF oder Konzernfernsehen à la RTL I und II, nämlich gefilterte, verdrehte, manipulierte Pseudoinformationen. Das Internet bietet da in der Tat eine größere Auswahl, wo man sich auch aus verschiedenen Perspektiven informieren kann, und Hartz-IV-Empfänger, aber auch Niedrigverdiener sollten davon nicht ausgeschlossen sein. Aber man muss realistisch und auf dem Teppich bleiben.

Wenn man das System der öffentlichen Internetzugänge ausbaut, auch in Dörfern – es soll ja auch jetzt Dorfzentren geben und Dorfläden –, und wirklich die meisten Leute eine Chance haben, da hinzugehen, dann reicht das auch. Und bei wem das nicht geht aus irgendwelchen individuellen Gründen, bei dem kann man das dann machen. Aber flächendeckend, das schafft kein Staat,

solchen Aufwand zu treiben. Dann würde man wirklich den Bach runtergehen und das nützt den Hartz-IV-Empfängern auch nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Stramm von der Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Rechtsanspruch auf einen eigenen internetfähigen Computer als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums ist ein wichtiger Beitrag zur Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Ein privater Zugang zum Internet bedeutet aber nicht nur Teilhabe, sondern er kann die Handlungsfähigkeit benachteiligter Menschen stärken, er kann ihnen ein Stück ihrer Würde zurückgeben, die sie vielleicht durch lange Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen oder berufliche und persönliche Enttäuschungen verloren haben.

Die Kommunikation mit anderen Menschen ist ein zentraler Bestandteil unserer Existenz und daher, Frau Friemann-Jennert, gibt es ja auch eine Landesinitiative „Breitband M-V“, die Sie als Regierungskoalition auf den Weg gebracht haben. Und daher habe ich in Ihrer Rede hier diesbezüglich schon irgendwie, das muss ich ganz ehrlich sagen, einen Widerspruch gesehen. Und mich würde jetzt mal an dieser Stelle interessieren:

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Sie wollen doch wohl nicht sagen,
dass der flächendeckende Zugang da ist?!)

Wie weit ist das mit der Landesinitiative eigentlich?

Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit führen nicht nur zu finanziellen Problemen. Häufig ist damit auch ein Verlust von Anerkennung und Selbstbewusstsein verbunden. In einer digitalisierten Gesellschaft, in der mehr als drei Viertel der Bevölkerung online sind, kann der fehlende Zugang zum Internet eine doppelte Ausgrenzung bedeuten – vom Erwerbsleben und von der digitalen Gesellschaft.

Eine repräsentative Umfrage im Rahmen der Innovationsinitiative „Chancenrepublik Deutschland“, die von Microsoft und der Gesellschaft für Konsumforschung im September dieses Jahres durchgeführt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass 43,3 Prozent der Deutschen einen Rechtsanspruch auf Teilhabe an Informationstechnik und Internet unterstützen. Besonders interessant ist, dass gerade in strukturschwachen Bundesländern wie Brandenburg, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern die Zustimmung zu einem Rechtsanspruch auf Teilhabe an Informationstechnik und Internet deutlich über 50 Prozent liegt. Rund zwei Drittel der Befragten erhoffen sich mit einem eigenen Internetzugang Erleichterungen bei Behördengängen.

Arbeitslose haben über das Internet nicht nur die Möglichkeit, einen Job zu suchen, sie können ihn auch im Internet finden. Jeder Bedürftige ist ein Mensch, der Ressourcen benötigt, und zu diesen Ressourcen gehört

meines Erachtens heute ein internetfähiger Computer. Sie können nicht nur von den Arbeitslosen fordern, dass sie sich rund um die Uhr für ihre Integration im Arbeitsmarkt engagieren, Sie müssen mit dem Regelsatz auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Wenn nicht, dann meinen Sie es doch nicht so ernst mit dem Fördern und Fordern.

Die Potenziale, die im Zugang zum Internet stecken, sind enorm. Es können nicht nur mühsame Behördengänge reduziert werden, es verbessern sich auch die politischen Teilhabemöglichkeiten – Nachrichtenseiten, Medienportale, Informations- und Weiterbildungsmaterialien sind kostenlos verfügbar. Auch Onlinebanking, Onlinebibliotheken und vor allem Vergleichsportale wie Verivox oder Idealo sowie nützliche Informationen für Verbraucher stehen kostenlos im Internet zur Verfügung. Diese Informationen sind besonders dann wichtig, wenn man auf jeden Cent achten muss. Leider sind sie jedoch gerade für diejenigen häufig nicht verfügbar, die sich eben keinen Internetanschluss leisten können.

Und an dieser Stelle möchte ich Herrn Heydorn widersprechen, der keinen Zusammenhang der Internetbenutzung mit dem Bildungsstand sieht.

(Jörg Heydorn, SPD: Doch, den hätte ich gesehen. Das habe ich nicht gesagt.)

Dieses wurde jedoch selbst von der Sozialministerin in der Rede bejaht.

Internetanschluss und ein internetfähiger Computer müssen daher als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums anerkannt werden, auch wenn der Zugang zum Internet keine Patentlösung für alle Probleme ist, die durch die Agenda-2010-Politik verstärkt oder gar hervorgerufen wurden, und diese Politik lehnt DIE LINKE bekanntlich ja auch ab. Die Ausgrenzung vom Internet ist ein weiterer Baustein für eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit.

(Torsten Renz, CDU: Wer hat Schuld?)

Das gilt für die Erwachsenen, aber auch für die Kinder und Jugendlichen in den betroffenen Bedarfsgemeinschaften. Wenig hilfreich in dieser Debatte ist dabei der Verweis auf diejenigen, die knapp über dem Hilfesatz liegen und deshalb durch eine Förderung der Hilfebezieher benachteiligt werden. Da kann ich nur auf die Mindestlohndebatte vom Mittwoch verweisen.

(Henning Foerster, DIE LINKE, und
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Ebenfalls ist hier der Verweis der Ministerin auf das Suchtpotenzial nicht hilfreich, denn dieses trifft alle Internetnutzer und nicht nur die sozial Schwachen.

(Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Die Parteien in Regierungsverantwortung müssen für angemessene Löhne und armutsfeste und teilhabesichernde Familieneinkommen Sorge tragen.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Solange Sie sich dieser Verantwortung nicht stellen, ist ein Ausspielen der einen gegen die anderen nur ein

untauglicher Versuch, die Verantwortung einfach von sich zu schieben.

(Torsten Renz, CDU: Ich frage mich, warum Sie dann immer nur 16 Prozent bei den Landtagswahlen bringen.)

Eine Überweisung in den Sozialausschuss, wie von den GRÜNEN beantragt, finden wir sachdienlich. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1223 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie einer Gegenstimme aus der NPD und zwei Enthaltungen aus der NPD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1223. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1223 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und einer Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ansonsten Enthaltung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Melderecht datenschutzkonform gestalten – Vermittlungsausschuss im Sinne der Bürgerinnen und Bürger nutzen!, Drucksache 6/1235.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melderecht datenschutzkonform gestalten –
Vermittlungsausschuss im Sinne der
Bürgerinnen und Bürger nutzen!
– Drucksache 6/1235 –

Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD
– Drucksache 6/1279 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie erinnern sich sicherlich, dass meine Fraktion bereits wenige Tage nach der Bundesratssitzung am 21. September diesen hier vorliegenden Antrag als Dringlichkeitsantrag eingebracht hatte, und zwar in die Septembersitzung. Das Hohe Haus folgte damals meiner Begründung der Dringlichkeit nicht, obwohl zum damaligen Zeitpunkt nicht absehbar war, ob unser Anliegen in der heutigen Oktobersitzung noch rechtzeitig debattiert und beschlossen werden kann oder ob bis dahin vom Vermittlungsausschuss schon Fakten geschaffen worden wären.

Vermutlich zur Freude aller hier im Landtag hat der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat aber zwischenzeitlich noch nichts zum neuen Meldegesetz verabschiedet und auch noch nicht getagt, sodass der vorliegende Antrag daher weiterhin aktuell ist und wir ihn hier debattieren können.

Meine Damen und Herren, allen hier im Hause wird die Berichterstattung zur Verabschiedung des sogenannten Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens im Bundestag vom 28. Juni 2012 in Erinnerung geblieben sein, zeitgleich war ja bekanntlich das Fußballspiel Deutschland gegen Italien. Wir erinnern uns auch alle noch, dass die Welle der Empörung sehr hoch schlug, weil der von der Bundesregierung vorgelegte und von der Regierungskoalition abgewandelte Gesetzentwurf Tür und Tor für einen zügellosen Adresshandel in Deutschland geöffnet hätte. Die Meldeämter hätten die Daten der Bürgerinnen und Bürger für Werbung und Adresshandel ohne vorherige konkrete Einwilligung des Bürgers verkaufen können.

Aber damit leider nicht genug – falls Unternehmen bereits über unvollständige oder veraltete Datensätze verfügt hätten, hätte selbst ein zuvor erlassener, konkreter Widerspruch des Bürgers die Weitergabe seiner aktuellen Daten nicht verhindern können. Man muss sich das mal vorstellen: Man sammelt dann aus allen möglichen Quellen halbe Datensätze und lässt sie dann amtlich vervollständigen. Das war so vorgesehen, zum Glück kam es aber nicht so weit.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger hätten, wie gesagt, die Verbreitung ihrer eigenen Daten nicht mehr in der eigenen Hand gehabt, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wäre in meinen Augen einem ungeheuerlichen Datengeschachere zum Opfer gefallen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser schwarz-gelbe Ausverkauf der Privatadressen hatte selbst die EU-Justizkommissarin Viviane Reding auf den Plan gerufen. Sie fragte uns völlig zu Recht hier in Deutschland: Wie will der Staat von Facebook und Google Datenschutz verlangen, wenn er selbst Daten verkauft?

So schlimm ist es dann bekanntlich nicht gekommen. CDU und FDP haben im Bund rechtzeitig ihren Gesetzesmurmur erkannt und die Kurve zur allerletzten Ausfahrt vor der vollendeten Blamage noch genommen,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Gerade noch geschafft.)

indem sie SPD und GRÜNE im Bundesrat gebeten haben, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Und wie Sie wissen, das ist am 21. September auch erfolgt.

So viel also zur Vorgeschichte des Antrages, jetzt zum Antrag selbst.

Wir GRÜNE fordern erstens den Landtag auf, sich der Entschließung der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern vom 22. August anzuschließen, und zwei-

tens fordern wir den Vertreter unseres Landes, ich glaube, das ist Herr Sellering, im Vermittlungsausschuss auf, die von den Datenschützern von Bund und Ländern gemachten konkreten Verbesserungsvorschläge im Vermittlungsausschuss aufzugreifen und einzubringen. Das ist dann, finde ich, eine logische Konsequenz, wenn man sich diesen Punkten anschließt.

Im Mittelpunkt der Entschließung der Datenschutzbeauftragten steht bekanntlich die Forderung nach einer umfassenden datenschutzrechtlichen Überarbeitung des Gesetzentwurfes im Vermittlungsausschuss. Insbesondere sollen eben die einfachen Melderegisterauskünfte für Zwecke der Werbung und des Adresshandels ausnahmslos der Einwilligung des Bürgers bedürfen. Das soll auch für die Weitergabe der Daten an Adressbuchverlage und die Aktualisierung solcher Daten gelten, über die der Anfragende eben bereits vielleicht mit rudimentären Bruchstücken verfügte.

Sie sehen also, es handelt sich bei diesem Antrag, den wir Ihnen hier vorgelegt haben, nicht etwa um eine parteipolitisch verfärbte Forderung zum Meldegesetz, sondern ganz im Gegenteil handelt es sich um Empfehlungen der Datenschutzbeauftragten, die vom Bund und den Ländern selbst berufen wurden und überparteilich die Politik in dieser Angelegenheit beraten.

Warum sollte sich nun aber der Landtag den Forderungen der Datenschützer anschließen? Sind sich nicht Bund und Länder schon im Wesentlichen über die Beseitigung der größten Schnitzer im schwarz-gelben Meldegesetz einig? Warum bedarf es dieses Antrages noch?

Dazu sage ich, nur gut, dass wir die Datenschützer haben. Sie verweisen nämlich auf eine ganze Reihe weiterer Defizite im Gesetzentwurf, die über die öffentlich bekannt gewordenen Skandale hinausgehen und denen nun leider droht, dass sie im Vermittlungsausschuss wieder keine entsprechende Beachtung finden.

Und in der Tat werden diese weiteren Defizite im Anrufungsbeschluss des Bundesrates für den Vermittlungsausschuss nicht benannt, der liegt uns ja schon vor, der auch die Grundlage bildet, über den der Vermittlungsausschuss dann berät. Sie müssen also in der Verhandlung zusätzlich angesprochen werden, ansonsten fallen sie unter den Tisch.

Ich stelle diese konkreten und zusätzlichen Verbesserungsvorschläge der Datenschutzbeauftragten aus der genannten Entschließung im Einzelnen vor:

Erstens. Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen, wie zum Beispiel für Auskünfte an Parteien zu Wahlwerbungszwecken, sollten im Interesse des Bürgers ebenfalls nur mit seiner konkreten Einwilligung zulässig sein.

Zweitens. Der Bürger muss auch sonstigen einfachen Melderegisterauskünften widersprechen können, sofern der Anfragende kein rechtliches Interesse geltend machen kann.

Drittens. Die Zweckbindung der bei Melderegisterauskünften übermittelten Daten muss verstärkt werden. Die im Gesetzentwurf nur für Zwecke der Werbung und des Adresshandels vorgesehene Zweckbindung muss auch auf die Verwendung für sonstige gewerbliche Zwecke erstreckt werden. Genaue Kenner des Anrufungsbe-

schlusses werden jetzt insistieren, zu Recht, das steht nämlich schon so im Anrufungsbeschluss des Bundesrates für den Vermittlungsausschuss, das heißt aber eben leider noch lange nicht, dass diese Ausweitung auf alle gewerblichen Zwecke auch tatsächlich am Ende im Kompromissentwurf steht. Deswegen habe ich hier das noch mal explizit angeführt, weil es mir ein sehr wichtiges Anliegen ist.

Viertens. Angesichts der Sensibilität der Daten, die im Rahmen einer erweiterten Melderegisterauskunft mitgeteilt werden, und der relativ niedrigen Voraussetzungen, die an die Glaubhaftmachung des berechtigten Interesses gestellt werden, sollte anstelle des berechtigten Interesses ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der einzelnen Daten vom Datenempfänger glaubhaft gemacht werden müssen.

Fünftens. Die Erteilung einfacher Melderegisterauskünfte im Wege des Abrufs über das Internet oder des sonstigen automatisierten Datenabrufs sollte wie bisher nur zulässig sein, wenn die betroffene Person ihr nicht widerspricht. Die Wahl des Übertragungsmittels der Daten und damit die Wahl über die Datensicherheit gehört nämlich auch zum Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.

Sechstens. Die Hotelmeldepflicht sollte entfallen, weil es sich dabei um eine sachlich nicht zu rechtfertigende Vorratsdatenspeicherung handelt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja.)

Hotelgäste dürfen nicht schlechthin als Gefahrenquellen oder potenzielle Straftäter angesehen und damit in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzt werden.

Siebtens. Die erst vor wenigen Jahren abgeschaffte Mitwirkungspflicht des Wohnungsgebers bei der Anmeldung des Mieters darf nicht wieder eingeführt werden.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, genau.)

Die Verpflichtung des Meldepflichtigen, den Vermieter zu beteiligen, basiert auf einer Misstrauensvermutung gegenüber der Person des Meldepflichtigen, das ist nämlich die Position der Datenschutzbeauftragten. Der Gesetzgeber hat die damalige Abschaffung der Vermietermeldepflicht unter anderem damit begründet, dass die Erfahrungen zeigen, dass die Zahl der sogenannten Scheinmeldungen zu vernachlässigen ist. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich dies zwischenzeitlich geändert hat. Ferner steht der Aufwand hierfür – wie auch bei der Hotelmeldepflicht – außer Verhältnis zum Nutzen.

Meine Damen und Herren, die fachlich hochwertigen Vorschläge der Datenschützer von Bund und Ländern sollten dringend in die Verhandlungen des Vermittlungsausschusses aufgenommen werden. Ich bitte also den Landtag, sich der Entschließung der Datenschützer anzuschließen und ihr damit mehr Gewicht zu verleihen. Stimmen Sie also bitte dem Antrag der GRÜNEN zu.

Dem vorliegenden Änderungsantrag von SPD und CDU stimmen wir GRÜNE auch zu. Wenn der Vertreter von Mecklenburg-Vorpommern im Vermittlungsausschuss,

also Herr SELLERING, bereits von der Wichtigkeit der Entschließung der Datenschützer überzeugt ist, dann,

(Heinz Müller, SPD: Das ist er.)

ja, wunderbar, dann braucht der Landtag in der Tat ihn nicht mehr dazu aufzufordern, sondern nur noch darin zu bestärken.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sehr geehrte Damen und Herren, zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1279 vor.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten durchzuführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Inneres und Sport Herr CAFFIER.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und der intensiven Diskussion um Tiererschutz und „jedem sein Computer“ möchte ich es zu dem Tagesordnungspunkt sehr kurz machen.

Wir haben schon getagt, der Vermittlungsausschuss – nicht, wir tagen erst, wir haben schon getagt. Wir haben in Anrufung des Vermittlungsausschusses für Mecklenburg-Vorpommern genau den existenziellen Punkt zur Anrufung eingetragen, der von den Datenschützern in Gänze kritisiert wird. Das ist die Frage, ob man eine Widerspruchslösung oder die Einwilligungslösung sucht. Die Bundesregierung hatte in ihrer Vorabfassung die Widerspruchslösung, die Bundesländer haben die Einwilligungslösung favorisiert. Das wird im Ergebnis auch mehrheitlich, wenn nicht einstimmig, das Ergebnis aus dem Kompromiss aus dem Vermittlungsausschuss sein.

In Gänze kann man den Empfehlungen des Datenschutzes nicht folgen, weil sie nicht in jedem Fall in sich schlüssig sind beziehungsweise selbst widersprüchlich sind. Das gilt zum Beispiel für die Frage der erweiterten Melderegisterauskunft nur bei Darlegung eines rechtlichen Interesses. Bisher ist lediglich ein berechtigtes Interesse erforderlich. Die Notwendigkeit der Verschärfung hier ist fraglich, sie würde in der Praxis kaum zu weniger Melderegisterauskünften führen.

Ich zitiere da mal den Datenschutzbeauftragten des Bundes, der sagt, ich zitiere: „In der ganz überwiegenden Zahl der Fälle liegt ohnehin nicht nur ein berechtigtes, sondern auch ein rechtliches Interesse vor.“ Zitatende. In solchen Diskussionen, wo es offensichtlich rechtliche Fragen gibt, muss die Diskussion im Vermittlungsausschuss abgewartet werden. Das gilt auch beispielsweise zur Frage der Hotelerfassung, weil dann möglicherweise die Kurpauschalen wegfallen würden in den jeweiligen Regionen, weil die Daten dazu auch erfasst sein müssen.

Das sind rechtliche Diskussionen, die derzeit in der Arbeitsebene geführt werden.

Gehen Sie bitte davon aus, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern die Interessen des Datenschutzes auch im Interesse der Datenschützer verfolgt und dass wir dementsprechend auch einen Kompromiss im Vermittlungsausschuss verabschieden, der nach meinem jetzigen Kenntnisstand einstimmig von den Ländern getragen wird. Und insofern ist auch das Ziel dessen, was gewünscht worden ist, nämlich eine datenschutzkonforme Gesetzgebung auf den Weg zu bringen, eingehalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeyer.

Martina Tegtmeyer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Werdegang der Situation, wie wir sie vorfinden hier, hat Herr Saalfeld, glaube ich, alles gesagt, was dazu zu sagen ist. Die Zeit ist heute sehr fortgeschritten, sodass ich mich auch in aller Kürze hier äußern werde.

Ich freue mich, dass Sie den Änderungsvorschlag von CDU und SPD mittragen. Das war der Kompromiss, dass die CDU unseren Wunsch, diesem Antrag zuzustimmen, mittragen kann. Der Minister hat das eben schon ausgeführt. Ich freue mich, dass wir eine breite Mehrheit für diesen Antrag hier heute haben, und das war eigentlich alles, was dazu zu sagen ist, dass wir ihn unterstützen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also ich bin mir nicht mehr ganz sicher, was hier jetzt eigentlich stattfindet.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Auf eine Frage des Kollegen Jaeger, nein, Entschuldigung, Saalfeld, ob der Ministerpräsident als verhandlungsführend im Vermittlungsausschuss die Intentionen der Stellungnahme der Datenschützer aufnimmt, sagt Herr Müller in seinem Zwischenruf im Brustton der Überzeugung, ja, natürlich. Eine Sekunde später tritt der Innenminister hier ans Pult

(Heinz Müller, SPD: Sie haben
nicht genau zugehört, Herr Ritter.)

und sagt,

(Heinz Müller, SPD: Sie haben
nicht genau zugehört.)

tritt der Innenminister ans Pult und sagt, also so ganz sind wir für die Entschließung der Datenschützer ja doch nicht.

(Minister Lorenz Caffier: Weil
es nämlich rechtlich falsch ist.)

Weil es nämlich rechtlich falsch ist et cetera pp., ruft er jetzt dazwischen, beschäftigt sich nebenbei mit seinem Computer – er hat ja zum Glück einen, anders als andere Menschen in diesem Land.

(Heiterkeit bei Heino Schütt, CDU)

Wenn ich mir dann aber den geänderten Antrag angucke, weiß ich nicht, wie die Regierung handeln will, weil in Punkt 2 heißt es im geänderten Antrag, ich zitiere mal: „Die Landesregierung wird darin bestärkt, auf einen Beschluss im Vermittlungsausschuss“ et cetera pp. „entsprechend der Entschließung der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder (hinzuwirken).“

(Heino Schütt, CDU: Genau.)

Entsprechend dem Beschluss, der als Begründung angefügt ist und den Herr Saalfeld hier noch mal zitiert hat, also entsprechend dem Beschluss soll Mecklenburg-Vorpommern im Vermittlungsausschuss agieren. Das beschließen wir als Parlament, aber der Innenminister sagt schon vorher, nö, machen wir nicht.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob das noch ein ernstzunehmendes Parlament ist, bei dem, was hier durch die Regierungskoalition stattfindet.

Ich kann nur sagen für meine Fraktion, dass es selbstverständlich ist, dass das Melderecht datenschutzkonform auszugestaltet ist, und DIE LINKE daher das Anliegen dieses Antrages der Bündnisgrünen unterstützt. Und ich will auch noch mal in Erinnerung rufen, dass es zum Thema einen öffentlichen Aufschrei gegeben hat. Aber nicht zum Inhalt, sondern die öffentliche Empörung richtete sich über das Zustandekommen dieser Änderungen. Was da geändert werden sollte, das hat die Menschen erst viel später interessiert. Und das, was hier stattfindet, führt dazu, dass die Leute draußen auch gar nicht wissen, was die Landesregierung hier eigentlich will.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wir beschließen jetzt hier mit Mehrheit einen geänderten Text, der da sagt, die Entschließung der Datenschützer soll Grundlage sein für das Agieren der Landesregierung im Vermittlungsausschuss, wo der Innenminister schon vorher im Parlament sagt, aber das werden wir dann am Ende doch nicht machen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, was das hier alles soll. Ich erspare mir jetzt hier irgendwelche Kommentare, um das nicht unparlamentarisch werden zu lassen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Minister Lorenz Caffier: Sie
haben nicht zugehört.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ganz schön schwierig für Koalitionsparteien, ob nun im Bund oder im Land, es der Opposition recht zu machen. Also nach dem Vortrag von Herrn Saalfeld habe ich echt

Probleme. Ich hatte anfänglich gedacht, Sie haben unseren Änderungsantrag gar nicht gelesen und haben gar nicht mitbekommen, dass wir eigentlich auf Ihrer Linie sind, zumindest weitgehend, nicht wortgleich. Und da komme ich auch zu dem Wort „entsprechend“. Also ich meine, wer „entsprechend“ mit einem hohen Maß an Wortidentität gleichsetzt, der sollte doch noch mal vielleicht ein Synonymwörterbuch benutzen, das kann ich hier nur empfehlen.

Ich kann Ihnen, auch in Anbetracht der Zeit, nur empfehlen, den Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion anzunehmen, denn die Landesregierung ist bereits tätig geworden. Ich denke, diese redaktionelle Änderung können wir alle verschmerzen, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es nicht kurz in Bezug auf die Zeit, die ja anscheinend bei den Parlamentariern sehr drängt, sondern weil bisher alles schon ausgeführt worden ist. Ich möchte ein oder zwei Anmerkungen machen.

Herr Innenminister, dem Argument, dass die meisten Auskunftsbeglehen in Bezug auf berechtigtes Interesse und rechtliches Interesse seien und dass man daraus dann ableiten kann, dass das berechnete Interesse ausreicht, dem mag ich nicht folgen, weil ich schon formalrechtlich eine saubere Definition dessen haben will, was nun eigentlich gelten soll. Und insofern ist dieser Punkt für uns selbstverständlich so, dass das rechtliche Interesse von Bedeutung ist. Die Einwilligungslösung ist für mich unabdingbar.

Und was die Hotelgeschichte angeht, das mögen Sie ja dann verkomplizieren mit der Abgabe im Tourismusbereich als Begründung, also Abgaben für Übernachtung, Bäderabgaben et cetera pp. Tatsache ist, dass nachweislich über die Hotelregistrierungen bisher schon widerrechtlich Überprüfungen stattgefunden haben in der Bundesrepublik Deutschland, nachweislich sowohl durch die Polizei als auch durch die Ämter für Verfassungsschutz, und wir sind als NPD-Fraktion und als Mitglieder der NPD auch schon Gegenstand solcher Spitzeleien geworden.

Insofern stimmen wir dem Änderungsantrag der SPD-CDU-Koalition nicht zu und werden natürlich dem Antrag der GRÜNEN so zustimmen, wie hier begehrt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Herr Saalfeld zieht seinen Redebeitrag zurück. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1279 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1279 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Ablehnung der Fraktion DIE LINKE und der NPD angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1235 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1235 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Syrisch-türkische Eskalation verhindern, Drucksache 6/1228.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Syrisch-türkische Eskalation verhindern
– Drucksache 6/1228 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Dr. Hikmat Al-Sabty.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im März 2011 begann ein friedlicher und gewaltfreier Aufstand gegen das syrische Regime in Form von kleinen Versammlungen. Junge Menschen und demokratische Organisationen erhofften sich dadurch Freiheit, soziale Gerechtigkeit und ein Ende der Korruption und Repression. In Tunesien wurde auch viel davon erreicht.

Im Laufe der Zeit nahmen die Proteste in Syrien leider einen unglücklichen Verlauf. Die staatlichen Sicherheitskräfte antworteten auf die friedlichen Proteste mit Waffengewalt gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten. Bewaffnete Kräfte drangen von außen in syrische Gebiete ein und suchten die militärische Auseinandersetzung mit der syrischen Armee. Es begann ein grausamer Bürgerkrieg mit vielen Toten, zunehmendem Chaos und Zerstörung, auch von Weltkulturerbe.

Die politische Lage ist unübersichtlich, da eine objektive Berichterstattung nicht möglich ist und zugängliche Informationsquellen sehr einseitig sind. Leidtragende, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Auseinandersetzung ist die Bevölkerung, die unter dem Feuer der syrischen Streitkräfte und unter dem Feuer der islamistischen Söldner lebt. Tausende verlassen ihre Dörfer und ihre Städte in Richtung Nachbarstaaten wie Jordanien, Libanon, Irak und Türkei. Das ist eine Tragödie.

Am 3. Oktober 2012 wurde der türkische Grenzort Akçakale aus einem syrischen Grenzort, der kurz davor durch die bewaffneten Aufständischen erobert worden war, beschossen. Dieser Granatbeschuss hat zum Tod von zahlreichen Zivilisten, darunter Familien mit Kindern geführt. Aus Anlass dieses Zwischenfalls hat das türkische Parlament den Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zur Kriegsführung gegen das Nachbarland Syrien ermächtigt. Türkische Friedensorganisationen und Initiativen haben daraufhin unter dem Motto „Nein zum

Krieg gegen Syrien“ in vielen türkischen Städten demonstriert. Und das ist zu begrüßen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den darauffolgenden Tagen haben weitere Schusswechsel auf syrischem und türkischem Territorium stattgefunden. Die türkische Armee hat nach einem Bericht der Zeitung „Hürriyet“ mindestens 200 Panzer an die syrische Grenze verlegt. Die Planungen für eine Intervention im Nachbarland laufen auf Hochtouren. Auch die Anzahl der Artillerieeinheiten in der Nähe der syrischen Grenze ist erheblich aufgestockt worden.

Die türkische Regierung hat sich bereits von ihren NATO-Verbündeten die uneingeschränkte Unterstützung für den sogenannten Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zusichern lassen. Damit hält sie sich die Hintertür für eine militärische Intervention offen. Gleichwohl hat sich der türkische Antrag auf die bereits abgehaltene Sondersitzung der NATO-Verbündeten, auf den Artikel 4 des NATO-Vertrags berufen. Dieser sieht lediglich „Konsultationen“ über die aktuelle Lage vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation ist momentan sehr angespannt. Durch die beidseitige Verhängung von Flugverbots und anderen Vorkommnissen hat sich die Lage innerhalb der letzten Tage erneut verschärft. Damaskus und Ankara müssen schleunigst in direkte Kontaktaufnahme treten, um die Diplomatie wieder auf die Tagesordnung zu rufen und bestehende Konflikte aus dem Weg zu räumen. Eine Internationalisierung des Konflikts hätte unabsehbare Folgen für den Frieden und die Stabilität im gesamten Nahen Osten und weit über ihn hinaus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun stellt sich für viele Menschen die Frage, wie die Bundesrepublik Deutschland zu Frieden und Stabilität in dieser Region beitragen kann und was die Landesregierung in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern unternehmen kann. Das Augenmerk muss auf Deeskalation und auf Diplomatie gerichtet werden. Die Bundesregierung muss als Mitglied der NATO die türkische Regierung zur Mäßigung aufrufen und alles daransetzen, den Konflikt mithilfe der Diplomatie zu entschärfen. Darum fordert meine Fraktion die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine militärische Eskalation mit allen Mitteln zu verhindern. Krieg und Gewalt sind keine Alternativen, um Konflikte zu lösen, weder in Form von Vergeltung noch unter dem Vorsatz der Solidarität. Und ich meine hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Bündnisfall.

Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung den NATO-Partner Türkei zur Mäßigung auffordert und sich nicht im Rahmen einer Bündnispflicht auf militärische Handlungen einlässt.

Nun komme ich zu Punkt II unseres Antrages. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat zwar schon mehr als 300.000 syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern Jordanien, Libanon, Türkei und Irak registriert, doch dieser Konflikt hat bereits weit mehr Menschen zur Flucht gezwungen. Bis Ende 2012 werden von UNHCR sogar mehr als 700.000 Flüchtlinge aus Syrien erwartet. Vor allem die Flüchtlingskinder leiden unter den Erlebnissen des Bürgerkriegs und sind traumatisiert. Sie sind dringend auf Hilfen der betroffenen Länder angewiesen.

Die Landesregierung wird hiermit aufgefordert, sich für eine bevorzugte und unbürokratische Aufnahme der Flüchtlinge aus der Krisenregion in Deutschland einzusetzen und die Einreise für syrische Flüchtlinge, deren Familien in Deutschland leben, zu ermöglichen,

(Stefan Köster, NPD:
Nein, machen wir nicht!)

die Opfer der bewaffneten Auseinandersetzung zu unterstützen und sie mit dem Notwendigen zu versorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie erinnern, dass wir heute eine traurige Debatte über den 17. Juni 1953 führten. Dieses war auch für die Belange der Menschen, für Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. In diesem Sinne bitte ich Sie

(Udo Pastörs, NPD: Das ist
doch nicht zu vergleichen.)

um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat zunächst der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Dr. Al-Sabty, zunächst zum Antrag von Ihnen einiges Grundsätzliches, so ernst und so wichtig, wie der Antrag ist.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ist für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht zuständig.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Man
kann doch aber eine Haltung haben.)

Die Verantwortung für die Gestaltung der Außenpolitik überträgt das Grundgesetz – kann man im Grundgesetz nachlesen – eindeutig dem Bund. Dieser ist nach Artikel 32 Absatz 1 Grundgesetz zuständig für die Pflege der Beziehungen zu anderen Staaten.

(Der Abgeordnete Peter Ritter
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich gebe keine Antworten, Herr Ritter.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, aber lassen Sie mich doch trotzdem erst mal fragen. Der guten Ordnung halber frage ich Sie also, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Ritter, der bitte vor dem Mikrofon stehen bleibt, zulassen würden.

Minister Lorenz Caffier: Der guten Ordnung halber beantworte ich das mit Nein.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gut.

Minister Lorenz Caffier: Nach Artikel 73 Grundgesetz kommt ihm auch die ausschließliche Gesetzgebung für die auswärtigen Angelegenheiten und die Fragen der Verteidigung zu.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, das ist also nicht der richtige Ort, um außenpolitische Fragen zu diskutieren. Das sollten Sie Ihren Kollegen auf Bundesebene überlassen, die können sich im Bundestag ja direkt an die zuständigen Fachminister/Fachministerinnen der Bundesregierung wenden.

(David Petereit, NPD: Aber was machen
wir denn hier noch? Dann haben
wir ja hier nichts mehr zu tun.)

Allerdings lassen Sie mich so viel sagen: Die Bundesregierung hat sich zu der Frage der syrischen Grenzverletzung gegenüber der Türkei ganz klar geäußert und die Äußerungen waren auch richtig. Ganz deutlich hat die Bundesregierung darauf hingewiesen, dass es jetzt ausschließlich um Deeskalation gehen muss – das, was Sie ja hier auch angesprochen haben. Allerdings unterstreicht sie auch das Recht jedes Staates zur legitimen Selbstverteidigung, der von einem anderen auf seinem Staatsgebiet angegriffen wird. Dies ist eines der Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen. Und so haben dann auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wie auch der NATO-Rat die syrischen Angriffe scharf verurteilt.

Auf allen Ebenen hat die Bundesregierung, wie auch alle anderen Beteiligten, immer wieder darauf hingewiesen, dass es im Interesse aller Beteiligten liegen muss, eine Ausweitung des Konfliktes zu verhindern. Insofern gibt es auch keine Notwendigkeit, die Bundesregierung in der Frage zu belehren. Wenn DIE LINKE dennoch, aus welchen Gründen auch immer, die Außenpolitik der Bundesregierung diskreditieren möchte, so empfehle ich Ihnen nochmals, diese Debatte dann im Bundestag anzustoßen. Und, wie gesagt, der Bund ist zuständig. Der Umweg zu außenpolitischen Fragen über Mecklenburg-Vorpommern macht in der Frage nun wirklich wenig Sinn.

Was die syrischen Flüchtlinge angeht, so haben wir darüber schon in der letzten Landtagssitzung sehr ausführlich gesprochen. Ich hatte damals schon ausgeführt, dass die syrischen Flüchtlinge in Deutschland aufgrund des geltenden Abschiebestopps nach Paragraph 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz bereits geschützt sind.

Allein in Mecklenburg-Vorpommern sind über 90 Prozent der sich aktuell in unserem Land aufhaltenden Syrer im Besitz eines Aufenthaltstitels und verfügen bereits über eine Bleiberechtsperspektive. Für die 23 vollziehbar Ausreisepflichtigen, von denen bereits 13 im Besitz einer Duldung sind, hat der in Mecklenburg-Vorpommern geltende Abschiebestopp unmittelbar zur Folge, dass die Abschiebung ausgesetzt ist. Auch darüber habe ich beim letzten Mal informiert. Somit ist eine Rückführung in die Krisengebiete zurzeit vollkommen ausgeschlossen. Das betrifft auch die im Zeitraum vom Januar bis zum August 2012 bundesweit derzeit 5.597 Asylbewerberzugänge aus Syrien.

Was eine Aufnahme von weiteren Flüchtlingen angeht, kann dies nur im europäischen Kontext und auch nur

nach Absprache mit den Vereinten Nationen stattfinden. Ich habe mich dazu in der vergangenen Woche im Auftrag der Innenministerkonferenz mit dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in Berlin getroffen, und darüber herrscht Konsens: nur im Kontext aller Beteiligten und keine Alleingänge, welches Land in Europa auch immer. Das hat die Bundesregierung ebenso klargemacht und das ist auch richtig so.

Der klare Schwerpunkt, auch da stimmen die Länder mit dem Bund überein, muss aber ohnehin sein, die Flüchtlinge vor Ort zu versorgen, denn die große Mehrheit der Flüchtlinge will ja nicht auf Dauer ihr Land verlassen. Deshalb muss die Versorgung in der Region vor Ort Priorität haben. Das ist auch die Position der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Syrien derzeit intensiv unterstützt, sie hat sie unterstützt. Für die Hilfe vor Ort hat Deutschland bereits Mittel in Höhe von circa 24 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit sind wir eines der größten Geberländer derzeit. Diese Hilfe muss natürlich – auch vollkommen klar – weitergeführt werden, solange der schreckliche Konflikt andauert.

Oberstes Ziel muss es aber sein, sobald wie möglich zu einer friedlichen Lösung dieses Konfliktes zu kommen. Darüber sollten sich alle im Haus unstrittig einig sein und jeder sollte mit seinen Möglichkeiten dazu beitragen, den Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Das ist nämlich das, was sich die Menschen am meisten wünschen. Und bis dieser Wunsch Wirklichkeit wird, werden wir sie auch mit den jeweilig zuständigen Ressorts und in den jeweils zuständigen Gremien unterstützen.

Insofern noch mal von dieser Stelle der Hinweis, außenpolitische Themen dort zu behandeln, wo auch Möglichkeiten der unmittelbaren Einflussnahme bestehen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Jaeger.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diesem Antrag zustimmen, trotz durchaus vorhandener Schwächen dieses Antrages. Das haben Sie eben als Minister, denke ich, zutreffend dargestellt, aber, und das ist für uns der entscheidende Punkt, uns ist das Signal unter Punkt II Ziffer 2, „sich auf Bundesebene für die bevorzugte und unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen aus der Krisenregion einzusetzen“, so besonders wichtig, dass wir sagen, das ist auch eine Sache, die unser Bundesland angeht.

(Udo Pastörs, NPD: Lächerlich.)

Das bedeutet auch, dass wir hier als Bundesland eine Verpflichtung übernehmen wollen. Und das ist, glaube ich, ein wichtiges Bekenntnis, das wir auch als Landtag abgeben können.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktuell ist das Opferfest in der islamischen Welt. Das heißt, im Moment gibt es einen Versuch eines Waffenstillstandes in Syrien. Es gibt im Moment im Internet unterschiedliche Meldungen, ob dieser Waffenstillstand hält oder nicht,

(David Petereit, NPD: Die schießen doch schon wieder! Da wird doch geschossen!)

aber er wird von vielen als ein möglicher Beginn betrachtet, neue Verhandlungen aufzunehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Mit wem?)

Ich möchte wenigstens kurz einmal auf das Thema „Arabischer Frühling“ eingehen, weil Hikmat Al-Sabty das ja auch angesprochen hatte. In Tunesien, wo der Arabische Frühling losging, gab es über 200 Tote.

(Manfred Dachner, SPD: Wir sprechen hier über den Antrag.)

Es geht um das Thema Syrien und es geht um die Frage, wie wir den syrischen Konflikt lösen können. Das erfordert schon,

(Udo Pastörs, NPD: Sie wollen den lösen?)

sich mit dem Arabischen Frühling zu beschäftigen.

In Tunesien gab es über 200 Tote, in Libyen gab es nach Angaben der UNO über 30.000 Tote. In Libyen ist es nur durch das Eingreifen der NATO gelungen,

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt immer Tote.
Nach dem Frühling kommt der Winter.)

den Diktator Gaddafi abzulösen. Das muss man aus meiner Sicht sehr, sehr deutlich sagen. Und wenn wir das vergleichen mit dem Thema Syrien: In Syrien, sagt die UNO, gibt es inzwischen auch 30.000 Tote. Aber die Lage in Syrien ist so uneinheitlich und so unübersichtlich, dass sich, soweit ich das weiß, momentan alle darüber einig sind, dass ein militärisches Eingreifen in Syrien den Konflikt zum jetzigen Zeitpunkt nicht lösen kann, sodass wir auch in dieser Frage, auf Syrien bezogen, Einigkeit erzielen können.

Dass es in Syrien so schwierig ist, liegt unter anderem daran, dass dort die Religionsgruppen sehr weit auseinanderliegen. Die Mehrheit in Syrien ist sunnitischen Glaubens. Und die Baath-Partei, besser gesagt, der Clan von Assad, gehört mit zu der Glaubensrichtung der Alawiten, die etwa 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Das syrische System wird eher von schiitischen Ländern unterstützt, das heißt vor allem aus dem Iran, und zum anderen von der Hisbollah-Miliz aus dem Libanon. Diese Kräfte wirken da alle gegeneinander und aufeinander.

(Udo Pastörs, NPD: Vergessen
Sie die Christen nicht!)

Und die Rolle der Türkei ist sicherlich auch eine sehr schwierige. Interessanterweise hat nämlich die Türkei sehr lange den NATO-Einsatz gegen Libyen blockiert im NATO-Rat. Das finde ich deswegen interessant, weil sie

jetzt in eine ähnliche Richtung überlegen. Ich glaube aber in jedem Fall, es steht der Türkei zu, die Grenzen zu verteidigen. Wir sind uns einig, wir müssen sie zur Mäßigung auffordern und das wirklich auf ein absolut notwendiges Maß begrenzen.

Aber der entscheidende Punkt ist: Wir dürfen die Türkei mit dem Flüchtlingsproblem aus Syrien nicht allein lassen. Das ist Teil unseres gemeinsamen Bündnisses auch mit der Türkei. Deswegen wollen wir diesem Antrag, weil uns dieser Punkt so wichtig ist, zustimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Es tut mir leid, Herr Dr. Al-Sabaty,

(Zurufe aus dem Plenum: Al-Sabty!)

dass ich Ihren Antrag so kritisch begleiten muss und ihn leider auch ablehnen muss, aber betrachten Sie das nicht persönlich. Sie sind mir ein sehr angenehmer Zeitgenosse und es tut mir leid, wenn ich dennoch nicht mit drei Sätzen, wie bisher, auf diesen Antrag eingehen will.

In Anbetracht dieses gestellten Antrages und der vielen Anträge, die wir heute und in den letzten Tagen und Wochen erlebt haben, stellt sich für mich ja die Grundfrage, ob es hier einen Wettbewerb gibt zwischen den LINKEN und den GRÜNEN, wer die meisten Anträge einbringt, oder ob es vielleicht einen sozialistischen Wettbewerb gibt – aber ich will Sie nicht provozieren – oder ob Sie jetzt Strichlisten führen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Können Sie sich
auch zum Thema äußern?!)

Jedenfalls denke ich mal, aus gemeinsamen inhaltlichen Studien, Inhalten vergangener Jahre gab es hier auch mal die Kriterien Qualität und Quantität. Man sollte nicht alles vergessen, was man jemals gelernt hat, und an Qualität ist an diesem Antrag natürlich jede Menge verfehlt und auch nicht zu merken.

Wenn man Ihre Homepage anguckt, die der LINKEN, dann findet man zu diesem Thema nichts oder so gut wie nichts, schon gar keine Lösungsansätze.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Was hat das eine
mit dem anderen zu tun?)

Und dann wollen Sie hier mit diesem Antrag im Landtag glaubwürdig erscheinen.

Nun gucken Sie in die Homepage des Bundesvorstandes der LINKEN, dann finden Sie auch nix oder zumindest auch keinen Lösungsansatz und einen Antrag von dem Herrn Gehrcke, Obmann im Ausschuss, da komme ich noch darauf zu sprechen. Und wenn wir dann zu den

Problemen der syrischen Asylbewerber gucken, das haben wir gestern beide getan, Herr Dr. Al-Sabaty,

(Henning Foerster, DIE LINKE, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Al-Sabty heißt er.)

da haben wir ihn leider nicht, ...

Entschuldigung! Ja, Entschuldigung, richtig.

... da haben wir ihn leider nicht öffnen können. Wir konnten ihn also nicht lesen, obwohl ich eigentlich diesen Artikel, den ich ja vorher schon mal zur Kenntnis genommen habe, auch sehr schätze.

Ja, es stellt sich also die Frage, was wollen Sie mit dieser Polemik hier erreichen?

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die Polemik kommt
aber gerade vom Rednerpult.)

In der Parteiarbeit spielt das weder bei Ihnen eine Rolle noch bei Ihnen eine Rolle, aber hier im Landtag plötzlich, da eröffnen Sie Ihr großes Interesse. Die Frage ist doch an die LINKEN: Auf welche friedliche Entwicklung wollen Sie Einfluss nehmen oder wie wollen Sie es denn tun? Oder wie schätzt zum Beispiel DIE LINKE überhaupt die Entwicklung der Syrischen Kommunistischen Partei ein im Vergleich zur Baath-Partei? Das würde mich schon mal interessieren. Auf jeden Fall, das wissen wir, das will ich auch nur kurz machen, nimmt die Baath-Partei genau die gleiche Meinung ein wie Sie: Man muss die Chinesen und auch die Moskauer Außenpolitik sehr unterstützen.

(Der Abgeordnete Peter Ritter
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich warte üblicherweise auf die Frage der Präsidentin.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich stelle Ihnen jetzt die Frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Ritter zulassen.

Manfred Dachner, SPD: Nein, ich lasse sie nicht zu. Sie haben mich in den vergangenen Wochen und Monaten hier an diesem Ort so oft negativ diskriminiert, dass wir ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Na selbstverständlich! Das könnte ich ... Also wissen Sie, das will ich mal aus Zeitgründen heute weglassen, das werde ich an anderer Stelle ohnehin noch tun.

Ich glaube Ihnen aber, meine Herren und Damen der LINKEN, dass Sie sich trotzdem ernsthaft den Sorgen und Nöten der Menschen in diesem Konflikt nahebringen. Dass Sie das auch ernst meinen, das streite ich überhaupt gar nicht ab, dass Sie aber gerade Ihr Mitleid zur Landtagssitzung entdecken, finde ich schon etwas sehr merkwürdig.

(Torsten Renz, CDU: Das sehe ich auch so.)

Ich glaube, dass dieser Konflikt viele Menschen auch bei uns bewegt und uns selbst, und wir fragen, wie wir die-

ses Blutbad beenden können. Wir haben aber zur Kenntnis zu nehmen, dass zurzeit niemand genau weiß, wer die größten Massaker begeht. Ob es das Assad-Regime ist als Verursacher des Bürgerkrieges, ob es die Rebellen sind, ob es die Freie Syrische Armee ist oder ob es die bezahlten Söldner sind, das wissen wir nicht. Jeder findet tausend Gründe, um es für sich in Anspruch zu nehmen.

Insofern halte ich Ihren Antrag für einseitig, nicht durchdacht, fahrlässig gerichtet auf ein Land, das weder Initiator noch Auslöser dieser Gräueltaten ist. Und das, was die Türkei macht, ist ihr internationales Recht, nämlich ihre Bevölkerung zu schützen. Insofern ist Ihr Antrag an den falschen Adressaten gerichtet.

(Zuruf aus dem Plenum: Richtig.)

Wenn Sie einen Antrag stellen, dann hätten Sie diesen Antrag auch stellen müssen an Syrien. Warum an die Türkei? Warum nicht an Syrien? Das ist meine grundsätzliche Frage.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Syrien, das haben Sie hier heute schon erwähnt, ist ein religiös-ethnischer Flickenteppich und wo die Sunniten und Alawiten zusammenwohnen, gibt es die größten Massaker.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Na ja, das sind die Syrier, wurde hier gesagt, sind sunnitische Muslime und dagegen ist die schiitisch geprägte Religionsgruppe keine klassische sunnitische und dem schiitischen Islam angehörig. Es gibt die echten Schiiten mit ihrer eigenen Religion, es gibt die kleinen und die großen Minderheiten, die Christen, die um ihr Leben fürchten. Es gibt die Ethnien, zum Beispiel die Kurden, die als Nation ohne Land in der Türkei an der irakischen Grenze leben und sich heimatlos fühlen müssen im Irak, im Iran und auch in der Türkei. In der Wüste leben die Beduinen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und die Kamele.)

die den Stamm stärker schätzen als den Staat. Und wir haben die Palästinenser in dem Gebiet – sie leben unfreiwillig dort, das wissen Sie alles, aber ich will es dennoch mal erwähnen –, die Modernisten und die Säkularen, die weltlich geprägt sind und den Nationalismus in Syrien prägen und sich als Klammer sehen für dieses System und das, ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Was soll das eigentlich bedeuten, was Sie hier sagen?)

Das werde ich Ihnen gleich sagen, Sie müssen nur mal zwei Minuten zuhören. Das tue ich bei Ihnen auch.

... sich als Klammer fühlen und das Assad-Regime als kleinstes Übel betrachten. Und alle glauben, tausend Gründe zu haben, um sich gegenseitig umzubringen.

Angesichts, und das will ich Ihnen sagen, Frau Doktor, angesichts dieser Grundkonflikte unsere Regierung in Ihrem Antrag aufzufordern, sich einseitig auf Bundesebene einzusetzen, den NATO-Partner Türkei zur Mäßigung aufzufordern und sich nicht im Rahmen einer

Bündnispflicht auf militärische Handlungen einzulassen, halte ich für einseitig und absurd. Ihre Forderung bedeutet doch eigentlich, sich Moskaus politischer Auffassung in der Außenpolitik anzuschließen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ach, Herr Dachner!)

Und noch einmal ganz deutlich: Warum wollen Sie die Türkei zur Mäßigung aufrufen und warum nicht Syrien?

DIE LINKE verwechselt hier einfach Ursache und Wirkung. Aggressor ist Syrien! Sie sollten vielmehr auf Russland Einfluss nehmen, seine Waffenlieferungen zu untersagen. Ein öffentliches Agieren Ihrerseits, um das Abschlichten von Frauen und Kindern und alten Menschen zu verurteilen, wäre hier angebrachter. Dazu ist in Ihrem Antrag, wohl gemerkt in dem Antrag, nichts zu hören. Hier folgt man, wie gesagt, den alten Reflexen, außenpolitisch Moskau zu unterstützen.

Bemerkenswert ist allerdings, dass DIE LINKE das Mitglied Deutschland in der NATO für sinnvoll hält, wenn Deutschland aufgefordert wird, seinen Einfluss in der NATO geltend zu machen. Das alles, meine Damen und Herren der LINKEN, haben wir schon mal anders gehört.

Der Konflikt zwischen Syrien und der Türkei ist entstanden – und das wurde gesagt, muss ich nicht unbedingt hier ausweiten – durch den Beschuss der türkischen Dörfer. Daraus! Und jetzt komme ich auf Ihren Herrn Gehrcke, Obmann der LINKEN-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss, der meint, dass der militärische Waffeneinsatz der Türkei gegen Syrien ein lang gesuchter Vorwand ist, um gegen die kurdische Selbstverwaltung in Syrien vorgehen zu können. Das sollten Sie sich mal überlegen!

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nicht auszuschießen. Ja, das ist nicht auszuschließen.)

Und dann erwarten Sie noch, dass wir Ihrem Antrag hier zustimmen. Das ist ja wohl fast unglaublich!

Einige Bemerkungen zu Ziffer 2 Ihres Antrages. Laut UNHCR, Sie haben es gesagt, haben mehr als 200.000 Syrer das Land verlassen, über 2 Millionen sind auf der Flucht. Die Forderung der LINKEN in Ziffer 2 des Antrages, sich auf Bundesebene für die bevorzugte und unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen aus der Krisenregion einzusetzen, ist lediglich ein moralitärer Annex, also ein Anhängsel, diesen Antrag, den Sie hier stellen, überhaupt landestauglich machen zu wollen. Man gewinnt also den Eindruck, dass dieses dem schlechten Gewissen der LINKEN gegenüber der syrischen Bevölkerung geschuldet ist.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich möchte noch mal erwähnen, das wurde hier vom Minister gesagt, Deutschland hat in den letzten Monaten Millionen eingesetzt zur Hilfe für die notleidende Bevölkerung. Und gerade in der letzten Woche hat die Bundesregierung noch mal 5 Millionen Euro dafür zur Verfügung gestellt.

Also die Versorgung der Flüchtlinge muss vor Ort Priorität haben, gar keine Frage. Die Leute wollen, ich glaube,

auch das Land verlassen, sie wollen nach Hause zurückkehren und sie wollen dieses neue Land aufbauen. Und dennoch schließe ich, und da bin ich mit Ihnen, Herr Doktor, wieder in Übereinstimmung, schließe ich nicht aus, dass wir auch syrische Flüchtlinge in Einzelfällen aufnehmen können.

Im Übrigen, und das ist unsere eigentliche Ablehnung in diesem Fall, bei der Flüchtlingsfrage kann es keine Einteilung geben in bevorzugte und weniger erwünschte Flüchtlinge. Das haben Sie hier getan, indem Sie schreiben, Sie möchten bevorzugten Flüchtlingen Hilfe gewähren. Wer verfolgt wird, sagen wir, dem muss geholfen und Schutz geboten werden. – Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Ganz was Neues!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Der Antrag der LINKEN, es ist schwierig, damit umzugehen. Also fangen wir mal an.

Erstens. Die LINKEN fordern in ihrem Antrag, dass die Türkei sich zurückhält und die Bundesrepublik Deutschland nicht in ihre Verpflichtung eintritt, ihrem Bündnispartner militärisch zu helfen. Das ist schlechterdings unmöglich, was Sie hier fordern, denn sobald der Verteidigungsfall festgestellt ist, also der Angriff auf ein Territorium eines NATO-Mitglieds, dann haben wir automatisch die Verpflichtung, militärisch zu helfen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das stimmt nicht.)

Das ist unmöglich, was Sie hier fordern. Dann würden wir ganz massiv gegen einen Verteidigungspakt verstoßen, und wenn wir das täten, dann weiß ich nicht, was so ein Pakt dann noch wert ist. Das ist das erste formale Kriterium.

Aber lassen Sie mich auf ein paar allgemeine Dinge auch eingehen. Die Türkei spielt hier die Scheinheilige, indem sie 100.000 Flüchtlinge aufnimmt und nachweislich, nachweislich über ihre Grenze Waffen und Kämpfer einsickern lässt. Es ist nicht bekannt, ob das aktiv erfolgt, aber zumindest duldet sie das nachweislich.

Die Türkei behauptet, dass in russischen Flugzeugen – und da stimme ich in gewisser Weise überein – Waffen nach Syrien transportiert werden, ohne den Beweis angetreten zu haben. Nämlich das, was gefunden worden ist in einem Flugzeug, das war eben keine Munition, es waren keine Raketenteile, wie die westlichen Medien verbreitet haben, sondern da ist in russischen Zeitungen auch etwas darüber nachzulesen, dass es sich nur um Komponenten von Abwehrgeräten im Radarbereich handelte und um nichts anderes.

(Heinz Müller, SPD: Abwehrgeräte und Radar. Ganz friedlich!)

Lassen Sie mich noch ...

Also die Nachrichtenlage ist überhaupt nicht so, dass man konkret und objektiv hier die Wahrheit mitteilen kann. Das ist unmöglich in diesem Konflikt.

Aber lassen Sie mich eine Frage stellen: Erklären Sie mir den Begriff „Söldner“, den Sie verwandten. Sagen Sie uns gleich konkret: Wen meinen Sie mit Söldner? Wer zahlt sie? Söldner werden bezahlt. Woher kommen sie? Wäre auch interessant für mich zu wissen, ob das abweicht von der Nachrichtenlage, die man allgemein bekommt.

Dann noch „Arabischer Frühling“, denn dieser Frühling, der wird langsam zum Winter – nicht nur für den ganzen maghrebischen Raum, sondern für viele Staaten, da, wo die Interessen Amerikas, die Ölinteressen Amerikas, aber auch die Interessen Israels eventuell massiv beschädigt werden könnten.

Wir fordern nicht – und wir lehnen das auch ab, Herr Al-Sabty –, dass hier syrische Flüchtlinge eingeflogen werden, sondern wir fordern: Die Mächte, die direkt oder indirekt dafür verantwortlich sind, dass sich die Kriege in diesem Raum in den letzten sechs, acht Jahren so ausgeweitet haben und die der Weltbevölkerung das als Befreiung, Demokratie und Frühling verkaufen wollen, die sollen die Kosten zahlen und sollen sich auch um die Kriegsoffer kümmern, nicht wir hier in Deutschland, die wir das, weil wir nicht souverän sind, nicht scharf verurteilen können, was die Amerikaner im Irak angerichtet haben aufgrund von Lügen, Behauptungen, wie sich herausgestellt hat. Und jetzt die Hetze gegen den Iran, die indirekt auch dazu führen soll, komplett diese gesamte Region zu destabilisieren und unter westlichen Einfluss zu bringen.

Das CDU-Mitglied Jürgen Todenhöfer sagte dann auch richtigerweise, dass es die Aufgabe sei, von Amerika definiert, das gesamte Gebiet, worüber wir hier jetzt reden – Libyen, Irak, Iran, der Libanon natürlich, da ist der Konflikt, dass jetzt was passiert, noch viel größer, als dass die Türkei da eingreift –, unter amerikanische Kontrolle zu bringen. Das ist der Sinn der ganzen Angelegenheit: geostrategische Überlegungen. Und Sie verlangen, dass wir dann hier in Deutschland wieder eine Sonderrolle spielen und sagen, lasst die armen Menschen zu uns kommen!

Die Armut und das Verderben, die in diese Region hineingetragen worden sind, das ist eben nicht nur durch sogenannte Islamisten geschehen, sondern vorher auch durch die Anmaßung der westlichen Welt, dem Orient vorschreiben zu wollen, dass die Menschen nach westlichem Muster zu leben haben. Das wird nicht funktionieren.

Und deswegen, bei allem Respekt, die Türken oder die türkische Regierung wird mit 250 Panzern natürlich keine Offensive starten können, so, wie Sie befürchteten. Das ist ein bisschen wenig von der Quantität her, das wird sich nicht leisten lassen. Aber die Türkei spielt dort ein Spiel, sie spielt mit dem Feuer. Die Türkei versteht sich mittlerweile in der Region durchaus als dominierend. Ist sie auch, das ist eine Potenz geworden in den letzten zehn Jahren. Und die Türkei wird, Gott sei Dank, auch nicht mehr in die EU wollen, denn die hat keine Lust, sich ihre Souveränität nicht nur im militärischen Bereich, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich beschneiden zu lassen.

Insofern, unsere Position ist ganz klar: Schluss mit der Kriegshetze gegen den Iran und auch Schluss mit der indirekten Hetze gegen Russland, sondern Zurkenntnisnahme und genaue Beobachtung, was sich in diesem

Gebiet abspielt. Und: Die humanitäre Hilfe ja, aber bitte schön mit kühlem Kopf überlegt, und dann auch bitte schön die Leute, die das verursacht haben, in erster Linie zur Rechenschaft ziehen. Und das ist nicht wenig Israel und das sind nicht wenig die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

(Thomas Krüger, SPD: Da stimmt das Feindbild wieder.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Jaeger, wenn es um die Besorgnis über die Entwicklung in der Region, um die Besorgnis hinsichtlich des syrisch-türkischen Grenzkonfliktes geht, bin ich durchaus bei Ihnen. Ich bin auch bei Ihnen, wenn es darum geht, Bürgerkriegsflüchtlingsen oder überhaupt Kriegsflüchtlingsen jeglicher Art humanitäre Hilfe angedeihen zu lassen. Insofern könnte man durchaus Teile des Antrages begrüßen, wenn sie etwas Neues wären. Wenn sie, wie im vorliegenden Fall, lediglich eine Kopie von Regierungshandeln sind, dann halte ich diese Art von Antrag für absolut entbehrlich. Und wenn man sich den Teil der Mitgliedschaft in der NATO und der Wahrnehmung von Bündnisverpflichtungen anschaut, da ist die Position der Linkspartei hinlänglich bekannt. Also insofern wäre es eine rhetorische Übung, sich dazu zu äußern, noch mal auf das 94er-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes einzugehen. Wir haben uns gestern schon über die Interpretation von Verfassungsgerichtsurteilen unterhalten.

Ich bin auch bei Herrn Dachner, wenn er feststellt, lieber Kollege Al-Sabty, dass Sie ein sehr angenehmer Zeitgenosse sind, aber dennoch, es bleibt bei der Feststellung: Sie kopieren mit Ihrem Antrag Regierungshandeln – und ich beweise es Ihnen.

Ihnen dürfte die Verlautbarung der Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 4. Oktober dieses Jahres nicht entgangen sein – also einen Tag nach dem tödlichen Zwischenfall – während des Besuchs des jemenitischen Staatspräsidenten, wo sie den Angriff auf das Schärfste verurteilte. Sie hat im Umgang mit dem Zwischenfall angemahnt, dass jetzt Besonnenheit das Gebot der Stunde ist. Die Bundesregierung setzt damit im Syrien-Türkei-Konflikt entschieden auf Deeskalation. Ich hebe die Wörter „Deeskalation“ und „Mäßigung“ hervor. Ich denke, das kam eben zum Ausdruck.

Im zweiten Punkt Ihres Antrages fordern Sie, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, bevorzugt und unbürokratisch Flüchtlinge aus der Krisenregion aufzunehmen. Auch hier möchte ich vorausschicken, dass sich die Regierungspressekonferenz bereits am 5. Oktober dieses Themas umfänglich angenommen hat. Sicherlich wird Ihnen die Sicht des Außenministers Guido Westerwelle nicht gefallen, dass die Versorgung der syrischen Flüchtlinge vor Ort, das heißt in der Region, insbesondere gemeint sind damit die Nachbarstaaten, oberste Priorität hat. Aber Ihnen wird auch nicht entgangen sein, dass es sich hierbei um die Position des

UN-Flüchtlingswerks handelt, und nicht um die deutsche Position.

Erwähnenswert ist auch, und der Innenminister hat es gemacht, aber ich hebe es hervor, dass Deutschland eines der größten Geberländer beim Ableisten dieser humanitären Hilfe ist und bereits 24 Millionen Euro ausgereicht hat. Und erwähnenswert ist auch, dass 3.700 syrische Flüchtlinge bereits in den ersten neun Monaten des Jahres in Deutschland aufgenommen worden sind.

(Udo Pastörs, NPD: Und jetzt schicken wir Soldaten nach Mali.)

Die Regierungspressekonferenz, und ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren der LINKEN, die ist Ihnen nicht entgangen, stellt fest: Weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass syrischen Staatsangehörigen, die nach Syrien zurückkehren, dort Schlimmes droht, gewährt man ihnen derzeit im Rahmen der Asylverfahren auch diesen zumindest subsidiären Schutz.

Im Übrigen hatte die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt schon eine Vereinbarung mit den Ländern, wonach schnell und unkompliziert zu handeln ist, wenn es zu einem Hilfsappell der Vereinten Nationen käme.

Insofern, denke ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden Sie Verständnis dafür haben, dass der Wert dieses Antrages mehr oder weniger darin besteht, Regierungshandeln widerzuspiegeln. Und Sie werden auch dafür Verständnis haben, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen werden. – Danke sehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Dr. Al-Sabty.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Beiträge, die teilweise, finde ich, auch aufbauen. Andere Beiträge waren nicht der Wahrheit entsprechend. Aber ich muss immer noch an unsere Debatte von heute erinnern. Die Revolution, wir sagen jetzt „Arabischer Frühling“, ist für mich leider kein Frühling geworden, sondern Herbst, weil die Anfänge waren sehr gut in Tunesien. Man hat das begrüßt und ich begrüße das an dieser Stelle sehr, denn die Menschen haben – wie damals am 17. Juni 1953 in Deutschland – angefangen, für Demokratie, für Freiheit, für soziale Gerechtigkeit und auch für Frieden einzutreten. So haben die Leute in Tunesien unter diesem Motto demonstriert. Die haben auch ihre Ziele fast erreicht.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann manchmal in solchen Ländern, wenn man die Mentalität nicht kennt, auch die Politik nicht so richtig einschätzen,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

und das ist die Folge.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Danach gab es Wahlen und bei diesen Wahlen in Tunesien war die Ennahda-Partei die stärkste, die auch islamisch ist, säkular ist, die immer noch die Freiheit der Menschen einschränkt, auch die wegen sexueller Nei-

gungen. Heute haben wir in Tunesien immer noch einen Paragrafen, wonach eine Lesbe oder ein Schwuler ohne Gerichtsverhandlung drei Jahre ins Gefängnis geht, wenn es bekannt wird.

(Udo Pastörs, NPD: Da könnten einige aus der Bundesregierung dahin reisen.)

Und es gibt auch solche Gesetze immer noch in Ägypten. In Ägypten ist es auch keine Demokratie im Sinne des Wortes geworden. Fast 48 Prozent der ägyptischen Bevölkerung leben noch immer unter Armutszuständen.

Ich würde sagen an dieser Stelle, weil ich dieses Hohe Haus sehr respektiere, weil ich auch ein Mitglied in diesem Hohen Haus bin, deswegen fordere ich Sie auf, Herr Minister Caffier, Herr Caffier, Sie sind doch im Verteidigungsausschuss im Bundesrat: Warum können Sie nicht auch eine Haltung einnehmen gegenüber dieser Situation in Syrien?

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wir brauchen wirklich nicht nur Worte. Ich respektiere auch den NATO-Vertrag.

(Udo Pastörs, NPD: Die brauchen Geld!)

Alles hat seine Richtigkeit, aber ich versuche, mit Ihnen hier ein Signal Richtung Weltfrieden zu geben. Und Sie können mir dabei helfen!

(Michael Andrejewski, NPD: Aus Schwerin?! – Udo Pastörs, NPD: Jaja. Der Schweriner Weg.)

Und ich sage mal, es geht nicht nur um Abschiebestopp.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Da haben Sie Ihren Beitrag geleistet und ich danke Ihnen dafür. Sie haben auch Ihr Wort gehalten. Sie haben schon im Februar dieses Jahres den Abschiebestopp angesprochen, Sie haben ihn verlängert, dafür danke ich Ihnen. Aber für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge

(Udo Pastörs, NPD: Wie viele?)

brauchen wir auch, wir brauchen unbedingt einen Dialog darüber.

(Udo Pastörs, NPD:
20.000 oder 10.000?)

Wir wollen auch alle Beteiligten hier in einen Dialog bringen. Unser Land ist ja, Mecklenburg-Vorpommern ist weltoffen. Wir schauen auch Richtung Universitäten und Hochschulen. Es sind so viele syrische Studentinnen und Studenten, die an unseren Universitäten studieren. Von daher brauche ich gerade aus Mecklenburg-Vorpommern, ein Signal für den Weltfrieden.

(Udo Pastörs, NPD: Das äußert sich dann in der Aufnahme von 50.000 Syrern oder wie?)

Lieber Kollege Jaeger, Sie haben die Situation wirklich sehr gut eingeschätzt, dafür danke ich Ihnen. Die Flüchtlinge und die jetzt, sage ich mal, über 30.000 Toten, das stimmt, aber es ist so,

(Udo Pastörs, NPD: Ob das stimmt, ist eine andere Frage. Vielleicht sind es noch viel mehr.)

dass die Berechtigung von Nachrichten auch manchmal ..., also die Berichterstattung aus Syrien ist sehr einseitig und die Zahlen schwanken.

(Udo Pastörs, NPD: In Deutschland auch.)

Aber die Flüchtlinge, die jetzt im Irak, in der Türkei, im Libanon und im Nachbarstaat Jordanien sind, das sind Tausende, und sie brauchen unsere Hilfe. Dafür würde ich auch gerne mit Ihrer Hilfe hier einen Hilferuf an die Bundesregierung schicken, dass sie sich dafür einsetzt. Und Respekt auch für die Worte von Herrn Westerwelle und für die Hilfe, dass er sich einsetzen möchte für diejenigen, die in den Anrainerstaaten sitzen. Gerade unter ihnen, unter diesen Flüchtlingen sind so viele Kinder.

Zu Herrn Dachner. Herr Dachner, Sie haben mich heute ein bisschen enttäuscht, weil ich, ehrlich gesagt, Ihren Redebeitrag nicht so ganz verstanden habe. Aber das hat man manchmal so.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist eine Mentalitätsfrage. –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nee!)

Sie sagen, die Türkei hat recht, wenn sie solche militärischen Ausschreitungen anfängt. Das ist ein sehr falsches Signal, Herr Dachner. Wir versuchen hier, wirklich Friedenssignale aus diesem Hohen Haus zu schicken, und Sie plädieren für Krieg. Das ist nicht gut! Ich weiß, dass Sie mich schätzen, ich schätze Sie auch und ich bin stolz darauf, aber es ist halt so.

(Stefan Köster, NPD: Na, nicht dass Sie sich verschätzen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns mal wirklich – mit Ihrer Hilfe, Herr Caffier –

(Udo Pastörs, NPD:
Weltfrieden machen.)

den Frieden erhalten. Und ich möchte auch die Initiative noch mal hervorheben: Kofi Annan hat im Juni dieses Jahres eine Initiative gemacht oder vorgelegt, die aus verschiedenen Punkten besteht: erst mal die Freilassung aller Gefangenen in Syrien, Zugang zu aller Hilfe für die Flüchtlinge und auch der Dialog der friedlichen beziehungsweise demokratischen Opposition mit dem Machthaber Assad. Diese Punkte unterstütze ich ja und hebe ich hervor.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber auch der Sondergesandte Brahim hat diese Punkte hervorgehoben.

Ich bin froh, dass ab heute eine Feuerpause eingetreten ist angesichts des islamischen Opferfeiertages, und ich möchte Sie gerne dazu aufrufen, Herr Caffier: Nutzen Sie Ihre Einflussmöglichkeiten hinsichtlich dieser Sache!

(Michael Andrejewski, NPD:
Bei der syrischen Regierung.)

Bislang sind wirklich 4.200 syrische, jetzt sage ich mal, syrische Flüchtlinge nach Deutschland geflohen. Aber allein 775 Flüchtlinge waren im Monat September hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Und bei mehreren, sage ich mal, anderen Punkten würde ich davor warnen, dass wir nicht aus diesem Hohen Hause ein Signal schicken hinsichtlich Krieg, denn wir wollen nicht mehr Etat vom Bundesetat an die Rüstungsindustrie geben und wir wollen auch nicht noch mehr militärische Hilfe. In Afghanistan hat uns jetzt wirklich das Muster gezeigt: Es ist falsch. Die Hilfe in Libyen war falsch und das wird auch der Fall sein in Syrien. – Ich danke Ihnen. Ich bitte trotzdem um Zustimmung zu unserem Antrag und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1228. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1228 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 5. Dezember 2012, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.17 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Barbara Borchardt, Sylvia Bretschneider, Mathias Brodkorb, Torsten Koplin, Detlef Lindner, Tino Müller, Dr. Norbert Nieszery, Simone Oldenburg, Dr. Margret Seemann und Erwin SELLERING.